

Jahresbericht 2017

Wer wir sind
Wofür wir eintehen
Wie wir arbeiten



Inhalt



S. 6



S. 30



S. 51

Vorwort	7
100 Jahre Heinrich Böll (1917–1985)	8
Herausforderungen Europas bewältigen	12
Demokratie und Menschenrechte stärken	24
Die große Transformation gestalten	34
Digitale Zukunft, Kunst und Kultur	46
Heinrich-Böll-Haus Langenbroich	48
Studienwerk – Rückenwind für Talente	49
Gunda-Werner-Institut für Feminismus und Geschlechterdemokratie	50
GreenCampus – Politik erfolgreich machen	523
Archiv Grünes Gedächtnis	54
Preisverleihungen	55
Prominente Gäste	56
Verabschiedung von Ralf Fücks	57
Stiftungsmanagement	58
Gremien	64
Vertrauensdozentinnen und Vertrauensdozenten	65
Adressen	66
Fördern und Spenden	69

Impressum ■ Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung e. V. ■ Redaktion und Konzeption: Susanne Dittrich ■ Cover: Stephan Röhl ■ Texte: Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Heinrich-Böll-Stiftung ■ Fotos: Stephan Röhl (wenn nicht anders angegeben) ■ Gestaltung KALUZA + SCHMID Studio GmbH, Berlin (nach einem Entwurf von state, Berlin) ■ Papier: Umweltfreundlich, chlorfrei gebleicht ■ Auflage: 3.000 ■ Stand: 30. April 2018 ■ Die einzelnen Beiträge stehen unter der Creative Commons Lizenz: CC BY-NC-ND 4.0 ■ Dieser Bericht ist kostenlos erhältlich bei der Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstraße 8, 10117 Berlin ■ T 030-285 34 -0 F 030-285 34 -109 E info@boell.de W www.boell.de

Was wir wollen

Demokratie und Menschenrechte durchsetzen, gegen die Zerstörung unseres globalen Ökosystems angehen, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern vorantreiben, in Krisenzonen präventiv den Frieden sichern, die Freiheit des Individuums gegen staatliche und wirtschaftliche Übermacht verteidigen – das sind die Ziele, die Denken und Handeln der Heinrich-Böll-Stiftung bestimmen.

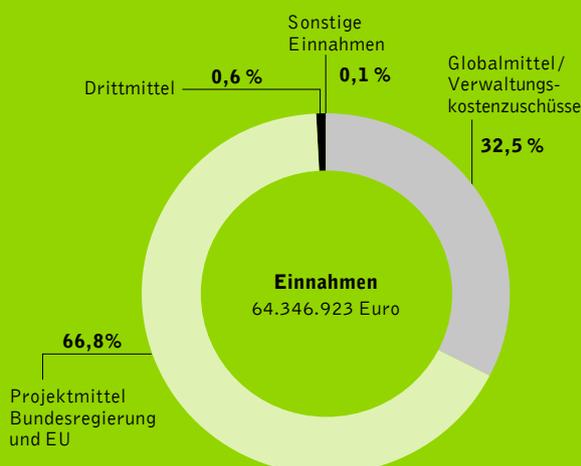
Wir stehen der Partei Bündnis 90/Die Grünen nahe und arbeiten als reformpolitische Zukunftswerkstatt und internationales Netzwerk mit Partnerinnen und Partnern in rund 60 Ländern.

Die Heinrich-Böll-Stiftung arbeitet unabhängig und steht für geistige Offenheit. Mit derzeit 33 Auslandsbüros sind wir weltweit gut vernetzt. Wir kooperieren mit 16 Landesstiftungen in allen deutschen Bundesländern und fördern begabte, gesellschaftspolitisch engagierte Studierende und Graduierte im In- und Ausland.

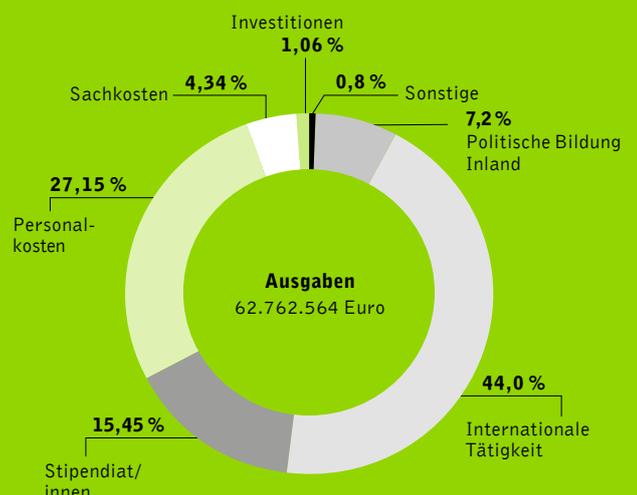
Wir folgen Heinrich Bölls Ermunterung zur zivilgesellschaftlichen Einmischung in die Politik und möchten andere anstiften mitzutun.

Fakten zur Stiftung

Einnahmen 2017



Ausgaben 2017



Heinrich-Böll-Stiftung weltweit



Afrika

- 1 Kapstadt (Südafrika)
- 2 Abuja (Nigeria)
- 3 Nairobi (Kenia)
- 4 Dakar (Senegal)

Asien

- 5 Bangkok (Thailand)
- 6 Kabul (Afghanistan)
- 7 Islamabad (Pakistan)
- 8 Neu-Delhi (Indien)
- 9 Peking (China)
- 10 Phnom Penh (Kambodscha)
- 11 Yangon (Myanmar)

Europa

- 12 Belgrad (Serbien)
- 13 Berlin (Deutschland)
- 14 Brüssel (Belgien)
- 15 Istanbul (Türkei)
- 16 Kiew (Ukraine)
- 17 Paris (Frankreich)
- 18 Prag (Tschechische Republik)
- 19 Sarajevo (Bosnien-Herzegowina)
- 20 Tbilisi (Georgien)
- 21 Thessaloniki (Griechenland)
- 22 Warschau (Polen)

Lateinamerika

- 23 Bogotá (Kolumbien)
- 24 Mexiko-Stadt (Mexiko)
- 25 Rio de Janeiro (Brasilien)
- 26 San Salvador (El Salvador)
- 27 Santiago de Chile (Chile)

Nordafrika und Nahost

- 28 Beirut (Libanon)
- 29 Ramallah (Palästina)
- 30 Rabat (Marokko)
- 31 Tel Aviv (Israel)
- 32 Tunis (Tunesien)

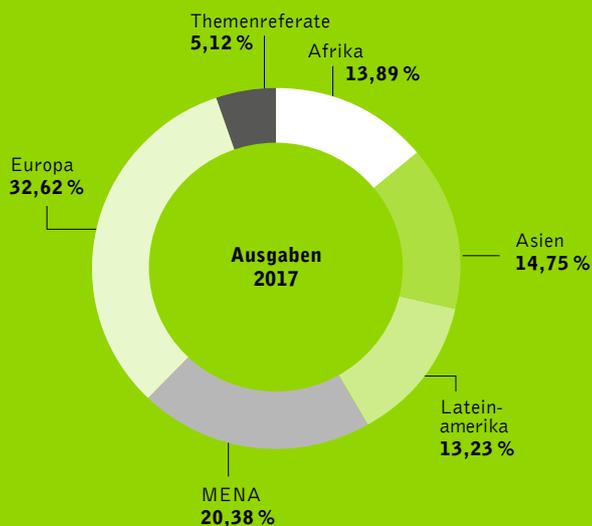
Nordamerika

- 33 Washington (USA)

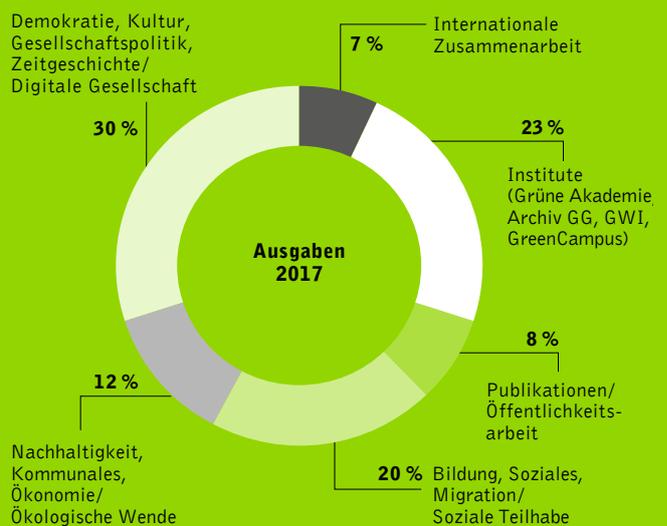
Russische Föderation

- 34 Moskau (Russland)

Internationale Zusammenarbeit 2017



Politische Bildung Inland 2017



Vorwort



Dr. Ellen Ueberschär Foto: Stephan Röhl



Barbara Unmüßig Foto: Bettina Keller

Im Jahr 2017 hatten wir einen besonderen Grund zum Feiern: Unser Kooperationspartner ICAN, die International Campaign to abolish Nuclear Weapons, erhielt den Friedensnobelpreis. Ausgezeichnet wurde ihr Engagement für einen Kernwaffen-Verbotsvertrag, der am 7. Juli von der Mehrheit der UN-Mitgliedsstaaten beschlossen wurde. Obwohl die Atommächte nicht zu den Unterzeichnern gehörten, war das ein großer Erfolg, der Bewegung in die Abrüstungsdebatte brachte.

2017 war auch ein Jahr mit spannenden Wahlen. Die europäische Öffentlichkeit blickte nach Frankreich und Deutschland, bilden die beiden Länder doch so etwas wie die Herzkammern der EU. Die Erleichterung war groß, als der europasinnige Emmanuel Macron die Wahlen gewann. In Deutschland ist mit der AfD nun erstmals eine rechtspopulistische Partei im Bundestag vertreten. Deutschland hat sich verändert, die Gefährdung der Demokratie durch den Rechtspopulismus ist auch auf der Bundesebene angekommen und beeinflusst von dort den politischen Diskurs.

Die großen Umbrüche, die Globalisierung und Digitalisierung, Klimawandel und Migration mit sich bringen, werden auch in Deutschland spürbarer. Es sind Herausforderungen, die aber in einem wohlhabenden Land mit anderen ökonomischen und gesellschaftlichen Ressourcen bearbeitet werden können, als das in vielen Ländern, in denen die Stiftung tätig ist, möglich sein kann. Am Ende steht daher die Frage nach globaler Gerechtigkeit.

Angesichts von Ressourcenerstörung und Klimawandel ist die ökologische Transformation unseres Wirtschaftens und Lebens weiterhin einer unserer zentralen Schwerpunkte. Der Umbau der fossilen und nuklearen Energieerzeugung hin zu den Erneuerbaren, die Förderung des ökologischen Landbaus, der Meeresschutz, der Erhalt der biologischen Vielfalt – all das sind Aufgaben, die wir mit unseren Partnerinnen und Partnern im In- und Ausland vorantreiben.

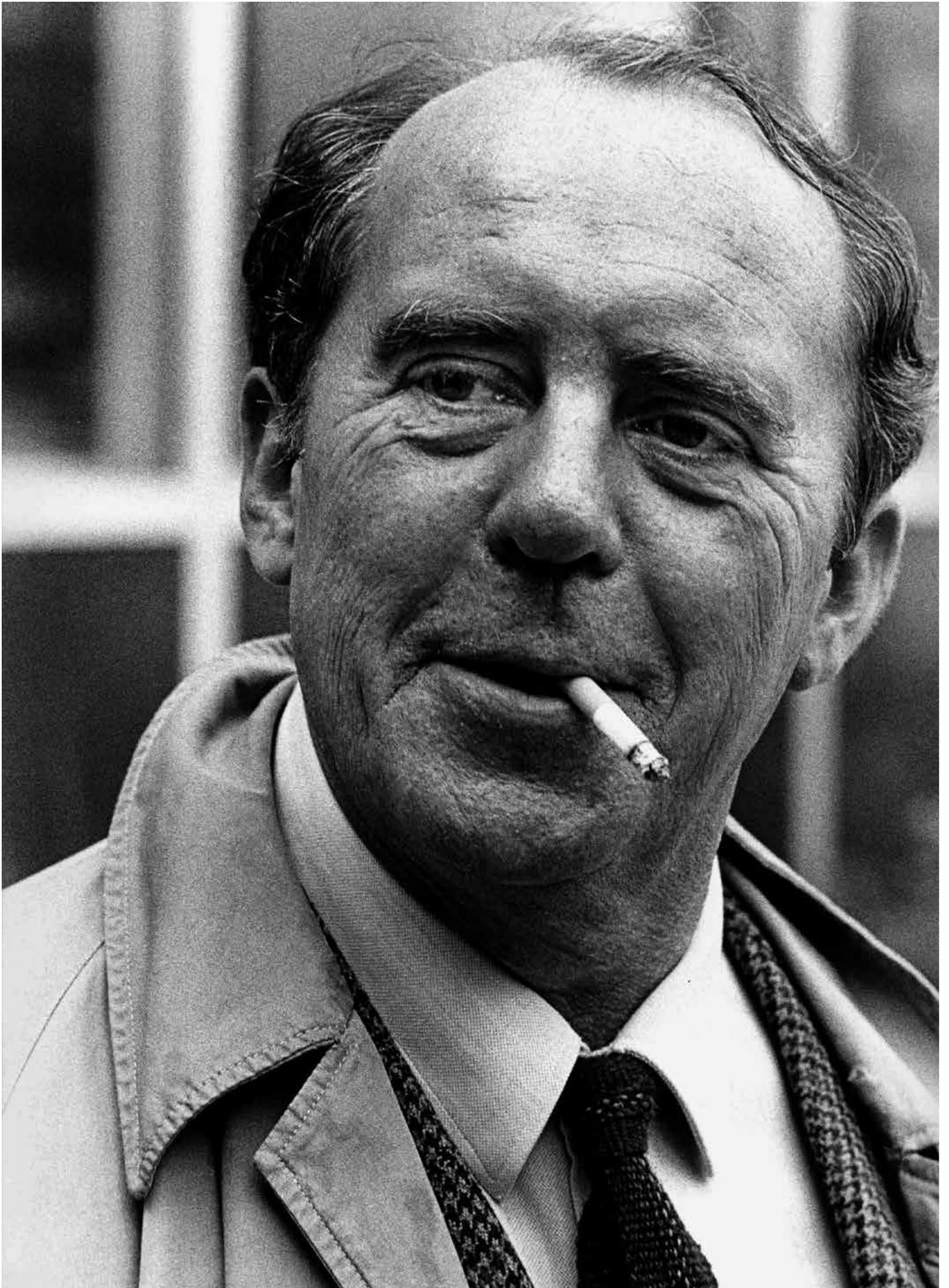
Nationalismus, Autoritarismus und massive Repression gegen zivilgesellschaftliche Akteur/innen in vielen Gesellschaften weltweit machen es notwendig, dass wir uns für Menschenrechte und Geschlechterdemokratie einsetzen. Politische Bildung, der Kernauftrag der Heinrich-Böll-Stiftung, braucht Werte und Haltung. Wir treten ein für Liberalität, Pluralismus und Weltoffenheit – und das bildet sich ab in einer Vielfalt von Dialogforen, digitalen Formaten und Publikationen.

Ein Höhepunkt des vergangenen Jahres war der 100. Geburtstag Heinrich Bölls. Die Zahl der Veranstaltungen und Ausstellungen, die ihm zu Ehren und in Erinnerung an sein umfangreiches Werk stattfanden, war riesig und machte seine Popularität und Aktualität immer wieder deutlich. Lesungen in Thailand, Filmvorführungen in Mexiko oder Frankfurt, Schülerseminare in Heinrich-Böll-Schulen, Zeitzeugengespräche mit René Böll – die Gesamtwirkung war beeindruckend.

Ein großes Dankeschön gilt unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie unseren Partnerinnen und Partnern im In- und Ausland. Ohne sie wäre unsere Arbeit nicht möglich. Sie verdienen unsere Wertschätzung für ihren verantwortungsvollen Einsatz, den sie an vielen Orten der Welt unter zum Teil schwierigen Bedingungen leisten. Ein herzliches Dankeschön geht auch an die vielen Menschen, die sich ehrenamtlich in den Gremien der Stiftung engagieren. Wir freuen uns im neuen Vorstandsteam auf den weiteren gemeinsamen Weg.

Berlin, im April 2018

Dr. Ellen Ueberschär und Barbara Unmüßig
Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung



Heinrich Böll im Jahre 1968 Foto: J. H. Darchingner

100 JAHRE HEINRICH BÖLL (1917–1985)

Am 21. Dezember 2017 wäre Heinrich Böll hundert Jahre alt geworden. Seit seinem Tod im Jahre 1985 hat es in Deutschland keinen vergleichbaren öffentlichen Intellektuellen mehr gegeben: Böll legte sich mit der politischen Linken wie der Rechten an, mit der katholischen Kirche ebenso wie mit der Presse. Er setzte sich für Flüchtlinge aus Vietnam ein und für Dissidenten in Osteuropa. Er war Humanist, aber kein Moralist, und überzeugt, dass «Sprache, Liebe, Gebundenheit den Menschen zum Menschen machen». An sein Engagement und sein Werk erinnerten wir als Stiftung, die seinen Namen trägt, über das ganze Jahr 2017 hinweg mit zahlreichen Veranstaltungen im In- und Ausland. Sämtliche Vorträge der Jubiläumsveranstaltungen, ein Podcast, eine Chronik zum Leben Heinrich Bölls und vieles mehr: www.boell.de/100JahreBoell

«Einmischung erwünscht»



Pierre Jarawan

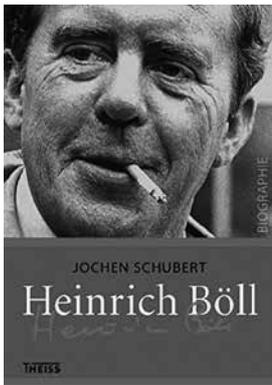


Iris Böhm



Robert Habeck

Große Jubiläumsfeier in Berlin – Am 10. November 2017 holten wir Heinrich Böll in die Gegenwart und fragten, wie es um die Einmischung heute bestellt ist. Die Festrede hielt der Schriftsteller Thomas von Steinaecker. Weitere Podiumsgäste waren René Böll, bildender Künstler und Sohn Heinrich Bölls, Robert Habeck, Umweltminister Schleswig-Holsteins, die Schauspielerin Iris Böhm und der Poetry-Slamer Pierre Jarawan.



Die Biographie

Heinrich Böll war einer der bedeutendsten deutschsprachigen Autoren des 20. Jahrhunderts. Im Jahre 1972 erhielt er den Nobelpreis für Literatur. Seine Werke sind wichtige Zeugnisse des gesellschaftlichen und politischen Lebens in Deutschland über fast ein halbes Jahrhundert. Bölls großes internationales Ansehen rührte nicht zuletzt von seinem unbestechlichen Engagement für Freiheit und Menschenrechte. Der Biograph Jochen Schubert zeigt Bölls Engagement, Eigensinn und künstlerisches Werk und greift dabei auf bislang nicht ausgewertete private Quellen zurück. www.boell.de/boellbiographie



Die Ausstellung

«**Einmischung erwünscht! Heinrich Böll – Leben und Werk**» präsentierte auf rund 20 Tafeln Heinrich Böll als engagierten Schriftsteller und politischen Intellektuellen. Fotos, Zitate und Zeitungsartikel gaben Aufschluss über die drei Leitmotive Bölls: Moral, Ästhetik und Politik. Es ging u. a. um seine Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und dem Elend des Krieges, um seinen Streit mit der katholischen Amtskirche, seine Ästhetik des Humanen und sein Engagement für die Bürgerrechts- und Umweltbewegungen der 1970er und 1980er Jahre. Die Ausstellung wurde in 10 Bundesländern gezeigt und ist 2018 auch in Kooperation mit dem Goethe-Institut in Prag zu sehen.

Veranstaltungen unserer Landesstiftungen:

74 Veranstaltungstage – 24 Orte – 3500 Teilnehmende

Unsere Landesstiftungen boten ein buntes Programm. In vielen Städten gab es Lesungen aus Bölls Werk, Verfilmungen seiner Romane waren zu sehen, und natürlich wurde viel diskutiert, vor allem über die Frage, wie politisch Kunst und Literatur heute noch sein können bzw. sein sollen. Unter dem Motto «Einmischung erwünscht?!» zum Beispiel am 7. Dezember mit Anne Bonfert, Felicitas Hoppe und Jonas Lüscher im Alten Rathaus in Göttingen. Unter gleichem Titel fand vom 8.–10. Dezember ein Symposium in Freiburg statt, an dem u. a. Bernd Balzer, René Böll, Karl-Josef Kuschel, György Dalos, Hannes Heer und Lukas Beckmann teilnahmen. Unsere Landesstiftung in Halle veranstaltete am 24. November eine Böll-Poetry-Gala mit Josephine Bergholz, Dominique Macri, Klaus Urban und Julian Heyn. Und an Bölls Geburtstag, dem 21. Dezember, gab es einen literarischen Flashmob in Lübeck. Bei einer Veranstaltung am 20. Oktober im Literaturhaus Köln diskutierte die Schriftstellerin Tanja Dückers mit der Mitbegründerin von Cap Anamur Christine Neudeck über Humanität in unserer Gesellschaft und die Relevanz der von Böll formulierten «Poesie des Tuns».

Wie die Stiftung zu ihrem Namen kam ...

Heinrich Böll war immer ein Mutmacher. Er mischte sich auch gegen heftige Widerstände für die Würde des Menschen und die universellen Menschenrechte ein. «Einmischen ist die einzige Möglichkeit, realistisch zu bleiben» – dieses Zitat Heinrich Bölls passt auch zu unserem Selbstverständnis als Ideen- und Impulsgeberin. Heinrich Böll hat die neugegründete Partei Die Grünen zusammen mit seiner Frau Annemarie bei der Europawahl 1979 unterstützt, ebenso bei der Bundestagswahl 1983. Nach Bölls Tod im Jahr 1985 war die Familie aufgeschlossen gegenüber der Idee einer grünnahen Heinrich-Böll-Stiftung. Es dauerte noch einige grüne Parteitage, ehe sich die Partei auf drei ihr nahestehende politische Stiftungen verständigte. Eine davon war die Heinrich-Böll-Stiftung (Köln), die zwei anderen hießen Buntstift (Göttingen) und Frauenanstiftung (Hamburg). 1997 fusionierten die drei Einzelstiftungen unter dem Namen Heinrich-Böll-Stiftung.

Veranstaltungen unserer Auslandsbüros (Auswahl):

Moskau: Heinrich Böll war in der Sowjetunion ein vielfach übersetzter und geschätzter Autor. Unser Büro in Moskau erinnerte an Böll u. a. mit der Herausgabe eines Briefwechsels Bölls mit dem Menschenrechtler und späteren Dissidenten Lew Kopelew. Die erstmals auf Russisch erschienenen Texte zeigen, wie wichtig Bölls Unterstützung für viele sowjetische Aktivist/innen und Künstler/innen war. Eine Premiere war auch der Film «Der Dichter und seine Stadt: F. M. Dostojewski und Petersburg», den unser Büro erstmalig in der unzensurierten Fassung und mit russischen Untertiteln präsentierte. Böll hatte für den Film Ende der 1960er Jahre das Drehbuch geschrieben.

Thessaloniki: Unser Büro in Griechenland veröffentlichte unter dem Titel «Der Lacher und andere Erzählungen» 18 Kurzgeschichten in griechischer Erstübersetzung. Viele Leser/innen lernten durch den Band Heinrich Böll erstmalig kennen; die erste Auflage war schnell vergriffen und eine zweite, höhere gedruckt. Bei der Vorstellung des Erzählbandes im April 2017 stand die Rolle des engagierten Schriftstellers im heutigen Europa im Mittelpunkt der Diskussion. Bei dieser Veranstaltung kooperierte die Stiftung mit dem Goethe-Institut Thessaloniki, der Griechischen Gesellschaft für Germanistische Studien und dem deutschen Generalkonsulat.



Foto: Amphon Chansirisi



Foto: Thai Rath (Chkasit Viriyasak)

Bangkok: Unser Büro in Bangkok feierte Bölls Geburtstag mit einem Fest in einem kleinen Stadtgarten. Zahlreiche lokale Künstler/innen beteiligten sich daran. Videoclips, in denen prominente Thailänder/innen Statements zur Bedeutung politischer Einmischung in Thailand abgaben, sollten die Gäste animieren, auch ihrerseits über politische Teilhabe zu diskutieren. In Thailand kennt jeder das berühmte Foto von Picharrinee Ratanachamnon, auf dem sie eine Taschenlampe in die Höhe hält – aus Protest gegen die Dunkelheit, die das Land ergriffen habe. Jeder Gast auf dem Böll-Fest erhielt eine ebensolche Taschenlampe, um im Garten Zitate zum Thema «Einmischung erwünscht» aufzuspüren und mit anderen darüber zu diskutieren.



Foto: Heinrich-Böll-Stiftung Mexiko



Grafik: Raphaëlle Macaron

Mexiko-Stadt: Das Buch «Las ovejas negras» («Die schwarzen Schafe») mit fünf Erzählungen Bölls, vier davon neu übersetzt, stand im Mittelpunkt der Geburtstagsserie unseres Büros in Mexiko. Es wurde u. a. auf Lateinamerikas größter Buchmesse in Guadalajara vorgestellt. Texte von und über Böll erschienen in diversen Literaturbeilagen – Böll hat es sogar bis auf die Titelseite einer der größten Zeitungen Mexikos geschafft. Auf der Geburtstagsfeier im Dezember gab es nicht nur eine dramatische Lesung der «schwarzen Schafe», Torte und *piñata*, auch eine Böll-Bronzebüste des Künstlers Alfredo López Casanova wurde feierlich enthüllt und schmückt seitdem den Innenhof.

Beirut: Im Auftrag unseres Beirut Büros setzten drei Illustrator/innen Kurzgeschichten Heinrich Bölls («Es muss etwas geschehen», «Der Tod der Elsa Baskoleit» und «Der Lacher») in einen Comic um. Anlässlich dessen Präsentation sprachen die Theatermacherin Hanane Hajj Ali, die Schriftstellerin Luna Ali und die bildende Künstlerin Mari Meen Halsøy darüber, wie Bölls Diktum «Einmischung ist die einzige Möglichkeit, realistisch zu bleiben», heute im Libanon verstanden werden kann. Es entwickelte sich eine engagierte Diskussion zur Rolle von Kunst in der Politik und Politik in der Kunst, die auch über den anschließenden Empfang hinaus weitergeführt wurde.



Herausforderungen Europas bewältigen

Ob Flüchtlingspolitik, Finanzpolitik, Außen- oder Sicherheitspolitik – in vielen Fragen ist die Europäische Union uneins und tut sich schwer, eine gemeinsame Antwort auf Herausforderungen zu finden. Doch gerade jetzt müsste Europa zusammenrücken, den Euro stabilisieren, Arbeitslosigkeit bekämpfen und sein Modell der liberalen Demokratie verteidigen, denn es gibt viel zu verlieren. Die Europäische Union muss deshalb ihre Verzagtheit ablegen und neue Wege gehen, um mehr zu erreichen: zum Beispiel eine starke, wertebasierte Außen- und Sicherheitspolitik; eine nachhaltige Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik; eine innovationsfreundliche Klima- und Energiepolitik; eine Einwanderungs- und Asylpolitik, die den aktuellen Herausforderungen gerecht wird. Dann kann die Europäische Union auch in Zukunft ein Garant für Wohlstand, Frieden und Freiheit sein.

Die Krise der liberalen Demokratie in Europa

Das britische Referendum gegen die Mitgliedschaft in der Europäischen Union, der Sieg Donald Trumps in den USA, rechtsnationale Regierungen in Ungarn und Polen, starke rechts- und auch linkspopulistische Bewegungen in ganz Europa – immer mehr Bürgerinnen und Bürger wenden sich gegen die etablierte Politik und gegen Europa – zumindest gegen die Europäische Union, wie wir sie heute kennen. Die EU-Skepsis hat sich längst zu einer Legitimitätskrise ausgeweitet. Werte und Freiheiten, für die Europäerinnen und Europäer jahrzehntelang gekämpft haben, stehen auf dem Spiel.



Pulse of Europe – Bürgerinnen und Bürger demonstrieren für ein demokratisches und weltoffenes Europa
Foto: Martin Kraft/flickr (CC BY-SA 2.0, <https://bit.ly/2JtRYe0>)

Europapolitische Jahrestagung: Weiter mit Europa!

Unsere europapolitische Jahrestagung im März 2017 in Kooperation mit der Green European Foundation widmete sich der Frage, wie Europa seine Handlungsfähigkeit und Legitimität wiedererlangen kann. Unter den Teilnehmenden, Fachleute aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft, bestand Einigkeit, dass die Architektur und Politik der Europäischen Union reformiert werden müsse. Sicherheit nach außen und innen, Klimaschutz und Energie, die Modernisierung der europäischen Verkehrsnetze, nachhaltiges Wachstum und eine gemeinsame Migrations- und Flüchtlingspolitik könnten die Grundlage einer neuen europäischen Agenda sein.

Die Globalisierung hat das Tempo technischer Innovationen beschleunigt, die Welt verändert sich immer schneller, das verunsichert viele Menschen. Sie fürchten auf der Strecke zu bleiben. Bislang hat es die EU nicht geschafft, mit ihren Mitteln regulierend einzugreifen. Eine Forderung auf der Tagung war daher, Globalisierungsverlierer besser sozial abzufedern. Auch müsse sich die Politik mehr mit den Ängsten der Bürgerinnen

und Bürger auseinandersetzen. Nur wenn die liberale Demokratie deutlich machen kann, dass ein Rückzug auf das Nationale und die Flucht in autokratische Systeme die Probleme nicht lösen werden, wird das europäische Projekt eine Zukunft haben. Auch sechzig Jahre nach Unterzeichnung der Römischen Verträge ist es immer noch das ambitionierteste und erfolgreichste Beispiel einer freiwilligen Zusammenarbeit von Nationen in der Geschichte.

Der Konsens am Ende der Konferenz war eindeutig: Auf alle Fälle weiter mit Europa! Europa ist ein Erfolgsmodell der liberalen Demokratie und muss es auch bleiben. Europa kann Versprechen einlösen. Das haben mehr als sechzig Jahre Frieden und Freiheit in Europa bewiesen. Diese Errungenschaften nicht für selbstverständlich zu halten – dafür zu kämpfen und einzustehen, ist heute das Gebot der Stunde. Bestes Beispiel dafür ist die Initiative #PulseOfEurope, eine proeuropäische Bewegung, die in bereits neun EU-Staaten und sechzig Städten jeden Sonntag für ein demokratisches und weltoffenes Europa demonstriert.

Fachgespräch über die Zukunft der EU-Integration und der Globalisierung ↗

Schon die globale Finanzkrise, aber erst recht das Brexit-Referendum und die Wahl von Donald Trump haben gezeigt, dass wirtschaftliche Integration und offene Märkte in den westlichen Demokratien nicht mehr unzweifelhaft mehrheitsfähig sind. Immer mehr Staaten setzen auf Nationalismus und Abschottung. Dies wirft viele Fragen auf – für die Ökonomie wie für die Politik. Michael Hüther, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW), warnte bei unserem Fachgespräch am 25. Januar 2017 davor, die Gefahr durch Globalisierungsgegner zu unterschätzen. Für viele Bürgerinnen und Bürger seien die Vorteile der Globalisierung nicht sichtbar genug, sagte IW-Geschäftsführer Hubertus Bardt. Er veranschaulichte dies anhand seines Smartphones: «Das ist entwickelt worden in den USA, die Apps sind im Zweifel aus Indien, und gebaut ist es in China.» Fast alle Güter könne man ohne internationale Arbeitsteilung nicht so günstig produzieren wie heute. Somit profitierten auch Geringverdiener und Arbeitslose von der Globalisierung. Wie sich die Globalisierung letztendlich auf das Leben der Bürgerinnen und Bürger auswirkt, hängt auch von der Qualifikation der Beschäftigten für den Arbeitsmarkt ab. Ralf Fücks, bis Sommer 2017 Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung, appellierte an die Politik, eine Antwort auf die Unsicherheit in der Bevölkerung zu finden. Es sei wichtig, den Bürgerinnen und Bürgern ein Gefühl der Stabilität im Wandel zu vermitteln.

«Recht, von dem man keinen Gebrauch macht, stirbt ab; Freiheit, von der man keinen Gebrauch macht, welkt dahin.»

Heinrich Böll

Konferenz: Frankreich nach den Wahlen – Chancen für Deutschland und Europa ↗

Mit der Wahl von Emmanuel Macron im Mai 2017 verband sich große Hoffnung. Macron war es nicht nur gelungen, die rechtsextreme Marine Le Pen zu schlagen, sondern auch mit einem dezidiert proeuropäischen Wahlkampf zu gewinnen. Sein Sieg weckte in vielen Ländern der EU, insbesondere auch in Deutschland, die Erwartung, dass nun lange aufgeschobene Reformen angepackt werden könnten. Unser gemeinsam mit der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik und der Stiftung Wissenschaft und Politik am 6. Juli 2017 ausgerichtetes Fachgespräch mit deutschen und französischen Expert/innen widmete sich der Frage, welche Erwartungen für die deutsch-französische Zusammenarbeit in und für Europa realistisch sind. Die Teilnehmenden

waren sich einig, dass ein enges deutsch-französisches Tandem zwar eine notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung für tiefgreifende Reformen ist. Auch andere EU-Mitgliedsstaaten, wie etwa Polen, müssten mit ins Boot geholt werden, wenn es um eine Neuausrichtung der Außen- und Sicherheitspolitik, Wirtschafts- und Finanzpolitik, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sowie der Klima- und Energiepolitik geht. Außerdem komme es darauf an, wie reformfähig und responsiv sich die demokratischen Systeme und Parteien erweisen. Zuerst aber müsse Frankreich ohnehin abwarten, bis es mit einer neugewählten, handlungsfähigen deutschen Bundesregierung Reformen angehen könne.

Deutsch-polnischer Austausch über die Zukunft der EU ↗

Polen und Deutschland haben derzeit recht unterschiedliche Visionen für Europa. Es gibt Divergenzen in der Migrationspolitik, hinsichtlich der Rechtsstaatlichkeit oder auch der Beziehungen zu Russland. Für Konfliktlösungen in beiderseitigem Interessenausgleich ist es wichtig, die Motive und Interessen der jeweils anderen Seite zu verstehen. Der Perspektivwechsel ist der Schlüssel für eine nachhaltige europäische Politik. Unser Büro in Warschau nimmt zusammen mit WiseEurope eine Vermittlerrolle zwischen Expert/innen und Entscheidungsträger/innen aus beiden Ländern ein. Neben Diskussionszirkeln hat es 2017 für ein deutsch-polnisches Europa-Blog eine Reihe von Expertenartikeln vorbereitet, die die polnischen und deutschen Sichtweisen der Außenpolitik der EU sowie die wichtigsten Herausforderungen und Potenziale für die bilaterale Zusammenarbeit aufzeigen.

Rechtsruck in Europa – Wie umgehen mit rechten Parolen?

Das Entsetzen nach dem guten Abschneiden der AfD bei der Bundestagswahl 2017 war groß: Mit über zwölf Prozent und als drittstärkste Kraft zog sie im September in den Bundestag ein. Zum ersten Mal seit knapp sechzig Jahren sitzt nun wieder eine rechte Partei im deutschen Parlament. In Österreich dagegen hat sich die rechtspopulistische FPÖ schon lange etabliert und ist inzwischen sogar schon zum zweiten Mal an der Regierung beteiligt. Alexander Gauland, Heinz-Christian Strache oder Victor Orbán – rechter Populismus ist in Europa erfolgreich wie nie. Auf einer Tagung in Berlin im November 2017 diskutierten Expert/innen aus Österreich und Deutschland, was aus den Erfahrungen mit der FPÖ für den Umgang mit der AfD gelernt werden kann. Der Kulturhistoriker und Autor Walter Ötsch und die Publizistin Nina Horacek aus Österreich stellten ihr Buch «Populismus für Anfänger. Anleitung zur Volksverführung» vor und diskutierten mit Anetta



5. Europäischer Jugendkongress in Danzig Foto: Heinrich-Böll-Stiftung Warschau

Kahane, Vorstandsvorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung, wie sehr sich die Strategien der Rechtspopulist/innen in ganz Europa gleichen und dass es durchaus effektive Wege gibt, um sich diesen rechten Parolen entgegenzustellen. Sie plädierten vor allem für eine sachbezogene Diskussionskultur, die die durchschaubaren Argumentationsmuster der Rechten entlarvt und ihren «Opfermythos» nicht weiter bedient.

5. Europäischer Jugendkongress in Danzig

Der grüne europäische Jugendkongress wird jedes Jahr von einem anderen unserer europäischen Büros ausgerichtet. 2017 fand er unter dem Motto «Regain or Retrait?» («Die Oberhand gewinnen oder zurückziehen?») in Danzig statt, eingeladen hatte unser Warschauer Büro gemeinsam mit der Grünen Europäischen Stiftung (GEF) und dem Europäischen Solidaritätszentrum. Jugendliche aus 25 Ländern setzten sich in Diskussionen mit europäischen Politiker/innen, Expert/innen und Aktivist/innen mit dem Aufstieg nationalistischer und populistischer Bewegungen, sozialen Identitätskrisen und der Zukunft der EU auseinander. Außerdem hatten sie Gelegenheit, in Workshops ihre Fertigkeiten mit Blick auf soziale Medien und Kampagnen zu verbessern und gemeinsam Ideen für zukünftiges gesellschaftspolitisches Engagement zu entwickeln.

Journalistische Herausforderungen durch den Rechtspopulismus ↗

Rechtspopulist/innen setzen auf gezielte Provokationen, um Aufmerksamkeit zu gewinnen und öffentliche Reaktionen auszulösen. Gleichzeitig diffamieren sie die Arbeit der Medien und erschweren Medienvertreter/innen den Zugang zu überprüfbaren Informationen, zum Beispiel durch Ausschluss von Parteitagen und Veranstaltungen. Wie also umgehen mit den neuen

politischen Akteuren? Wir haben im Mai 2017 für Journalist/innen einen Austausch mitorganisiert, bei dem mit dem Thema vertraute Kolleg/innen von ihren Erfahrungen berichteten und Anregungen für einen angemessenen Umgang gaben. Darüber hinaus stellten wir in einem Forschungsworkshop in Kooperation mit der Otto-Brenner-Stiftung, dem Frank-Loeb-Institut der Universität Landau und dem Forschungsjournal Soziale Bewegungen die Ergebnisse von Studien zum Thema vor. Geraten wird beispielsweise, die AfD nicht zu ihren Lieblingsthemen in Talkshows einzuladen, sondern zu Themen der Sozial-, Familien- und Steuerpolitik. Auch müsse in Debatten härter nachgefragt werden. Die logischen Fehlschlüsse der AfD seien treffsicher zu beantworten.

«Das Volk wird immer im falschen Augenblick und am falschen Gegenstand zornig.»

Heinrich Böll

Politik- und Parteienforschung in der Heinrich-Böll-Stiftung ↗

Seit April 2017 nehmen wir mit unserem neugeschaffenen Referat «Politik- und Parteienforschung» Wahlen, politische Prozesse und Institutionen stärker in den Blick. Zum Beispiel bieten wir empirisch fundierte Beiträge zu wichtigen Wahlen auf Landes- und Bundesebene. Basierend auf amtlichen Daten der Landeshauptämter sowie Befragungsdaten von infratest dimap analysieren wir Wahlergebnisse und untersuchen verschiedene Aspekte des Wahlverhaltens. Darüber hinaus geht es uns um grundlegende Fragestellungen der Politik- und Parteienforschung. Aktuelle Projekte thematisieren bspw. das Regierungsmanagement im föderalen Verbund, den Effekt von Regierungsbeteiligungen auf politische Entscheidungen, die Repräsentation von Frauen in Par-

↗ **Webdokumentation**

www.boell.de/de/rassismus-und-rechtspopulismus

↗ **Link**

www.boell.de/wahlanalysen



Neujahrstagung der Grünen Akademie Foto: Stephan Depping, Heinrich-Böll-Stiftung

lamenten, Reformbedarfe der repräsentativen Demokratie und der Parteien im Angesicht der Digitalisierung sowie Einstellungen zur Mobilitätspolitik.

Was ist die grüne Erzählung? (Un-)Sicherheiten in der offenen Gesellschaft

Bei weitem nicht jede/r Demokratieverdrossene ist wirklich sozial abgehängt oder abstiegsgefährdet. Viele haben ein kulturelles Unbehagen. Sie lehnen die offene Gesellschaft mit ihren unterschiedlichen Lebensformen, ihrer Dynamik und ihren Entgrenzungen ab. Auch den Institutionen unserer Demokratie stehen sie skeptisch gegenüber. Unsere diesjährige Konferenz aus der Reihe «Was ist die grüne Erzählung» analysierte dieses Unbehagen, das von Verunsicherung, Abstiegsangst oder Unverständnis bis hin zur offenen Ablehnung demokratischer Werte geht, und diskutierte Vorschläge, wie die Menschen wieder erreicht werden können. Ein Weg ist, die öffentlichen Institutionen zu stärken, denn sie können den gesellschaftlichen Zusammenhalt sichern. Die Journalistin Mariam Lau forderte eine direkte Auseinandersetzung mit den Gegenpositionen. Katrin Göring-Eckardt, Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen, stellte nationalistischen, identitären Bewegungen eine Erzählung eines offenen Europas des Humanismus entgegen, wo Bürgerinnen und Bürger für die Freiheit aller eintreten. Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, forderte eine Neuaufstellung der politischen Bildung. «Brückmensch» müssten gefunden werden, die glaubwürdig demokratische Bildung vermitteln können.

Tagungen der Grünen Akademie: Emotionen in der Politik und Universalismus in Zeiten neuer Identitätspolitik

Die Grüne Akademie ist unsere Denkwerkstatt zu politischen und kulturellen Fragen der Zeit. Bei ihrer

Neujahrstagung 2017 ging es angesichts des erstarkenden Rechtspopulismus um die Rolle von Emotionen in der Politik. Die Historikerin Ute Frevert erinnerte an die deutschen Erfahrungen mit der Instrumentalisierung von Affekten in der Zeit des Nationalsozialismus. Doch Emotion *und* Ratio haben durchaus auch ihre berechnete Funktion in unterschiedlichen Phasen von Protest und Meinungsbildung, Beschlussfassung und politischem Kompromiss. Ralf Fücks, bis Sommer 2017 Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung, formulierte es so: «Die liberale Demokratie kann sich der «Gefühlsrevolte der Populisten» nur erfolgreich entgegenstellen, wenn sie Bürger/innen selbst emotional erreichen kann.» Er forderte einen Politikstil, der starke Argumente mit starken Gefühlen zusammenbringt.

Im Sommer griff die Grüne Akademie eine Debatte auf, die aus den USA nach Deutschland herüberschwappte. Der amerikanische Intellektuelle Mark Lilla führte die Niederlage Hillary Clintons bei den US-Wahlen darauf zurück, dass die Demokraten den Anspruch politischer Gleichheit aus dem Blick verloren hätten, nämlich ein Angebot für alle Amerikaner/innen zu machen. Stattdessen orientierten sie sich an den Belangen immer kleinerer Gruppen in der Gesellschaft und stritten für deren Rechte. Für den Politikwissenschaftler Thomas Biebricher stand außer Frage, dass die Analyse sozialer Barrieren mit den Kategorien von Geschlecht, Hautfarbe und sexuellen Orientierungen operieren müsse, doch habe sich die Identitätspolitik in die Sackgasse eines Kulturkampfes um Identitäten manövriert. Um politische Angebote für alle Menschen zu machen, diskutierten die Akademiemitglieder u.a., wie öffentliche Institutionen wie Schulen und Hochschulen, Museen, Schwimmbäder oder Konzerthäuser zu Orten der Teilhabe und der Begegnung ausgebaut werden können.



6. Europäisches Geschichtsforum – Exkursion zum Zentralfriedhof Friedrichsfelde in Berlin

Geschichtspolitik und neuer Nationalismus im gegenwärtigen Europa

Der aufkeimende Nationalismus in verschiedenen europäischen Ländern geht einher mit einer neuen Geschichtspolitik. Von Polen bis in die Türkei werden Lesarten von Geschichte gefördert, die der Legitimierung politischer Positionen dienen, die durch Abschottung, Homogenisierung der Gesellschaft und Fremdenfeindlichkeit gekennzeichnet sind. Ein Beispiel ist Ungarn. Dort wird die ungarische Entwicklung nach 1945 so umgeschrieben, dass sie an eine lange Geschichte des Heldentums und zugleich an eine Viktimisierung Ungarns angeschlossen ist. Unsere Konferenz im November thematisierte nicht nur die Geschichtspolitiken, die von populistischen Regierungen Osteuropas initiiert werden, sondern auch die Entwicklungen in westlichen Ländern. In Österreich und mit Einschränkungen auch in Deutschland ist eine Diskursverschiebung in der Auseinandersetzung mit den Nationalsozialisten zu beobachten. Die Vergangenheit wird idealisiert und Antiislamismus und Antisemitismus in rechtspopulistischen Kreisen wieder salonfähig gemacht. Sowohl Frank Bösch vom ZZF Potsdam wie auch Heidemarie Uhl vom Institut für Zeitgeschichte Wien setzten ihre Hoffnungen auf eine Politik, die aufklärerischen Ansätzen weiterhin Raum in der öffentlichen Diskussion verschafft. Die Teilnehmer/innen aus Osteuropa begrüßten die Konferenz in Berlin sehr, da sie Unterstützung für ihre kritischen Positionen gegenüber der offiziellen Politik ihrer Länder fanden.

Europäisches Geschichtsforum – Das Epochenjahr 1917: (Alb-)Traum der Emanzipation?

Mittlerweile ist es Tradition: Einmal im Jahr trifft sich ein internationaler Kreis an Historiker/innen, Soziolog/innen, Medien- und Kulturschaffenden sowie Vertreter/innen von Nichtregierungsorganisationen auf unserer

Berliner Konferenz «Europäisches Geschichtsforum». Dieser Austausch bekommt derzeit, wo Geschichte erneut für Propaganda und zur Legitimation von Krieg missbraucht wird, eine besondere Dringlichkeit. Im Jahr 2017 ging es um die Frage: Wie schaut Europa auf das Epochenjahr 1917 zurück? Viele Jahrzehnte lang wurden in Ost- und Südosteuropa Kinder darin erzogen, die Russische Revolution 1917 als Beginn der großen Befreiung zu erinnern, die Menschen weltweit aus sozialer und nationaler Unterdrückung erlösen sollte. Nach dem Zerfall der Sowjetunion ist aus der heroischen Zwangserinnerung eine Mischung aus Verurteilung, Verdrängung oder partieller Vereinnahmung geworden. Ehemals sowjetische Teilrepubliken wie Georgien und die Ukraine nehmen heute für ihre Nationalgeschichte mehr oder weniger stark Bezug auf die eher kurzen Perioden von Eigenständigkeit, in denen es eine Reihe von fortschrittlichen Entwicklungen gab, etwa Sozialreformen und freie Wahlen auch mit Teilnahme von Frauen in Georgien. Der ukrainische Historiker Andrii Portnov verwies auf das Paradoxon, dass mit der Einnahme Kiews durch die Bolschewiken die Ukrainer den Kampf gegen die Sowjetmacht zwar verloren hatten, die Ukraine aber dennoch eine erstmalige – wenn auch nicht andauernde – Anerkennung ihrer Grenzen, Sprache und Kultur erfuhr, ein Vorgang, der in der heutigen Ukraine kaum thematisiert wird. Projekte nationaler Emanzipation sind nach 1917 aber nicht nur auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion, sondern auch auf dem Westbalkan im späteren Jugoslawien gescheitert. Notwendig für ein Gelingen scheint eine garantierte internationale Ordnung zu sein, mit nationaler Emanzipation und internationalem Interessenausgleich, so wie es die Europäische Union bislang recht erfolgreich versucht hat. Dies könnte als eine Lehre aus 1917 gezogen werden. Die Konferenz fand in Kooperation mit dem wissenschaftlichen Informationszentrum Memorial aus Moskau statt.

Flucht und Migration

Weltweit gibt es rund 250 Millionen Migrantinnen und Migranten; weitere 65 Millionen Menschen befinden sich auf der Flucht. Seit 2015 beantragten etwa 1,4 Millionen Flüchtlinge Asyl in der Bundesrepublik. Gestiegen ist aber nicht nur die Zahl von Geflüchteten, sondern auch die Einwanderung nach Deutschland insgesamt. Deutschland gehört heute zu den wichtigsten Einwanderungsländern unter den OECD-Staaten. Dies bringt Herausforderungen für Staat und Gesellschaft mit sich, die eine nachhaltige Flüchtlings- und Einwanderungspolitik verlangen. Auch auf europäischer Ebene, denn die «Flüchtlingskrise» verstärkt die Tendenzen zur Renationalisierung europäischer Politik und droht die EU zu spalten.



Rita Süssmuth, Bundestagspräsidentin a. D., bei der Vorstellung des Kommissionsberichts «Einwanderungsland Deutschland»

Perspektiven für eine humane und nachhaltige Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik ↗

Deutschland steht in der rechtlichen und moralischen Verantwortung, Geflüchteten Schutz und Sicherheit zu bieten. Als große Wirtschaftsnation und angesichts der absehbaren demografischen Entwicklung braucht es zudem eine zukunftsfähige Einwanderungspolitik. Ein neuer Konsens für eine nachhaltige Flüchtlings- und Einwanderungspolitik muss gefunden werden, der ein möglichst breites politisches und gesellschaftliches Spektrum einbezieht. Bereits Ende 2015 hat die Stiftung eine Fachkommission eingesetzt, um hierfür Handlungsempfehlungen zu erarbeiten. Im Dezember 2017 hat die Kommission ihren Abschlussbericht vorgestellt. Eine wesentliche Forderung ist die nach mehr Kohärenz in der Flüchtlings- und Einwanderungspolitik durch ressortübergreifende Kommunikation, Koordination und Kooperation. Politisches Handeln, Verwaltungshandeln und die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft müsse besser aufeinander abgestimmt werden. Mittel- und langfristig schält sich so eine Mi-

grations- und Integrationspolitik heraus, die nicht vorwiegend in Krisenzeiten auf Druck reagiert und sich von öffentlicher Aufregung treiben lässt, sondern Probleme vorausschauend angeht. Die jeweiligen Vorschläge der Kommission zu den Themenfeldern Migrationsaußenpolitik, Flüchtlingsaufnahme, Einwanderungspolitik, Integration und Rückkehr sind nachzulesen in der Publikation «Einwanderungsland Deutschland». Zum Thema «Arbeitsmarktintegration» haben wir ein eigenes Webdossier erstellt. Hier gibt es Informationen über die gegenwärtigen gesetzlichen Rahmenbedingungen, Zusammenfassungen aktueller wissenschaftlicher Studien sowie Erfahrungsberichte von Geflüchteten, Unterstützenden und Arbeitgebenden. ↗

KommMit! Kommunalpolitischer Bundeskongress ↗

Die Aufnahme einer großen Zahl von Flüchtlingen, Migranten und Asylsuchenden in den letzten Jahren war für viele Kommunen eine große Herausforderung. Auf unserem kommunalpolitischen Bundeskongress vom 31. März bis 1. April 2017 in Gelsenkirchen ging es u. a.

↗ **Kommissionsbericht:**
«Einwanderungsland Deutschland»:
www.boell.de/einwanderungsland-deutschland

↗ **Dossier Arbeitsmarktintegration:**
<https://heimatkunde.boell.de/dossier-arbeitsmarktintegration>

↗ **Bericht und Themendossier**
www.boell.de/de/kommunalpolitischer-bundeskongress-2017

genau darum und um den Kampf um eine offene Gesellschaft, die von Rechtspopulisten und Rechtsextremen in Frage gestellt wird. Mouhanad Khorchide, Professor für islamische Theologie in Münster, forderte in seinem Beitrag mehr Aufklärung über die innerislamische Vielfalt, damit die Menschen ein differenziertes Bild vom Islam gewinnen können. Was den fundamentalistischen Salafismus betreffe, so seien in Deutschland vor allem die Muslime der zweiten und dritten Generation dafür anfällig, die sich von der deutschen Gesellschaft nicht akzeptiert fühlen. Die Kölner Stadträtin Berivan Aymaz konstatierte, dass sich zu wenige Kommunalpolitiker/innen von der Entwicklung der türkischen Gemeinden in Deutschland ein Bild machen würden. Die Auseinandersetzungen dort seien kein innertürkischer Konflikt, sondern ein Konflikt zwischen Demokraten und Gegnern der Demokratie. Der Bielefelder Konfliktforscher Andreas Zick machte das Fehlen interkultureller Kontakte für fremden- und menschenfeindliche Positionen verantwortlich. Weitere Themen des kommunalpolitischen Bundeskongresses 2017 waren: grüne Stadt der Zukunft, grüne Mobilität, Energiewende, lebendige Quartiere, aktive kommunale Wohnungspolitik, sozialräumliche Polarisierung, Wärmewende in Kommunen und das Genderranking deutscher Großstädte.

«Weiter Schreiben» – ein literarisches Portal für Autorinnen und Autoren aus Krisengebieten ↗

Autorinnen und Autoren aus Krisengebieten wünschen sich vor allem eines: Weiterschreiben, denn für sie ist der Schreibprozess durch die politische Situation in ihrer Heimat unterbrochen, zuweilen lebensgefährlich. Der Zugang zum Literatur- und Medienbetrieb ist verstellt, das Publizieren (fast) unmöglich. Seit Mai 2017 bietet das Online-Portal «Weiter Schreiben» eine Möglichkeit, ihre Texte zu veröffentlichen und in Tandems mit deutschsprachigen Autorinnen und Autoren an Texten und Übersetzungen zu arbeiten. So entstehen ganz neue, gemeinsame Perspektiven. In Kooperation mit Literaturhäusern und Bibliotheken veranstaltet das Projekt zahlreiche Lesungen in ganz Deutschland. Partner/innen sind zum Beispiel Mariam Meetra und Antje Rávic Strubel, Galal Alahmadi und Tanja Dückers, Lina Atfah und Nino Haratischwili, Noor Kanj und Svenja Leiber, Ramy Al-Asheq und Monika Rinck, Fady Jomar und David Wagner. Die Texte erscheinen in Originalsprache und in deutscher Übersetzung. Eine Anthologie mit ausgewählten Texten erscheint Ende 2018 im Ullstein Verlag. «Weiter Schreiben» ist ein Projekt der Initiative WIR MACHEN DAS sowie des Gunda-Werner-Instituts der Heinrich-Böll-Stiftung und wird durch den Hauptstadtkulturfonds, die Schering Stiftung und das Goethe-Institut gefördert.

Türkei: Flüchtlingskindern die Sprache wiedergeben

Mittlerweile leben mehr als drei Millionen syrische Geflüchtete in der Türkei, darunter ungefähr eine Million Kinder im schulpflichtigen Alter. Die Bildungsquote unter Flüchtlingskindern verbleibt gering. Der Hauptgrund sind Sprachprobleme. Knapp die Hälfte konnte bislang lokale syrische Schulen besuchen, wo sie auf Arabisch unterrichtet wurden. Doch diese Schulen will das türkische Bildungsministerium nun abschaffen, um des Wildwuchses im Bildungswesen Herr zu werden. Jetzt sollen die Kinder auf Türkisch lernen. Doch viele Schulen sind mit anderssprachigen Schülerinnen und Schülern schlichtweg überfordert. Ausgehend von den Erfahrungen in Deutschland mit bilingualer Bildung organisierte unser Büro in Istanbul zusammen mit der Istanbuler Yildiz Universität und dem türkischen Partner Anadolu Kültür einen Austausch zwischen Wissenschaftler/innen und Expert/innen aus beiden Ländern zum Thema Mehrsprachigkeit an Schulen. Zum einen ging es um die Barrieren, Konflikte und Lösungsvorschläge bei der Bildung von Migrant- und Flüchtlingskindern, zum anderen darum, wie die Kinder selbst aktiver eingebunden werden können.

Marokko: Straßentheater für Toleranz «des Anderen»

Marokko entwickelt sich gerade vom Transit- zum Einwanderungsland. Mit der wachsenden Zahl der Migrant/innen verstärkt sich der Rassismus in der Gesellschaft. Die Theatergruppe Gorara will gegenseitige Vorurteile abbauen helfen und machtpolitische Ursachen hinter Rassismus demaskieren. Die Gruppe selbst steht für Vielfalt: Die Laienschauspieler/innen kommen je zur Hälfte aus Marokko und Subsahara-Afrika, auch auf Geschlechterparität wird streng geachtet. Unser Büro in Rabat hat 2017 die Entwicklung und Aufführung des «Märchens von der Nase» gefördert. Das Märchen thematisiert, wie «der Andere» sozial konstruiert wird. Subtil zerlegt das Stück die Idee der biologisch bedingten bzw. gottgegebenen Unterschiedlichkeit. Gorara nutzt die Methode des Forumtheaters in Anlehnung an Augusto Boal. Der Theaterdirektor und Regisseur Hosni ElMokhlis hat das Theater des Brasilianers quasi ins Marokkanische übersetzt und mit der Tradition der Halqa verbunden. Die Halqa findet stets im öffentlichen Raum statt. Ein/e Erzähler/in trommelt das Publikum zusammen, das sich um den Erzähler sammelt und so die Straße zur Bühne macht. Wie in Boals «Theater der Unterdrückten» wird das Publikum dazu aufgefordert, eine aktive Rolle einzunehmen. Im Fall des «Märchens von der Nase» wird «der Andere» vor ein königliches Schiedsgericht gestellt. Die Zuschauer/innen übernehmen dann die Rolle seines Anwalts.

Außen- und Sicherheitspolitik

Vor wenigen Jahren schienen die politischen Institutionen des Westens einigermaßen festgefügt. Doch nun geraten die wichtigsten dieser Institutionen – die Europäische Union und die NATO – selbst in Turbulenzen. In Amerika wie in Europa sind Kräfte auf dem Vormarsch, die nationalen Egoismus propagieren und jeden Sinn für das historische Projekt des Westens verloren haben. Die Verteidigung der Demokratie und offener Gesellschaften, nach innen wie außen, ist Europas wichtigste Aufgabe geworden.



Außenpolitische Jahrestagung: Sylke Tempel, Chefredakteurin der Zeitschrift *Internationale Politik* († 5. Oktober 2017)



Anders Fogh Rasmussen, ehemaliger dänischer Ministerpräsident und NATO-Generalsekretär

18. Außenpolitische Jahrestagung – Die Krise des Westens ↗

Die internationale Außen- und Sicherheitspolitik des Jahres 2017 stand im Zeichen der neuen US-Präsidentschaft unter Donald Trump. Trumps Äußerungen zur Bündnispolitik der USA und sein Austritt aus dem Pariser Klimaschutzabkommen haben exemplarisch die Krise der liberalen Weltordnung und der westlichen Sicherheits- und Wertegemeinschaft zum Vorschein gebracht. Auf diese Herausforderung versuchte unsere 18. Außenpolitische Jahrestagung im Juni 2017 Antworten zu finden. Viele Expert/innen forderten angesichts der ernsten Lage, dass es wieder um die «großen Fragen» gehen müsse. Schließlich stehe neben der Zukunft des transatlantischen Bündnisses auch die Sicherheit Europas und letztlich die liberale Demokratie selbst auf dem Spiel. Mit der neuen Politik Emmanuel Macrons gebe es jedoch ein Zeitfenster, um die europäische Sicherheitspolitik effizienter zu gestalten und Europa als internationale Ordnungs-

macht aufzustellen. Die Analyse einer «doppelten» Herausforderung des Westens wurde von Charles A. Kupchan, Professor für internationale Beziehungen an der Georgetown University in Washington, DC, bestätigt. Sylke Tempel, die jüngst verstorbene Chefredakteurin der Zeitschrift *Internationale Politik*, betonte, dass viele Rechtspopulisten keine Umverteilungspolitik anstrebten, sondern die gesamte politische Ordnung infrage stellten. Franziska Brantner von Bündnis 90/Die Grünen erinnerte daran, dass Europa international nur als Verteidigerin der liberalen Weltordnung auftreten könne, wenn die Anhänger der liberalen Demokratie in den EU-Staaten auch künftig politische Mehrheiten stellten.

Die Auftaktveranstaltung der Jahrestagung war öffentlich, die Fachkonferenz nur für geladene Gäste konzipiert. Die engagierte Teilnahme von einhundert außenpolitischen Expert/innen zeigte, dass unsere Jahrestagung ein anerkannter Ort konstruktiver und offener Debatten geworden ist.

↗ Reader der Tagung:

www.boell.de/krise-des-westens

«Haben wir Russland provoziert?» – Infotour mit russischen Expert/innen durch Deutschland

Über Russland und den richtigen Umgang mit der Politik des russischen Präsidenten Wladimir Putin wurde in Deutschland heftig gestritten – bis in den Bundestagswahlkampf hinein. Um einen Einblick in russische Sichtweisen zu bekommen, haben wir zusammen mit unseren Landesstiftungen russische Expert/innen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft zu einer Reihe öffentlicher Diskussionsveranstaltungen in deutsche Städte eingeladen, u. a. nach Jena, Leipzig, Kiel, Potsdam und Freiburg. Die Frage, ob der «Westen» die russische Aggression gegen die Ukraine provoziert hat, kommentierte der Moskauer Politologe und Publizist Nikolai Petrov mit der Feststellung, dass das russische Regime für den eigenen Einflussbereich sein Vorrecht sieht, gegen eine mutmaßliche Einmischung von anderen Staaten zugunsten eines Machtwechsels in diesen Ländern vorzugehen und bei unerwünschten wichtigen außenpolitischen Entscheidungen dort einzugreifen. Zur Durchsetzung dieses Vorrechts werde auch militärische Gewalt als legitimes Mittel betrachtet – gewissermaßen eine «zweite Breschnew-Doktrin». Europa sei aus Sicht des Kreml nur mit begrenzter Souveränität ausgestattet und von den USA abhängig.

Das System Putin charakterisierten die Gäste nach der jüngsten Entwicklung als superunitär, zentralisiert und personalistisch. Putin und die Elite um ihn herum glichen mittlerweile einem Zarenhof, wobei sich Putin auf sein Stabilitätsversprechen und seine Umfragewerte von über 80 Prozent stütze. Allerdings sei die Stabilität nur oberflächlich und das System wegen der fehlenden Institutionen schwach.

Besprochen wurden auch Themen wie historische Verantwortung, Jugend oder Kunst und Kultur. Gulya Sultanova, Koordinatorin eines LGBT-Kinofestivals aus St. Petersburg, mahnte, Putin und die Elite nicht mit Russland gleichzusetzen und dem Regime keinen Status von etwas «Besonderem» einzuräumen. Bereits die Annahme einer besonderen Verfasstheit Russlands sei ein Fehler. Wenn man Putin gleichberechtigt neben sich sitzen lasse und schweige, würde das das Regime

nur weiter ermutigen. Der Diskurs über das «Augen verschließen» müsse verstärkt werden. Russland sei Mitglied des Europarates, also müssten Menschenrechtsverletzungen auch benannt werden.

Deutsch-polnisch-russische Expertentreffen

Die polnisch-deutsch-russischen Beziehungen sind historisch schwer belastet. Die russische Annexion der Krim hat diese schwierigen Beziehungen nicht einfacher gemacht. Bereits 2013 hat unser Büro in Warschau das Projekt Trialog ins Leben gerufen, ein Versuch, über Expertengespräche eine Basis für politische Verständigung zu schaffen. Nachwuchskräfte aus Thinktanks, Medien, Wirtschaft und Wissenschaft aus Deutschland, Polen und Russland treffen sich seitdem regelmäßig, um die jeweils nationalen Sichtweisen vorzustellen. Im März 2017 ging es in Warschau um «Normen und Ordnungsmacht» und im November in Moskau um die Ursachen des gegenwärtigen Vertrauensverlustes und mögliche Schritte für die Wiederherstellung einer vertrauensvollen Zusammenarbeit. Die Gespräche werden in Zusammenarbeit mit den Partnern DGAP Berlin, IMEMO Moskau und PISM organisiert.

Israel: Siedlungspolitik als Sicherheitsrisiko

In Israel sind viele davon überzeugt, dass der Siedlungsbau einen wichtigen und positiven Beitrag für Israels Sicherheit leistet. Unser Büro in Tel Aviv hat 2017 eine Studie der Nichtregierungsorganisation Molad unterstützt, die anhand wissenschaftlicher Analysen und Interviews mit ehemaligen Generälen der Israelischen Verteidigungstreitkräfte (IDF) aufzeigt, dass der Ausbau der Siedlungen und die fortwährende Besatzung die gegenteilige Wirkung haben und den Sicherheitsinteressen Israels widersprechen. Die Studie liefert auch Argumente für eine Zwei-Staaten-Lösung. Mit einer Kampagne versuchte unser Büro einmal mehr, diese im nationalen Diskurs zu verankern. Im September wurde die Studie in der Reihe der «Jerusalem Talks» vorgestellt und mit Vertretern von Molad und mit Ami Ajalon, ehemaliger Leiter des israelischen Inlandsgeheimdienstes, diskutiert.



Große Freude über den Friedensnobelpreis für ICAN: (v. l. n. r.) Sascha Hach, Stephanie Mendes Candido (Böll-Stiftung), Xanthe Hall, Anne Balzer und Gregor Enste (Böll-Stiftung)

Friedensnobelpreis für unseren Projektpartner ICAN

Der Friedensnobelpreis 2017 ging zu unserer großen Freude an unseren Projektpartner ICAN (International Campaign to abolish Nuclear Weapons). Das Nobelpreiskomitee würdigte dabei ICANs bahnbrechende Bemühungen für das Zustandekommen des internationalen Vertrages über das Verbot von Kernwaffen (Nuclear Weapon Ban Treaty). Dieser Vertrag war am 7. Juli 2017 von der Mehrheit der UN-Mitgliedsstaaten verabschiedet worden. Die Atommächte sowie alle NATO-Staaten boykottieren dieses Abkommen jedoch bislang.

Ein Gespräch mit Anne Balzer und Sascha Hach, Vorstandsmitglieder von ICAN Deutschland. Von Till Uebelacker

Die Nobelpreis-Jurorin Berit Reiss-Andersen hat gesagt, der Vertrag habe mächtige Gegner, doch die Idee, Atomwaffen zu verbieten und abzuschaffen, sei weder neu noch naiv. Wie kann es gelingen, mit den bisherigen Unterzeichnern des Vertrags gemeinsam Druck auf die Großmächte auszuüben?

Sascha Hach: Das Atomwaffenverbot bietet eine wirkliche Handlungsalternative zu dem, was wir aktuell erleben. Wir sehen die ganze Aufrüstungs- und Eskalationsdynamik vor allem durch Donald Trump, Wladimir Putin und Kim Jong-un: Unser Thema mit diesen Akteuren und den aktuellen Entwicklungen zu verknüpfen ist der Schlüssel, um die Leute davon zu überzeugen, dass wir andere Optionen haben und dass wir die Richtung umdrehen können, wenn wir die nötige Unterstützung dafür finden.

Was würde der Beitritt der Bundesrepublik zum Atomwaffenverbotsvertrag in der Praxis bedeuten?

Anne Balzer: Die Bundesrepublik müsste sich von dem Konzept der nuklearen Teilhabe verabschieden. Die US-Atomwaffen in Büchel müssten abgezogen werden, weil die Stationierung auf dem eigenen Territorium im Atomwaffen-Verbotsvertrag untersagt ist. Danach könnte man aber dem Vertrag beitreten und damit auch ein Signal an andere Nato-Mitglieder senden. Die Bundesrepublik würde sich von dem Konzept der nuklearen Abschreckung, welches noch aus dem Kalten Krieg stammt, verabschieden und sich für andere Mittel in der internationalen Arena starkmachen.

Dennoch wird atomare Abschreckung oft als Notwendigkeit gesehen. Wie ist dieses Abschreckungsargument zu bewerten?

Anne Balzer: Wohin führt das Abschreckungskonzept, wenn es alle verfolgen? Das führt dazu, dass jeder Staat denkt, er müsse sich mit Nuklearwaffen eindecken, um sich schützen zu können. Wir handeln in einer Welt voll von Atomwaffen und mit vielen Akteuren, die nach Macht streben, in einer Welt von fragilen Staaten, von Cyberangriffen und von Terrorismus. Ich glaube, diese neuen Risiken, gekoppelt mit dem alten Abschreckungskonzept, das funktioniert einfach nicht mehr. Es birgt solch hohe Gefahr in sich, dass entweder gezielt oder aber auch ungewollt Atomwaffen gezündet werden. Aus dieser Logik heraus können wir nur in den gegensätzlichen Trend gehen, nämlich Abrüstung und dass niemand mehr Atomwaffen hat.

Wie kann es gelingen, mehr junge Menschen für das Thema zu sensibilisieren?

Anne Balzer: In der Schule begegnet das Thema den Schülern 45 Minuten lang, wenn mal ein Beispiel aus dem Kalten Krieg behandelt wird. Es ist wichtig, die Verbindung zur Situation heute zu ziehen und zu zeigen, dass der Kalte Krieg zwar vorbei ist, wir aber trotzdem ein Erbe daran tragen. Deswegen machen wir Workshops mit jungen Studierenden aus allen Fachrichtungen, die Lust haben, solche Workshops wiederum selber an ihren Schulen und an ihren Universitäten anzubieten. So versuchen wir zu zeigen, wie die Welt, in der wir leben, aufgebaut ist, und wie man sie verändern kann.

Wie sah die Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung aus?

Sascha Hach: Es war eine sehr fruchtbare und kontinuierliche Zusammenarbeit in guten und in schlechten Zeiten. Das war nicht selbstverständlich. Wir waren am Anfang so etwas wie das «Schmuddelkind» in der NGO-Szene, mit dem man es sich schnell gegenüber der Regierung verscherzt. Das Thema Atomwaffen ist eben ein heißes Eisen. Da war es für uns natürlich Gold wert, dass wir in der Heinrich-Böll-Stiftung ein außen- und sicherheitspolitisches Referat vorgefunden haben, das langfristig gedacht hat und vielleicht auch ein bisschen mehr mit dem Herzen. Sicherlich hat die Philosophie von Böll, sich einzumischen, auch wenn es schwierig ist, gut zu unserer Kooperation gepasst.



Rio de Janeiro: Trauer und Wut über die Ermordung der Stadträtin Marielle Franco im März 2018 Foto: Romerito Pontes/flickr (CC BY 2.0, <https://bit.ly/2I19arL>)

Demokratie und Menschenrechte stärken

In vielen Teilen der Welt werden demokratische Spielräume eingeschränkt, Repressionen gegen Andersdenkende und -handelnde nehmen zu. Wirtschaftlich mächtige Eliten verstärken ihren Einfluss auf politische Entscheidungen. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und politische Partizipation zu fördern, das gehört zu unserem Kernauftrag – in Deutschland und auch weltweit. Ausgangs- und Angelpunkt sind dabei die universellen Menschenrechte: Wir unterstützen die politische Einmischung der Bürgerinnen und Bürger, wir organisieren öffentliche Debatten, und wir streiten für gleiche Rechte der Geschlechter und für die Beteiligung von Minderheiten. Zusammen mit unseren Partnerinnen und Partnern arbeiten wir zum Beispiel daran, Gesetzesinitiativen zum Schutz der Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans* und Inter*-Menschen (LSBTI) weltweit voranzubringen. Wir arbeiten auch daran, Konflikte zu bewältigen und Streit in zivile Bahnen zu lenken. Eine weitere wichtige Aufgabe der Stiftung ist es, internationale Entwicklungen für die deutsche Öffentlichkeit aufzubereiten und Hintergründe zu liefern.

Zivilgesellschaft unter Druck

Eine starke Zivilgesellschaft ist eine Säule der liberalen Demokratie. Sie kann politische Prozesse (mit-)gestalten, Teilhabe organisieren, Korruption und Menschenrechtsverletzungen aufdecken, den sozialen Ausgleich fördern und staatliche Rechenschaft einfordern. Allerdings nehmen Repressionen gegenüber der Zivilgesellschaft derzeit weltweit zu, selbst in vermeintlich demokratisch gefestigten oder etablierten Ländern. Die Handlungsräume werden eingeengt (Shrinking Spaces) – durch bürokratische Hürden, rechtliche Einschränkungen, Kriminalisierung, Diffamierung und auch physische Gewalt. Einmischen ist schwieriger geworden.



Die Berliner Ausstellung «Narphotos. Moments from Turkey» zeigte Arbeiten junger türkischer Fotograf/innen Foto: Serpil Polat/Nar Photos

Konferenz zum Zustand des türkischen Rechtsstaates – Zehn Jahre nach dem Attentat auf Hrant Dink

Im Jahr 2007 wurde der armenisch-türkische Journalist Hrant Dink in Istanbul auf offener Straße von einem jungen türkischen Nationalisten ermordet. Bis heute ist der Fall nicht vollständig aufgeklärt. Es wird vermutet, dass wichtige Beweismittel unterschlagen wurden. Im Gedenken an diesen couragierten Aktivisten diskutierten wir auf einer Konferenz im Januar 2017 über den Zustand der Rechtsstaatlichkeit in der Türkei. Claudia Roth, Vizepräsidentin des Bundestages (B'90/Die Grünen), erinnerte daran, dass die Türkei in den ersten Jahren nach Dinks Tod eine wirtschaftlich sehr erfolgreiche Phase hatte. Auch in den Beziehungen zwischen der Türkei und Armenien gab es zaghafte Annäherungen. Ohne Dink wären einige der damals positiven Entwicklungen nicht denkbar gewesen. Heute hingegen sei die Gewaltenteilung de facto abgeschafft, das Land ethnisch, religiös und nach Lebensstilen gespalten. Demokratie, Menschenrechte, Achtung vor der Pressefreiheit – daran mangle es beträchtlich. Es sei darum wichtig, weiter an der Seite der Demokrat/innen in der Türkei zu stehen und genau hinzusehen, was dort passiert.

Medien im Griff illiberaler Eliten in den Balkanstaaten

Bosnien, Mazedonien und Albanien sind Paradebeispiele für «unterwanderte Staaten» (captured states). Auf allen Regierungs- und Verwaltungsebenen gibt es Verbindungen zu organisierter Kriminalität. Korruption und Vetternwirtschaft sind weit verbreitet und die Medien werden von der Politik weitgehend kontrolliert. Wer sich mit den Machtcliquen kritisch auseinandersetzt, kommt zunehmend unter Druck. In einer Publikation unseres Büros in Sarajevo zeigen die beiden Journalistikprofessorinnen Lejla Turcilo und Belma Buljbasic, wie die Politik in die mediale Berichterstattung eingreift. Zahlreiche Interviews geben Einblick in die schwierigen Arbeitsbedingungen von kritischen Journalist/innen. Auch die intransparenten Eigentumsverhältnisse bosnischer Medienhäuser werden beleuchtet. Nicht von ungefähr landet Bosnien im weltweiten Demokratie-Ranking des *Economist* für das Jahr 2017 auf einem der hinteren Plätze in der Kategorie «Hybride Regime» – gleichauf mit Staaten wie Marokko und Burkina Faso.

Publikation «Media and Shrinking Space in Bosnia and Hercegovina: Silenced Alternative Voices»:

<https://ba.boell.org>

Ungarns Absage an demokratische Prinzipien ↗

In Ungarn hat Ministerpräsident Viktor Orbán seit 2010 die Demokratie bis zur Unkenntlichkeit entstellt. Seine Regierung lebt von Polarisierungen und Feindbildern, von Stigmatisierungen, Diffamierungen und Verschwörungstheorien. Der Opposition begegnet er mit wenig Respekt und lässt keine Gelegenheit aus, regierungskritische Stimmen in und außerhalb des Parlaments zu diskreditieren. Auch die akademische Freiheit ist Orbán ein Dorn im Auge: Im April 2017 verabschiedete die Regierung Änderungen im Hochschulgesetz, die sich in ihrer Ausformulierung ganz offensichtlich gegen die renommierte, von George Soros gegründete Central European University (CEU) mit Sitz in Budapest richten. Auch gegen regierungskritische Nichtregierungsorganisationen (NGOs) geht die Regierung hart vor. Seit Mitte 2017 gilt ein neues Gesetz, das NGOs vorschreibt, sich als «aus dem Ausland finanzierte Organisationen» zu registrieren, wenn sie mehr als 7,2 Mio. HUF (ungefähr 23.000 Euro) pro Jahr aus dem Ausland erhalten. Die Vorlage und Verabschiedung von Gesetzen sind zu einem wesentlichen Bestandteil der Propagandamaschinerie der Regierung geworden. Mit dem neuesten Gesetzespaket, das «Stop Soros» heißt, plant die Regierung «Organisationen, die Migration unterstützen», die Arbeit schwer bis unmöglich zu machen. Wir haben in einem englischsprachigen Webdossier zahlreiche Beiträge zusammengestellt, die sich kritisch mit den Entwicklungen in Ungarn auseinandersetzen.

Neuaufgabe des NGO-Gesetzes in Israel

Bereits im Juli 2016 hatte die rechtsnationale israelische Regierung ein Gesetz verabschiedet, das Nichtregierungsorganisationen (NGO), die zu mehr als 50 Prozent ihrer Mittel von ausländischen Institutionen erhalten, zur Offenlegung verpflichtet und bei Verstoß mit hohen Bußgeldern belegt. Das Gesetz ist ein politischer Angriff auf Organisationen, die besonders regierungskritisch sind, vor allem im Hinblick auf die Themen Besatzung und Menschenrechte. 2017 versuchte die Regierung, die Arbeit dieser NGOs weiter zu erschweren. So sollen künftig NGOs, die die israelische Armee angreifen, verboten werden dürfen und Finanzmittel, die NGOs von ausländischen Regierungen erhalten, umfassend vom Staat eingezogen werden können. Beides würde die Arbeit der deutschen Stiftungen fast unmöglich machen, da auch sie mit staatlichen Mitteln israelische NGOs unterstützen. Die deutschen politischen Stiftungen, allen voran unser Büro Israel, haben sich in enger Abstimmung mit den israelischen NGOs und der deutschen Botschaft bemüht, diese Gesetzesverschärfungen zu verhindern. Aufgrund diverser Korruptionsverfahren, u. a. gegen Netanjahu selbst, kam es bisher zu keiner weiteren Beratung diesbezüglich. Allerdings ist absehbar, dass die Debatte um die Gesetzesänderung jederzeit

wieder an Fahrt gewinnen kann, da sie zu einem der zentralen Projekte der Regierung zählt.

Diskussion über Ägyptens Menschenrechtskrise und Europas Verantwortung

In Ägypten wurden seit der Amtsübernahme von Präsident Abdel Fattah al-Sisi im Jahr 2013 Zehntausende Oppositionelle und politisch Andersdenkende gefangen genommen, Hunderte gelten bis heute als «verschwunden». Gleichzeitig wird die Meinungs- und Versammlungsfreiheit durch neue, repressive Gesetze massiv eingeschränkt. Eine unabhängige Arbeit von und mit der Zivilgesellschaft ist dadurch praktisch unmöglich geworden. Deutschland hat seine Beziehungen zu Kairo, die nach dem Putsch von 2013 vorübergehend heruntergefahren wurden, mittlerweile wieder normalisiert. Ägypten gilt der Bundesregierung als strategischer Partner in der Region – trotz der desaströsen Menschenrechtssituation. Auf einer Podiumsdiskussion im Juni berichteten ägyptische Menschenrechtsaktivisten über die gegenwärtigen Verhältnisse im Land und diskutierten, inwiefern von innen bzw. von außen auf eine Verbesserung der Menschenrechtssituation hingewirkt werden kann.

Gewaltsames Verschwindenlassen in Mexiko

Offiziell geht man in Mexiko von mehr als 32000 gewaltsam Verschwundenen aus. Sie wurden festgenommen, inhaftiert, entführt oder sind auf andere Weise ihrer Freiheit beraubt worden. Ein UN-Übereinkommen zum Schutz vor dem Verschwindenlassen verpflichtet die Vertragsstaaten zur Suche nach verschwundenen Personen. Im Todesfall müssen die sterblichen Überreste identifiziert und an Angehörige übergeben werden. In der Praxis gestaltet sich die Suche vielerorts als schwierig, oft fehlen der politische Wille oder technische Möglichkeiten. Auf unserer Fachtagung im Juli 2017, in Kooperation mit dem Deutschen Institut für Menschenrechte, haben wir Mitglieder des UN-Ausschusses und der UN-Arbeitsgruppe gegen gewaltsames Verschwindenlassen, Vertreter/innen des Auswärtigen Amtes sowie Expert/innen aus Lateinamerika, Syrien, Tunesien und Europa eingeladen, um ihre Erfahrungen auszutauschen und effektive Verfahrensweisen zu entwickeln, die später in die Leitlinien für die Arbeit des UN-Ausschusses einfließen können. An der Tagung nahm auch Carlos Beristáin teil, Mitglied der Expertenkommission, die in Mexiko zur Untersuchung des Falles der 43 verschwundenen Studenten aus Ayotzinapa eingesetzt wurde. Im Anschluss an die Fachtagung wurde die Ausstellung «Huellas de la Memoria – Spuren der Erinnerung» des Künstlers Alfredo López Casanova eröffnet. Seine Installation besteht aus Schuhen, die Menschen auf ihrer Suche nach verschwundenen Verwandten und Bekannten getragen haben.

«Es ist schwer, unpolitisch zu sein, wenn die Zeiten so politisch sind» – ein Gespräch mit Kyo Narawan Pathomvat ↗

Der Reading Room, eine unserer Partnerorganisationen in Südostasien, kam 2017 in die engere Auswahl für den Visible Award. Ein großer Erfolg für das Projekt. Wir trafen die Vorsitzende der Organisation, Kyo Narawan Pathomvat, und sprachen über die aktuelle politische Lage in Thailand.



Kyo Narawan Pathomvat, Gründerin des Reading Room Foto: Withit Kiattananavik

Den Reading Room, eine Bibliothek und Freiraum für Projekte, gibt es seit nunmehr neun Jahren. Wie hat alles angefangen?

Als ich merkte, dass es in Thailand kaum Bibliotheken für moderne Kunst gibt, fing ich an, Material, das ich gesammelt hatte, öffentlich zugänglich zu machen – so dass alle etwas davon haben, ohne dafür bezahlen zu müssen. Daraus entwickelte sich ein Ort für Veranstaltungen. In unserem Land, in dem derzeit ein Militärregime an der Macht ist, wird online die Privatsphäre und die Anonymität immer mehr eingeschränkt. Der Reading Room bietet den politisch Unterdrückten einen Raum, wo sie sich frei und in Sicherheit zu Wort melden können.

Wie hat sich die Lage in Thailand seit dem Militärputsch von 2014 entwickelt?

Während der ersten Monate standen alle unter Schock, denn die führenden Militärs hinter dem Putsch versuchten, die kritischen Stimmen ruhigzustellen. Viele Professoren, Journalisten und Aktivisten wurden einbestellt, und man forderte sie auf, «ihre Haltung zu berichtigen». Die Angst ging um, und ich hätte mir nie vorstellen können, dass solche Repression heute in diesem Ausmaß möglich ist. Schon immer gingen die Machthabenden zuerst gegen die Denker, Gelehrten, Schriftsteller und Journalisten vor. Anschließend kamen alle anderen ins Visier – jeder und jede, der oder die auch nur andeutungsweise etwas

tat, was als Widerstand ausgelegt werden konnte. Auch wir gehörten dazu. Also gingen sie auch gegen uns vor. Eine Veranstaltung wurde verboten, und wir wurden von Militärs und Polizei in Uniform sowie in Zivil überwacht.

Wie gingen Sie mit der schwierigen Situation um?

Ehrlich gesagt war ich ziemlich verzweifelt. Ich wusste nicht, was ich tun sollte. Scheinbar unpolitische Programme wie die Lesezirkel oder Aufführungen von Kunstfilmen konnten ohne Probleme weitergeführt werden. Es ist schwer, unpolitisch zu sein, wenn die Zeiten so politisch sind. Letztlich mussten wir eine Zeit lang stillhalten und uns auf Veranstaltungen konzentrieren, die mit der aktuellen Politik in Thailand mehr oder weniger nichts zu tun haben. Ein Beispiel ist das Projekt «SLEEPOVER», das wir mit Hilfe der Heinrich-Böll-Stiftung durchführten. Wir wollten einen kritischen Dialog führen. Dazu hatten wir sechs Gesprächspartner/innen aus Thailand und Südostasien eingeladen – alles ganz verschiedene Menschen. Das regte eine Diskussion zu aktuellen gesellschaftspolitischen Gegebenheiten an.

Wegen des politischen Anspruchs mussten wir vorsichtig sein, das heißt, Rücksicht auf Zensur nehmen und darauf, dass wir beobachtet werden. Wenn wir Veranstaltungen und andere Formate entwickeln, müssen wir heute kreativer und dezenter vorgehen.

↗ [Link](#)

www.visibleproject.org/blog/



Mazen Darwish, Rechtsanwalt und Menschenrechtsaktivist aus Syrien
Foto: Mohamed Badarne/ECCHR



Bente Scheller, Heinrich-Böll-Stiftung Beirut; Shappal Ibrahim, Air Force Intelligence; Yazan Awad, Saydnaya Detention
Foto: Mohamed Badarne/ECCHR

Konferenz zur Strafverfolgung von Menschenrechtsverbrechen in Syrien

Folter und Exekution von Zivilist/innen, gezielte Bombardierungen von Einrichtungen und Wohngebieten – das sind nur einige der Völkerrechtsverbrechen, die alle Parteien im bewaffneten Konflikt in Syrien begehen. Syrische Aktivist/innen dokumentieren die schweren Menschenrechtsverbrechen seit Jahren, um eines Tages die Täter und Verantwortlichen vor Gericht zu bringen. Khaled Rawas ist einer von ihnen und berichtete auf unserer Konferenz im März 2017 von der Folter in Syrien, die er überlebt hat. In Kooperation mit dem European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) hatten wir Expert/innen, Anwält/innen, Aktivist/innen und Folterüberlebende eingeladen, um über die rechtlichen Mittel zur Strafverfolgung zu diskutieren, die aktuell möglich sind. Der Internationale Strafgerichtshof kann nämlich nicht tätig werden – zum einen ist Syrien kein Vertragsstaat, zum anderen blockiert Russland eine Verweisung durch den UN-Sicherheitsrat an den Strafgerichtshof. Das Weltrechtsprinzip aber ermöglicht es nationalen Gerichten in Drittstaaten, die Taten juristisch aufzuarbeiten und Täter zur Verantwortung zu ziehen. In Deutschland und anderen EU-Staaten haben die Behörden bereits einzelne Ermittlungen und Strafverfahren eingeleitet. Wir unterstützen das ECCHR finanziell bei der Vorbereitung solcher Strafverfolgungen.

Humanitäre Hilfe unter Beschuss: ein gefährlicher Präzedenzfall in Syrien

Im Dezember 2017 jährte sich zum ersten Mal der Fall Ost-Aleppos. Diese damals letzte Bastion syrischer Rebellentruppen sah sich einer noch nie da gewesenen systematischen Bombardierung von Krankenhäusern und Hilfskonvois ausgesetzt. Bereitwillig nahmen die

syrische Regierung und ihre Bündnispartner zivile Opfer in Kauf, Rettungskräfte wurden massiv behindert. In der Veranstaltung «Across & Beyond Aleppo» unseres Beiruter Büros diskutierten zwei Ärzte aus Aleppo mit Aktivist/innen von Amnesty International und The Syria Campaign u. a. darüber, wie medizinische Versorgung in Syrien als Waffe missbraucht wird, indem sie weiten Teilen der Bevölkerung vorenthalten wird. Zwei Fotoausstellungen zeigten das Leben im belagerten Aleppo. Bei einer Installation mit dem Titel «Aleppo's Walk of Life» lief in Endlosschleife der Kurzfilm «Aleppo 8» des syrischen Filmemachers Abdullah Alhakawati, der in 8 Minuten die dramatische Entwicklung der Stadt in den letzten 8 Jahren zeigt, projiziert auf lange Bahnen weißen Stoffs.

Internationale Gespräche zur Frage «Wie weiter in Simbabwe?»

In Simbabwe ist die Ära Mugabe im November 2017 nach 40 Jahren zu Ende gegangen. Der durch einen Militärcoup herbeigeführte Führungswechsel hat das internationale Interesse an dem krisengebeutelten Land wieder geweckt. Der neue Präsident Emmerson Mnangagwa kündigte bei seiner Amtseinführung einen tiefgreifenden wirtschaftlichen Wandel an und betonte den demokratischen Geist der Verfassung des Landes. Dennoch stellt sich die Frage, inwieweit ein bis vor kurzem enger Verbündeter des Autokraten einen Wandel herbeiführen kann. Unser Büro in Südafrika begleitet diesen Prozess zusammen mit dem Zimbabwe European Network (ZEN). Ziel ist es, einen allzu unkritischen Umgang mit der neuen Regierung zu verhindern und sicherzustellen, dass Investitionen und Entwicklungshilfegelder mit demokratischem Engagement verbunden sind.



Afrikanische Aktivistinnen und Aktivisten zu Besuch in Berlin: (v. l. n. r.) Teddy Mazina, Zachariah Mampilly, Linda Masarira und Thiat Foto: Andy Weiland

AfriqUPrising! Protest- und Demokratiebewegungen in Afrika

In vielen Teilen Afrikas lehnen sich junge Menschen auf gegen Korruption, autoritäre Regierungen und Demokratieabbau. In Deutschland ist davon meist erst zu hören, wenn die Proteste eskalieren – über ihre Hintergründe, Auslöser und Ziele ist wenig zu erfahren. Wir haben afrikanische Aktivist/innen nach Berlin eingeladen, um mehr über die neue Demokratie «von der Straße» zu erfahren. Wir wollten wissen, wer die Menschen sind, die sich lautstark zu Wort melden, und welche Visionen einer besseren Zukunft sie verfolgen. In einem Workshop diskutierten deutsche Medienvertreter/innen mit Aktivist/innen u. a. darüber, wie deutsche und europäische Medien qualifiziert über die Protestbewegungen berichten können. Auf einer öffentlichen Abendveranstaltung ging es mit deutschen Politiker/innen um die Frage, wie eine deutsche und europäische Afrikapolitik aussehen kann, die die Forderungen «von unten» ernst nimmt. Nicht zuletzt hatten die Aktivist/innen selbst Gelegenheit, sich untereinander über Strategien des demokratischen Widerstands auszutauschen.

Konferenz zur Zukunft der bürgerschaftlichen Teilhabe von Jugendlichen in Iława (Polen)

Kommunale Selbstverwaltung ist eine wichtige Stütze lebendiger Demokratie. Der Grad ihrer Bürgernähe hat großen Einfluss auf die Zufriedenheit in der Gesellschaft. Gerade bei jungen Leuten verliert die Demokratie vielerorts an Wert, weil sie sich von der Politik nicht mehr vertreten fühlen. Auf einer Konferenz unseres Warschauer Büros in Zusammenarbeit mit der Stiftung Civis Polonus und der Stadt Iława im November 2017 ging es darum, die Möglichkeiten bürgerschaftlicher Teilhabe für Jugendliche auf lokaler Ebene zu verbessern. Vielerorts mangelt es an Willen, die Jugendlichen bei Entscheidungen, die sie direkt betreffen, überhaupt anzuhören. Mitunter gibt es nicht einmal eine Vorstellung

von Jugendpolitik. Auf der Konferenz tauschten sich Vertreter/innen von Selbstverwaltungen, Betreuer von Jugendgemeinderäten und engagierte Jugendliche aus verschiedenen Teilen Polens über politische Parteigrenzen hinweg darüber aus, wie effektive und sozial inklusive Vertretungsstrukturen für Jugendliche aufgebaut werden können. Zudem war das Recht auf Zugang zu öffentlichen Informationen für Minderjährige ein wichtiges Thema. Großen Eindruck hinterließen die Diskussionen mit jungen Gemeinderäten und Bürgermeistern über ihren erfolgreichen Weg in die Kommunalpolitik.

Reise nordkaukasischer Aktivistinnen und Aktivisten nach Berlin

Aus dem Nordkaukasus haben sich viele Organisationen längst zurückgezogen, wegen der erschwerten Arbeitsbedingungen oder auch aus Vorsicht. Unser Büro in Moskau arbeitet noch in der Region und versucht, das bestehende Netz der Aktivist/innen aufrechtzuerhalten und ihnen bei ihrer schwierigen Arbeit zur Seite zu stehen. Wichtig für die Aktivist/innen ist es, den Anschluss an aktuelle Debatten nicht zu verlieren. Unser Büro in Moskau veranstaltete im Juni 2017 für junge Nordkaukasier/innen ein Training zum Thema «Ich und andere: Möglichkeiten der Toleranz und des interkulturellen Dialogs». Drei Wochen später reisten einige der Aktivist/innen nach Berlin. Dort lernten sie verschiedene Nichtregierungsorganisationen kennen. Das Themenspektrum reichte von Urban Gardening über den Einsatz gegen häusliche Gewalt bis zu interreligiösem Austausch. Zurück in ihrer Heimat erdachten sie selbst Initiativen, die sie umsetzen wollen. Nach ihren Reiseeindrücken gefragt, antworteten viele, dass vor allem ihre Sensibilität für Genderfragen, für Aspekte der Diskriminierung und den Wert der Gleichberechtigung dank der Begegnungen und Diskussionen auf der Reise deutlich gestiegen sei.



Tunesien: Angehende junge Richterinnen und Richter treffen mit dem Ersten Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofes und Präsidenten des Verwaltungsgerichtsrates zusammen Foto: Heinrich-Böll-Stiftung Tunis

Ein Meilenstein auf dem Weg zur demokratischen Transformation in Tunesien

Im Mai 2018 sollen in Tunesien nach mehrmaliger Verschiebung seit 2015 endlich die Lokalwahlen stattfinden. In 350 Verwaltungseinheiten soll künftig bürgernah regiert werden. Im Fall von Streitigkeiten, für die vormals das zentrale Verwaltungsgericht in Tunis zuständig war, können sich die Bürger/innen und Kommunen dann an die jeweiligen lokalen Verwaltungsgerichte wenden – ein historischer Beschluss. Dafür werden zwölf neue Kammern – je eine für zwei Gouvernorate – eingerichtet und mit 60 neuen Richter/innen besetzt. Die sind überwiegend jung und zu 60 Prozent weiblich. Im Dezember 2017 nahmen sie an einer von der Stiftung organisierten Schulung in der Küstenstadt Mahdia teil. An drei Tagen bekamen sie das wichtigste Handwerk vermittelt. Weitere Fortbildungen werden folgen. Mit dem nötigen Wissen ausgestattet, werden sie künftig auf Gouvernoratsebene dazu beitragen, ebenjene Strukturen funktionsfähig zu machen, die in Konfliktfällen Rechtsbeistand für Kommunalverwaltungen oder Bürgerinitiativen ortsnah ermöglichen.

Vorbereitung auf die Parlamentswahlen 2018 im Libanon

2017 rief die Lebanese Association of Democratic Elections (LADE) ihre Expert/innen zusammen, um das neue Wahlgesetz und dessen Details hinsichtlich Wahlmechanismen, Stimmenauszählung und Sitzzuordnung zu studieren. Ihre Ergebnisse fassten sie in Präsentationen, Flyern und Infoverideos zusammen und stellten sie bei Bürgerversammlungen und Infoveranstaltungen an verschiedenen Universitäten vor. Die Bürger/innen konnten sich so über das sehr komplexe Wahlgesetz informieren und seine verschiedenen Aspekte mit lokalen Aktivist/innen, zivilgesellschaftlichen Gruppen und Gemeindegliedern diskutieren. Interaktive Foren in den wichtigsten Bezirken des Landes stellten zudem

sicher, dass die Expert/innen von LADE mit so vielen Bürger/innen wie möglich in Austausch treten konnten. Denn nur wer die rechtlichen Details kennt und weiß, welche Art von Verstößen durch Kandidat/innen und Parteien zu erwarten sind, kann dagegen vorgehen und unrechtmäßiges Verhalten anzeigen.

Ein Jahr Friedensabkommen: Wie hat sich Kolumbien verändert?

Im Dezember 2016 trat das Friedensabkommen zwischen der kolumbianischen Regierung und den Revolutionären Streitkräften Kolumbiens FARC nach fast vierjährigen Verhandlungen in Kraft. Das Abkommen nun auch umzusetzen ist mit das schwierigste Stück des Weges. Im Dezember 2017 veranstalteten wir in Berlin eine Fachtagung zum Austausch über die Herausforderungen und Schwächen seiner Implementierung. Teilgenommen haben u. a. Vertreter/innen des Auswärtigen Amtes, der kolumbianischen Botschaft, des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, des Deutschen Richterbundes sowie Vertreter/innen der Zivilgesellschaft aus Deutschland und Kolumbien. Dabei wurde deutlich, dass das Gelingen des Friedensprozesses im Wesentlichen von der unverzüglichen und vollständigen Umsetzung der vereinbarten Landreform, dem Sonderjustizsystem sowie dem Schutz der Menschenrechtsverteidiger/innen vor Mordanschlägen abhängt. Bei einer öffentlichen Abendveranstaltung ging es u. a. um die aktuelle Menschenrechtslage, die Gefahren zivilgesellschaftlichen Engagements, um Straflosigkeit und um den Umgang mit Landnutzungs- und Landverteilungskonflikten. Podiumsgäste waren Vertreter/innen der kolumbianischen Regierung und Zivilgesellschaft sowie Tom Koenigs als Sonderbeauftragter der Bundesregierung für den Friedensprozess in Kolumbien. Die Fachtagung fand in Kooperation mit Amnesty International, Adveniat, Brot für die Welt, Kolko und Misereor statt.

Frauen- und LSBTI-Rechte stärken

Zu einer demokratischen Gesellschaft gehört auch, dass niemand wegen seiner sexuellen Orientierung und Identität verfolgt wird. Doch in vielen Ländern geschieht genau das. Zusammen mit unseren Partnerorganisationen arbeiten wir daran, dass sich das ändert. Unser wichtigstes Ziel ist es, Frauenrechte zu stärken und Gesetzesinitiativen zum Schutz der Menschenrechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans* und Inter*-Menschen (LSBTI) weltweit voranzubringen. In den letzten drei Jahren hat die Dreilinden-Gesellschaft die Stelle unserer Referentin für Internationale Geschlechterpolitik/LSBTI gefördert und uns damit ermöglicht, unsere geschlechterpolitische Arbeit voranzutreiben.



Fotoausstellung «Where love is illegal» in Berlin: Badr Baabou (Vorsitzender der tunesischen Organisation Damj) Foto: Bodo Gierga

Fotografien von LSBTI aus Tunesien

Homosexualität ist in Tunesien verboten und kann mit Gefängnisstrafen geahndet werden. In der Gesellschaft und vor allem in den eigenen Familien wird das «Anderssein» selten akzeptiert. LSBTI-Menschen leben daher häufig am Rande der Gesellschaft und müssen ihre sexuelle Orientierung verstecken. Mit der Ausstellung «Where love is illegal» in Berlin wollten wir auf die besondere Situation in Tunesien aufmerksam machen und Betroffenen die Möglichkeit geben, ihre Geschichte zu erzählen.

Junge Feministinnen in Brasilien mischen sich ein

Im Vorfeld der Fußball-WM 2013 gingen in Brasilien Millionen Menschen auf die Straße, um für höhere Sozialleistungen und bessere Bildung zu demonstrieren. Diese Proteste kamen überraschend, und sie waren bald wieder vorbei. Fast. Denn seither machen die «neuen Feministinnen» von sich reden – junge Frauen, die Chancen wollen und Veränderung. Sie mischen sich ein, vor allem in den sozialen Netzwerken, mit eigenen Blogs. Die Frauen setzen auf persönliche Netzwerke

und sind extrem skeptisch gegenüber «Organisation». Unser Büro in Rio de Janeiro fördert den Austausch der jungen Feministinnen, sowohl der Frauen untereinander als auch mit den traditionellen und nach wie vor aktiven Feministinnen der alten Schule.

Bosnische Frauen zu Besuch in Deutschland

Im März 2017 reiste eine Gruppe bosnischer Frauen nach Berlin. Sie wollten mehr erfahren über die politische Teilhabe und Organisation von Frauen in Deutschland, über Geschlechtergleichstellung und partizipative Stadtentwicklung. Wir haben für sie Gespräche bei politischen Parteien und Fraktionen, mit Feministinnen und Expert/innen sowie mit Mitgliedern des Abgeordnetenhaus und des Senats organisiert. Der Austausch mit Politikerinnen und die Möglichkeit, mehr über deren Motive für politisches Engagement und den Kampf um Mandate und Ämter zu erfahren, war für die Frauen besonders interessant. Exkursionen zu Initiativen, die von und für Frauen gegründet wurden, inspirierten einige zu eigenen Projekten, ein erstes Folgetreffen in Bosnien-Herzegowina ist schon verabredet.

Gerechte Teilhabe für alle Bürgerinnen und Bürger

Gerechtigkeit ist ohne gesellschaftliche Teilhabe nicht zu verwirklichen. Um diese zu ermöglichen und einer strukturellen Ausgrenzung entgegenzuwirken, muss die Politik grundlegende Bedingungen wie den Zugang zu öffentlichen Gütern, bezahlbarem Wohnraum und Erwerbsarbeit gewährleisten. Essentiell für die gerechte Gestaltung von Lebensbedingungen ist auch die Familienpolitik – denn sie entscheidet über Lebenschancen.



Planspiel «ZUSAMMEN – Spiel dich fit für Vielfalt»

Soziale Teilhabe in Deutschland

Unser 2017 erschienenes «Grünbuch soziale Teilhabe in Deutschland» fasst die aktuellen Forschungsergebnisse zusammen und zeigt, wo die Politik ansetzen kann, um sozialen Verwerfungen vorzubeugen und die Teilhabechancen für alle zu verbessern. Auf einer Konferenz im Januar 2017 präsentierten die Autor/innen ihre Ergebnisse. Ihre Analysen bekräftigten, dass die mit dem sozialen Wandel einhergehenden Exklusionsrisiken überproportional von bestimmten gesellschaftlichen Gruppen getragen werden. Wer keine oder nur eine einfache Berufsausbildung hat, arbeitet besonders häufig in ungesicherten Beschäftigungsverhältnissen und wird häufiger und länger arbeitslos als andere. Ein Drittel aller Alleinerziehenden mit einem Kind sind auf Leistungen nach SGB-II angewiesen. Alleinstehenden droht bei Arbeitslosigkeit schneller der soziale Abstieg als denjenigen, die durch Einkommen oder Vermögen der Partnerin oder des Partners unterstützt werden.

Räumliche Ungleichheit in Deutschland

Weite Teile Ostdeutschlands, aber auch ländliche Regionen und größere Städte Westdeutschlands, sind heute strukturschwache Gebiete, geprägt von wirtschaftlichem Abschwung, mangelhafter Infrastruktur und kommunaler Verschuldung. Während aus den Randregionen die Menschen abwandern, konkurrieren sie in vielen Großstädten um bezahlbaren Wohnraum. Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ist infrage gestellt. Unsere Fachkommission «Räumliche Ungleichheit» hat Maßnahmen und Instrumente vorgeschlagen, mit denen die sozialräumliche Polarisierung gestoppt und umgekehrt werden kann – darunter eine neue Gemeinschaftsaufgabe «Regionale Daseinsvorsorge», die gezielte Entlastung verschuldeter Kommunen und mehr Gemeinwohlorientierung in der Daseinsvorsorge.

Familien stärken, Vielfalt ermöglichen

Familienpolitik ist entscheidend für die Lebenschancen von Kindern. Allen ein gutes Aufwachsen zu ermöglichen, ist eine ihrer zentralen Aufgaben – und zwar unabhängig davon, in welche Familienkonstellation oder materielle Situation die Kinder hineingeboren werden. Unsere familienpolitische Kommission hat für diese Herausforderungen politische Handlungsvorschläge entwickelt und sich dabei auf fünf Punkte konzentriert: die Vielfalt der Sorge- und Solidarbeziehungen anerkennen und unterstützen, Alleinerziehende besser absichern, echte Teilhabe von Kindern gewährleisten, Zeitsouveränität ermöglichen und Geschlechtergerechtigkeit in der Sorge- und Erwerbsarbeit fördern. Der Bericht der Kommission wurde im Mai 2017 auf einer Konferenz in Berlin vorgestellt, die Empfehlungen sind als familienpolitisches Manifest erschienen.

Planspiel «ZUSAMMEN – Spiel dich fit für Vielfalt»

Eine Kultur des Respekts und der Offenheit kommt nicht von allein, sie muss erarbeitet und vor allem erlernt werden. Um Lehrkräfte bei der Vermittlung dieser Kompetenzen zu unterstützen, haben wir das Planspiel «ZUSAMMEN – Spiel dich fit für Vielfalt!» entwickelt. Das Spieleset besteht aus vier einzelnen Planspielen zu den Themen «Freizeit», «Demokratie», «Flucht und Migration» sowie «Arbeit». Jedes der Spiele ist einzeln einsetzbar, kann in jeweils einer Doppelstunde gespielt werden und ist auch für Deutschlernende geeignet. ZUSAMMEN basiert auf verschiedenen methodischen Ansätzen, die es Schülerinnen und Schülern ermöglichen, auf spielerische Art und Weise Perspektiven zu wechseln, eigene Einstellungen und eigenes Verhalten zu reflektieren und auf Situationen aus ihrem Alltag zu übertragen.



Aktion Ende Gelände in Hambach, November 2017; Foto: Pay Numrich, flickr.com, CC BY-SA 2.0, <https://bit.ly/2K3uBbz>

Die große Transformation gestalten

Deutschland bemüht sich schon seit einiger Zeit um eine grüne Transformation der Wirtschaft. Wir wollen diesen Übergang in eine kohlenstoffarme und ressourceneffiziente Ökonomie beschleunigen. Denn das ist die Herausforderung unserer Zeit: Armut und Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und gleichzeitig den Klimawandel. Deshalb setzen wir uns für eine grüne Energierevolution, eine umweltfreundliche Landwirtschaft und eine nachhaltige Stadtentwicklung ein. Die Energiewende zeigt, wie der Ausstieg aus fossilen Energieträgern in einer erfolgreichen Exportation gelingen und darüber hinaus Arbeitsplätze schaffen kann. Doch das allein reicht nicht. Auch andere Wirtschaftsbereiche wie Verkehr, Wohnen, Chemie oder Maschinenbau stehen am Beginn eines Umbaus. Höchst problematisch ist auch die industrielle Landwirtschaft. Vor allem die Massentierhaltung hat erhebliche Auswirkungen auf Klima und Umwelt. Naturschutz wird ökonomischen Interessen untergeordnet, immer mehr Ökosysteme werden zerstört, und Arten gehen für immer verloren. Wir suchen daher nach Wegen, die Nutzung natürlicher Ressourcen so zu gestalten, dass die ökologischen Grenzen unserer Welt respektiert und gleichzeitig Menschenrechte und Demokratie gestärkt werden.

Klimakrise, Energiewende, grüne Mobilität

Der Klimawandel ist folgenreich für Mensch und Umwelt. Dürren, Hochwasser und andere Extremwetterereignisse drängen zu massivem Klimaschutz und Anpassungsmaßnahmen. Dennoch unternimmt kein Land genug, damit die Klimaziele von Paris tatsächlich eingehalten werden können. Progressive Teile von Industrie und Wirtschaft beginnen sich zu bewegen, doch es sind noch zu wenige, und alles steht unter dem Vorbehalt der Wettbewerbsfähigkeit in einem Weltwirtschaftssystem, das Klimaschutz nicht ausreichend würdigt. Effektiver Klimaschutz braucht ökologische Ordnungspolitik, und Klimaverschmutzung muss einen wirksamen Preis bekommen. Am besten weltweit, aber mindestens europäisch.



UN-Klimakonferenz: Protest gegen die Untätigkeit der Regierungen in Sachen Klimaschutz
Jörg Farys / BUND/flickr (CC BY-NC 2.0, <https://bit.ly/2r0TX2w>)

Geoengineering – für uns der falsche Weg

In der internationalen Klimapolitik setzen viele ihre Hoffnungen zunehmend auf das sogenannte Geoengineering. Die Technologien, die unter diesem Begriff diskutiert werden, greifen im großen Stil in das Erdsystem ein. So soll z. B. der Atmosphäre gigatonnenweise CO₂ entzogen und dieses unter der Erde oder in den Ozeanen gespeichert werden. Derartige Eingriffe in das Klimasystem sind unerprobt, hochriskant und teilweise mit immensm Flächen-, Energie- und Ressourcenverbrauch verbunden. Und sie setzen nicht an den Ursachen von Klimawandel an, sondern an seinen Symptomen. Wir sehen das Geoengineering aus diesen Gründen sehr kritisch und halten alternative Antworten auf den Klimawandel für unumgänglich. Wir verfolgen daher die politischen Entwicklungen in den verschiedenen multilateralen Foren wie Klimarahmenkonvention (UNFCCC), Biodiversitätskonvention (CBD) und Weltklimarat (IPCC) und versuchen zu intervenieren. Unser Ziel ist es, die kritischen Stimmen zum Thema Geoengineering weltweit zu stärken.

UN-Klimakonferenz in Bonn ↗

Im November 2017 fand unter der Präsidentschaft Fidischis in Bonn die UN-Klimakonferenz (COP 23) statt. Es war das erste Mal, dass ein kleiner Inselstaat diese Rolle übernahm. Nach den starken Hurrikans und Taifunen des Jahres drängte sich insbesondere die Frage der Kompensation für Klimawandelschäden und -verluste auf die Tagesordnung. Viele der wichtigen politischen Debatten und Begegnungen fanden auf dem alternativen People's Climate Summit statt, zu dessen Trägerkreis wir gehörten. Die bestimmenden Themen dort waren die große Transformation und der Kohleausstieg. In zahlreichen Workshops ging es um Fragen rund um globale Klimagerechtigkeit und wie die Gesellschaft zu ökologisch nachhaltigerem Handeln gebracht werden kann. Eine unserer wichtigen Botschaften zur COP 23 war ein klares Nein zu Geoengineering. Stattdessen befürworten wir strenge Vorgaben, um Emissionen zu reduzieren und die natürlichen Ökosysteme zu schützen bzw. wiederherzustellen. Mit zahlreichen Publikationen boten wir Hintergrundinformationen zu den Risiken

und Gefahren des Geoengineering, u. a. eine interaktive Weltkarte zu Geoengineering-Experimenten.

Seit dem Pariser Klimagipfel im Jahr 2015 spielt der Land- und Waldsektor eine bedeutende Rolle im Klimaregime – doch es gibt noch viel zu klären. Falsche Buchhaltungsregeln für Emissionen aus der Landnutzung und die Einführung eines neuen Marktmechanismus könnten Ökosysteme gefährden, Lebensgrundlagen zerstören und Menschenrechte einschränken. Seit Jahren beschäftigen wir uns gemeinsam mit der Climate Land Ambition Rights Alliance (CLARA) mit diesen Fragen. Bedeutsam ist in diesem Kontext auch die Klimaverantwortung der globalen Fleischindustrie. Wir haben zusammen mit dem Institute for Agriculture and Trade Policy (IATP) und GRAIN zum ersten Mal Fakten und Zahlen zu den Top-Emittenten der Branche veröffentlicht.

Darüber hinaus ermöglichte es unser Büro in Brasilien zwei Vertreterinnen des Netzwerkes Carta de Belem zur Klimakonferenz nach Bonn zu reisen, um dort auf die negativen sozialen und Umweltfolgen aus der Einbeziehung der REDD+-Projekte in den Emissionshandel aufmerksam zu machen. REDD+ ist ein Programm zur Emissionsreduzierung durch Walderhalt, das Brasilien in großem Stil begonnen hat. Trotz hohen internationalen Drucks und auch aufgrund der Lobbyarbeit der Stiftung hat die brasilianische Delegation 2017 an ihrer Position festgehalten, das Programm nicht in den Emissionshandel einzubeziehen. Zumindest vorerst.

Juristische Ansätze für mehr Klimagerechtigkeit

Im Juni 2017 brachte die Stiftung gemeinsam mit dem Climate Justice Programme (CJP) rund 60 Expert/innen aus 21 Ländern in Kenia zusammen, um bestehende und mögliche juristische Initiativen für mehr Klimagerechtigkeit zu diskutieren. Diese erhalten seit dem Pariser Klimaabkommen wachsende Aufmerksamkeit, denn Unternehmen mit hohem CO₂-Ausstoß oder Anteilen am Handel mit fossilen Brennstoffen können durch Schadensersatzklagen der vom Klimawandel Betroffenen zum Umsteuern bewegt werden. Auch Menschenrechtsklagen gelten als geeignetes Rechtsmittel. Menschenrechte werden nicht nur infolge des Klimawandels verletzt, sondern auch durch fossile Industriezweige, die sich gerade in Afrika oft grober Rechtsverletzungen bedienen. Da die rechtliche Selbstbehauptung der Betroffenen (Individuen, kulturelle Gemeinschaften, zukünftige Generationen) in ihren Ländern oft an korrupten oder ineffektiven Rechtssystemen scheitert, sind juristische Schritte gegen große Konzerne am Sitz ihrer Firmenzentralen möglicherweise aussichtsreicher, wie die Klage eines peruanischen Bauern gegen RWE vor einem deutschen Gericht illustriert.

Schmutziger Zement in Indonesien

Die Zementindustrie wächst weltweit, besonders in Asien verlangen große Infrastrukturvorhaben nach immer mehr Baustoffen für Straßen, Staudämme und große Urbanisierungsprojekte. Dabei verursacht die Herstellung von Zement gewaltige CO₂-Emissionen und ist damit einer der größten Klimakiller. Der Abbau von Sand und Kalkstein für die Zementindustrie zerstört zudem Natur und Lebensräume von Menschen. So werden zum Beispiel Agrarflächen in Grund und Boden für Fabriken umgewandelt, und Wasserquellen versiegen in Steinbrüchen. Für die deutsche Firma HeidelbergCement ist Südostasien ein neuer wichtiger Markt. Über ihre Tochterfirma Indocement will sie Teile des Kendeng-Gebirges in Zentraljava abtragen und dort zu Zement weiterverarbeiten. Der Bevölkerung wird damit buchstäblich der Boden unter den Füßen entzogen. Seit Jahren protestieren die Menschen vor Ort, u. a. klagten sie vor dem obersten Gericht Indonesiens gegen das Projekt. Es sind vor allem die Frauen, die den Widerstand auch auf die Straße tragen. So ließen sich Vertreterinnen des Landkreises Pati vor dem indonesischen Präsidentenpalast in Jakarta ihre Füße einbetonieren, um auf das Schicksal ihrer indigenen Gemeinschaft aufmerksam zu machen.

Wir haben in Kooperation mit der Südostasien-Informationsstelle, Watch Indonesia! und Rettet den Regenwald die Aktivistin Gunarti sowie den Filmemacher Dandhy Dwi Laksono nach Deutschland eingeladen. Zusammen reisten sie durch zehn deutsche Städte und präsentierten den Film «Samin vs Semen» über die Lage am Kendeng-Gebirge. Gunarti sprach auch auf der Aktionärsversammlung von HeidelbergCement. Während sie im Gebäude an die Aktionäre appellierte, zementierten sich davor Menschen aus Solidarität die Füße ein. Ende 2017 lief nun zunächst die Genehmigung für Indocement am Standort Kendeng aus, eine neue Genehmigung befindet sich in Prüfverfahren. Für uns ein Grund, den Fall weiter zu begleiten.



«Baustelle Energiewende»: Rainer Baake, ehemaliger Staatssekretär des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie



Claudia Kemfert, Ökonomin und Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt des DIW Berlin

Tagung «Baustelle Energiewende» und Strategieworkshop «Wärmewende Berlin 2030» ↗

Für eine zukunftsfähige, gerechte Gesellschaft braucht es eine ökologische Modernisierung – mit dem Umbau des Energiesystems als wichtigstem Projekt. Auf der Tagung «Baustelle Energiewende» Ende Juni 2017 ging es um die Frage, wie konkrete Transformationspfade für Strom, Wärme und Verkehr aussehen. Staatssekretär Rainer Baake vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie appellierte daran, konsequent in Investitionszyklen zu denken: Ein Kohlekraftwerk habe eine Laufzeit von 40 Jahren. Wer jetzt in den Braunkohletagebau investiere, mache eine Fehlinvestition. Denn es sei unwahrscheinlich, dass Deutschland sich mit dem Kohleausstieg noch 40 Jahre Zeit lasse. Kohleausstieg erst 2047 schien selbst Michael Vassiliadis, dem Vorsitzenden der IG Bergbau, Chemie, Energie, zu spät. Der Gewerkschaftsführer warnte gleichzeitig davor, Kohleausstieg und Energiewende zu überstürzen und dabei den Industriestandort Deutschland unnötig umzukrempeln. Mit Blick auf die nächste Legislaturperiode formulierte die Ökonomin Claudia Kemfert eine To-do-Liste für die Politik: Kohleausstieg einleiten, Abkehr vom Benzin- und Dieselmotor vorantreiben, Energieeinsparungen im Gebäudesektor auf den Weg bringen.

In unserem Strategieworkshop «Wärmewende Berlin 2030» im Oktober zeigte sich: ohne Wärmewende keine Energiewende in Städten – das gilt besonders für Berlin. Dort stammt die Wärme zu mindestens 96 Prozent aus fossilen Quellen. Die Wärmewende ist noch ein schlafender Riese der Transformation des Energiesystems. Das gilt genauso für viele andere deutsche und europäische Städte. Dass es auch anders geht, zeigten viele Beispiele aus der Hauptstadt in den Bereichen Wärmeherzeugung und Gebäudemodernisierung. Über 90 Interessierte aus Wissenschaft, Politik, Verwaltung, (Energie-)Wirtschaft und Zivilgesellschaft hatten daran teilgenommen.

Beispielhafte Projekte der Energiewende zeigt auch unser Plakat «Perlen der Energiewende», das wir zusammen mit unseren Landesstiftungen entwickelt haben. Von einem 150-Seelen-Ökodorf über einen riesigen Lithium-Ionen-Batteriepark bis hin zu einem regionalen Ladenetz für E-Bikes präsentiert es über 30 Orte und Organisationen, die allesamt einen bemerkenswerten Beitrag zur Energiewende leisten – weg von Kohle, Öl und Atom hin zu einer lebensfreundlichen Energieversorgung. Das Poster gibt es gedruckt und als digitale Story Map.

Von Deutschlands Energiewende lernen – tunesische Abgeordnete in Berlin

Unser Büro in Tunis versucht, Umweltpolitik auch in Tunesien zu etablieren. Im Programm «Policies of the Future» werden Abgeordnete und Verantwortliche der demokratisch gewählten Parteien darin geschult, wie sie Umwelt- und Energiepolitik in praktische Politikansätze übertragen können. Mitglieder des Umwelt-, Energie- und Industrieausschusses reisten im Juli auf Einladung unseres Büros in Tunis nach Berlin, um sich über die deutsche Energiewende zu informieren. Die Teilnehmenden interessierte vor allem die Frage, wie die Startbedingungen für grüne Energie verbessert werden können. Bislang setzt die tunesische Regierung auf Gasimporte und spielt mit dem Gedanken, Fracking zuzulassen. Dr. Georg Meiners, ein maßgeblich an der deutschen Schiefergasgesetzgebung beteiligter Experte, gab den Abgeordneten seine Einschätzung zu den Risiken der Fracking-Technologie in Tunesien. Auf Experten hören oder nicht, das ist in Tunesiens junger Demokratie ein politisches Dauerthema. Ganz praxisnah diskutierte die Besuchergruppe mit grünen Vertretern des Berliner Senats zum Fahrradvolksentscheid und besuchte Feldheim in Brandenburg, ein Ort, der sich komplett eigenständig mit Strom versorgt.



Partnerinnen und Partner der Stiftung protestieren gegen den Ausbau von Atomkraft in Südafrika Foto: Heinrich-Böll-Stiftung

Förderung der nationalen Anti-Fracking-Allianz in Kolumbien

In Kolumbien gehen der konventionellen Erdölförderung die Vorkommen aus; daher soll in Zukunft die umstrittene Fördermethode des *Frackings* eingesetzt werden. In dem kleinen Dorf San Martín im Bundesstaat Cesar sind bereits Pilotprojekte geplant. Dagegen regt sich jedoch breiter gesellschaftlicher Widerstand. Bürgerinitiativen fürchten Umweltverschmutzung und sozialökologische Auswirkungen auf die Region. Sie haben sich in der nationalen Anti-Fracking-Allianz zusammengeschlossen, um gemeinsam gegen diese Form der Ressourcenausbeutung vorzugehen. Sie weisen auf die Risiken der Fracking-Technologie hin und stellen das extraktive Wirtschaftsmodell, d. h. Entwicklung über Ausbeutung natürlicher Ressourcen, in Frage. Unser neues Büro in Kolumbien begleitete den Aufbau und die Arbeit der Allianz mittels Vernetzungstreffen, Diskussionsveranstaltungen, Veröffentlichungen und eines Dokumentarfilms über Fracking in Kolumbien.

Südafrikas Atomstrompläne per Gerichtsentscheid gestoppt

Im April 2017 setzte ein südafrikanischer Richter den Regierungsplänen zum massiven Ausbau von Atomstrom ein spektakuläres Ende. Seit Jahren hatte die Öffentlichkeit dagegen protestiert, dass die Regierung in Übereinkunft mit Russland den Bau von Nuklearreaktoren vorantrieb. Im Februar 2015 veröffentlichte die südafrikanische Zeitung *Mail & Guardian* dann Einzelheiten des Abkommens. Der russische Anti-Nuklear-Aktivist Vladimir Sliviyak, ein Partner der Stiftung, hatte eine Kopie des «Geheim»-Abkommens in russischer Sprache durch Kontakte im russischen Außenministerium erhalten und sie an unsere Partnerorganisation Earthlife weitergegeben. Die Öffentlichkeit erfuhr nun, dass die Absprachen mit Russland

wesentlich weitreichender und bindender waren, als von der südafrikanischen Regierung behauptet. Earthlife zog schließlich gegen die Regierung vor Gericht. Unser Büro in Kapstadt hat die Gerichtsverhandlungen mit einer breiten Kampagne begleitet. Der Gerichtsentcheid vom April 2017 besagt nun, dass die Regierung mit demokratischen Prinzipien gebrochen und verfassungswidrig gehandelt habe. Das Gericht erklärte, dass für Entscheidungen mit solch weitreichenden Konsequenzen für das Land ein «rationaler Entscheidungsprozess» sowie «faire öffentliche Partizipation» zwingend notwendig seien. Die Regierung darf also in Zukunft die Öffentlichkeit und das Parlament nicht mehr ausschließen – ein großer strategischer Erfolg für unsere Partner und deren Einsatz für die südafrikanische Demokratie.

Austausch über Kohleausstieg – zwei Beispiele aus den USA und Polen

Der Abschied von der Kohle ist ein Schlüssel für den Übergang in eine postfossile Zukunft. Er ist machbar, wenn wir unsere Energieversorgung konsequent auf erneuerbare Energiequellen ausrichten. Um den Ausstieg aus der Kohle zu beschleunigen und den Strukturwandel von Kohleregionen voranzutreiben, fördern wir auch den Austausch mit anderen Ländern zu dieser Frage.

Unser Büro in Washington zum Beispiel arbeitet mit einem Netzwerk lokaler Akteure aus Montana, Kentucky, Virginia, West Virginia, Pennsylvania und New York zusammen, die sich in ihren Communities für Arbeitnehmer/innen-Rechte, Gesundheitsaspekte, Umweltschutz und Wirtschaftsentwicklung einsetzen. Im vorigen Jahr besuchten einige von ihnen ihre Counterparts in deutschen Kohleregionen, um zusammen Strategien für einen raschen Kohleausstieg zu entwickeln. Ein Kurzfilm dokumentiert die Ergebnisse. Der Film und die Diskussion darüber haben viele der lokalen Akteure in den USA dazu inspiriert, ihrerseits

Strategien und Maßnahmen für einen Strukturwandel in ihrer Community zu entwerfen und den Gemeindemitgliedern zur Diskussion zu stellen.

Auch in Polen wächst die Einsicht, nicht dauerhaft auf fossile Energien setzen zu können. Das Land will seine Wirtschaft modernisieren und zeigt sich zunehmend aufgeschlossen gegenüber erneuerbaren Energien. Allerdings wird Bergbau noch als Teil der kulturellen Identität empfunden. Unser Büro in Warschau organisierte für Vertreter/innen katholischer Medien und kirchennaher Organisationen im Oktober 2017 eine Studienreise nach Nordrhein-Westfalen, um Beispiele gelungenen Strukturwandels kennenzulernen. In Polen hat die katholische Kirche enormen gesellschaftlichen Einfluss. Sie könnte zu einer wichtigen Fürsprecherin für die ökologische Modernisierung in Kohleregionen, vor allem Schlesien, werden.

Regionales Netzwerk zur Förderung erneuerbarer Energien in Thailand

Die für die ASEAN-Region prognostizierten Wachstumswahlen sind beeindruckend. Für die kommenden Jahre wird ein jährlicher Anstieg der regionalen Bruttoinlandprodukte um durchschnittlich 5 Prozent geschätzt. Gleichzeitig wächst die Bevölkerung des zehnten Mitglieds starken Staatenbundes von gegenwärtig 639 Millionen auf 715 Millionen im Jahr 2025. Die zusätzlichen Energiebedarfe sollen überwiegend mithilfe konventioneller Kraftwerke gedeckt werden. Laut Vietnams nationalem Energieentwicklungsplan soll sich die Kohleverstromung bis zum Jahr 2030 mit einem Anteil von 53 Prozent zum dominierenden nationalen Energieträger entwickeln. Indonesien beabsichtigt bis 2025 insgesamt 117 neue Kohlekraftwerke zu errichten. Unser Büro in Thailand forcierte daher im Jahr 2017 seine Bemühungen, zusammen mit dem vietnamesischen Green Innovation Development Centre (GreenID) ein regionales Netzwerk zur Förderung erneuerbarer Energien aufzubauen. Es soll sich sowohl im jeweiligen nationalen Umfeld als auch auf ASEAN-Ebene für eine Abkehr von der Kohleverstromung einsetzen und Modelle zur Förderung erneuerbarer Energien entwickeln. Das Netzwerk umfasst Partnerorganisationen aus den fünf ASEAN-Staaten, die den überwiegenden Anteil an Kohlegewinnung und Kohleverbrennung zur Energiegewinnung in der Region zu verantworten haben. Im Jahr 2018 wird das Netzwerk eine Reihe wichtiger politischer Termine auf ASEAN-Ebene für Kampagnen zur Förderung erneuerbarer Energien nutzen.

Die Zukunft der Mobilität

Die deutsche Energiewende macht vor, wie man in einer erfolgreichen Exportnation aus der Nutzung fossiler Energieträger aussteigen und darüber hinaus Arbeitsplätze schaffen kann. Jetzt müssen andere Bereiche der Volkswirtschaft nachziehen. Unsere Publikation «Wirtschaft im Zukunfts-Check. So gelingt die grüne Transformation», herausgegeben im oekom-verlag, zeigt den aktuellen Stand der Nachhaltigkeit in den verschiedenen Sektoren der Wirtschaft in Deutschland, verbunden mit einem Blick in die Zukunft. Besonders der Verkehrssektor steht aktuell im Fokus der Aufmerksamkeit und liefert seinen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele nicht. Dieselskandal und Klimakrise machen deutlich, dass die Autoindustrie vor gewaltigen Veränderungen steht. Die Autoren Weert Canzler und Andreas Knie, Mobilitätsforscher am InnoZ, erläutern in ihrem Beitrag, wie Digitalisierung, autonomes Fahren und Elektrifizierung neben neuen Geschäftsmodellen und gesetzlichen Rahmenbedingungen als gemeinsame Treiber einer postfossilen Mobilität wirken können.

Die Zukunft der Mobilität und der Autoindustrie waren auch Thema einer Podiumsdiskussion im Juni anlässlich des Dieselskandals. Hartmut Bäumer vom Aktionsbündnis Gerechtigkeit im VW-Abgasskandal sprach von einem dreifachen Systemversagen: bei der Überprüfung und Durchsetzung ökologischer Grenzwerte, bei der Aufklärung einer großangelegten Täuschung und schließlich bei der Entschädigung der geprellten Kunden. Klaus Müller, Deutschlands oberster Verbraucherschützer, forderte als Konsequenz, künftig Verbandsklagerechte zu ermöglichen. So könnten Verbraucherrechte gestärkt werden. Auf dem Podium herrschte Einigkeit bezüglich der Dramatik der Lage: «Die Überlebenschancen der Autoindustrie stehen 50 : 50», so Prof. Dr. Stefan Bratzel, Autoexperte und Professor am Center of Automotive Management. Oliver Krischer, Verkehrsexperte von Bündnis 90/Die Grünen, kritisierte, dass die vereinbarten Klimaziele im Verkehrssektor in keiner Weise erreicht werden können. Er schlug neben strengeren Grenzwerten vor, das Prüfwesen für Fahrzeuge neu zu ordnen. Zu diesem Punkt meldete Martin Kores vom Verband der Automobilindustrie zwar Widerspruch im Detail an, der grundsätzlichen Notwendigkeit eines Umbaus der Autoindustrie hin zu einer postfossilen Produktpalette stimmte er aber vollkommen zu.



Smog in Sarajevo – Schulkinder werden nach Hause geschickt, vom Aufenthalt im Freien raten Fachleute dringend ab
Foto: picture alliance/AP Photo

Dicke Luft in Bosnien – eine Smog-App macht das Leugnen unmöglich

Sarajevo, Tuzla und Zenica gehören zu den schmutzigsten Städten Europas. Mit weitreichenden Folgen: Nach einer Studie der WHO belegt Bosnien und Herzegowina (mit nur 3,5 Millionen Einwohnern) den 2. Platz im weltweiten Ranking der Sterberate – hinter Nordkorea. Jährlich sterben demnach in Bosnien 10 000 Menschen an den Folgen der Luftverschmutzung, das sind 27 pro Tag! Und auch ökonomisch richten die alarmierenden Smogwerte großen Schaden an: 21 Prozent des ohnehin schwachen Bruttonettoprodukts werden durch Krankenstände, Folgekosten, Ausfälle im Bildungswesen etc. aufgezehrt. Lange wurde das Problem von den heimischen Eliten verleugnet. Eine App, entwickelt von unserem Büro in Sarajevo in Kooperation mit Eco Akcija, hat dem ein Ende bereitet. Mit der App können stundengenau die Smogwerte in mehreren bosnischen Städten abgelesen werden. Seit ihrer Präsentation ist das Thema Smog ein Dauerthema. Tausendfach wurde die App inzwischen heruntergeladen. Im März

2017 fand erstmalig eine Anhörung zum Thema Luftverschmutzung im bosnischen Parlament statt, auf der Partner der Stiftung aus Sarajevo und Tuzla die drastischen Folgen der Verschmutzungen den zumeist ahnungslosen Parlamentariern erläuterten. Dennoch tun sich heimische Politiker nach wie vor schwer damit, den Problemen zu begegnen. Im Gegenteil: Der Premier des Kantons Sarajevo griff öffentlich den Entwickler der App an, warf ihm Manipulation und die Nutzung falscher Daten vor. Ein eingeübter Schachzug bosnischer Politakteure – statt politische Lösungen zu erarbeiten, werden die Kritiker von Missständen diffamiert. Zweifelsfrei erhöhten die Veröffentlichung der App und die nachfolgende Informationskampagne dennoch den Druck auf die Politik: Ein Leugnen der Gesundheitsgefährdungen ist kaum mehr möglich. Unser Büro in Sarajevo und Eco Akcija wollen nun in einem nächsten Schritt analysieren, mit welchen Maßnahmen die hohen Smogwerte reduziert und den Bürger/innen Bosniens ein gesünderes Umfeld geboten werden kann.

Rohstoffpolitik

Die rücksichtslose Ausbeutung von Wasser, Land und Rohstoffen schreitet weltweit voran. Die Handlungsspielräume für zivilgesellschaftliche Gruppen, die gegen Landraub und Umweltzerstörung protestieren und demokratische Teilhabe und Menschenrechte einfordern, schrumpfen. Wer Regierungspläne bei Ressourcenvorhaben kritisiert, wird massiv unter Druck gesetzt. Unbegründete Strafverfahren, Diffamierung, physische Einschüchterung und sogar tödliche Gewalt sind gängige Formen der Repression. Wirtschaftliche Interessen und Profitorientierung siegen so über Umweltschutz und Menschenrechte.

Wie der Wettlauf um Ressourcen Demokratie und Menschenrechte bedroht

In Ländern des globalen Südens profitieren Gemeinschaften, die von Ressourcenabbau betroffen sind, selten von ihren Bodenschätzen. Im Gegenteil: Im Zuge von Ressourcenvorhaben werden Lebensgrundlagen entzogen, die Umwelt verschmutzt, die lokale Bevölkerung verdrängt. Deshalb fordern die Betroffenen mehr Mitsprache an Entscheidungsprozessen und mehr Schutz ihrer Rechte. Doch wenn Nichtregierungsorganisationen (NGOs), soziale Bewegungen und betroffene Gemeinschaften den Abbau und die Nutzung natürlicher Ressourcen kritisch begleiten, werden sie unter Druck gesetzt. Die Studie «Tricky Business. Space for Civil Society in Natural Resource Struggles», die wir gemeinsam mit dem European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) herausgegeben haben, hat die Mechanismen untersucht, wie Enteignung und die Unterminierung der Menschenrechte funktionieren. Die Autor/innen Dr. Carolijn Terwindt und Dr. Christian Schliemann vom ECCHR recherchierten und interviewten dafür Expert/innen in Indien, Mexiko, Südafrika und den Philippinen. Ergebnis der Studie: Staaten und Unternehmen folgen immer häufiger einem vergleichbaren Muster. Entgegen internationaler und nationaler Rechts- und Verfassungsgarantien werden der Zugang zu Informationen verweigert, gesetzlich vorgeschriebene Konsultationsprozesse zu Scheinkonsultationen degradiert, Aktivist/innen kriminalisiert und mit Klagen überzogen. Bürger/innen sowie zivilgesellschaftliche Organisationen, die ihre Rechte gegen Ressourcenvorhaben verteidigen wollen, werden massiv unter Druck gesetzt, diffamiert und manchmal sogar ermordet. Andererseits nutzen soziale Bewegungen, NGOs und Aktivist/innen ihrerseits vermehrt Rechtsinstrumente, um ihre Rechte und Interessen zu schützen. Gemeinschaften und NGOs benötigen allerdings – das zeigt die Studie auch – noch weit mehr Unterstützung, um sich gegen Kriminalisierung und Verleumdungsklagen zu wehren und Strategien zu entwickeln, wie sie mittels des Rechts ihren Handlungsspielraum und Einfluss zurückerobern können. Die Studie nimmt auch die Rolle der Unternehmen in den Blick und zeigt auf, dass diese

für die negativen Folgen des Ressourcenabbaus und auch für die damit einhergehenden Einschränkungen zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume (mit)verantwortlich sind.

Kampf gegen den illegalen Goldabbau in Kolumbien

Der Rio Atrato im Bundesstaat Chocó durchfließt auf seinen 750 Kilometern Länge eine Gegend, die weltweit zu den 10 Gebieten mit der größten Biodiversität zählt. Diese Vielfalt ist stark bedroht, denn illegale Goldschürfer verseuchen den Fluss mit Quecksilber. Und auch bewaffnete Konflikte infolge der illegalen Goldgeschäfte machen der Bevölkerung das Leben schwer. Die Umwelt-NGO Tierra Digna hat gemeinsam mit drei afrokolumbianischen Gruppen, die am Fluss leben, eine Verfassungsbeschwerde zum Schutz des Flusses eingereicht. In einem historischen Urteil des kolumbianischen Verfassungsgerichts wurden dem Rio Atrato im Jahr 2016 zum ersten Mal biokulturelle Rechte zugesprochen. Unser neues Büro in Kolumbien unterstützte im vergangenen Jahr Tierra Digna dabei, die Umsetzung des Urteils zu begleiten. So wurden sogenannte Flusswächter/innen (*Guardianes del Rio Atrato*) gewählt, ein Gremium aus Gemeindemitgliedern, das die Einhaltung der gerichtlich festgelegten staatlichen Reparationsmaßnahmen sicherstellen soll.

Meeresatlas – Über unseren Umgang mit dem Ozean

Ohne das Meer gäbe es kein Leben auf unserem Planeten. Es regelt weitgehend das Klima, gibt uns Nahrung und liefert Energie. Aber das Meer steht unter Stress, denn das alte Prinzip von der «Freiheit der Meere» hat zu Überfischung, Artenverlust und einer immensen Verschmutzung der Ozeane geführt. Wir haben 2017 einen «Meeresatlas» herausgegeben, der wichtige Daten und Fakten über den Zustand der Weltmeere zusammenfasst. Der Atlas ist mittlerweile auf Chinesisch, Arabisch, Spanisch, Französisch, Türkisch und Khmer erschienen und wurde vielerorts präsentiert, so zum Beispiel auf der UN-Meereskonferenz in New York oder beim World Forum of Fisher Peoples in Neu-Delhi. Dort kamen rund 200 Delegierte aus 42 Ländern zusammen, die insgesamt 10 Millionen Küstenbewoh-

 Studie «Tricky Business: Space for Civil Society in Natural Resource Struggles»

www.boell.de/tricky-business



Unsere Grüne Woche: «2000 m² Weltacker für alle» – die Zukunftsstiftung Landwirtschaft stellt sich vor

ner/innen repräsentierten. Der Kongress, den indische Partner/innen der Stiftung organisiert hatten, diente der Vernetzung von Aktivist/innen, die sich für eine lokal organisierte, nichtindustrielle Fischereiwirtschaft einsetzen, für nachhaltigen Küstenschutz eintreten und gegen die Ansiedlung umweltschädigender Industrien am Meer kämpfen.

Auch in Jordanien wurde der Meeresatlas präsentiert. Jordanien verfügt nur über knapp 26 Kilometer Küste, umso bedeutender ist der Schutz der Strände und der einzigartigen Unterwasserwelt vor der Hafencity Aqaba am Roten Meer. Zusammen mit der Royal Marine Conservation Society (JREDS) engagiert sich unser Büro in Ramallah seit langem für deren Schutz. Bei der Vorstellung des Meeresatlas in Amman kündigte der jordanische Umweltminister, selbst ein Meeresbiologe, an, den Atlas künftig in Schulen und anderen Erziehungseinrichtungen einsetzen zu wollen.

Studie über Plastikmüll in den Meeren

Die Belastung der Ozeane durch den stetig wachsenden Eintrag von Plastikabfällen aller Art stellt eine große Gefahr für die marinen Ökosysteme dar. Es gibt bereits umfangreiche Forschungen dazu, wie sich der Plastikmüll in den Weltmeeren verteilt und zersetzt und wie er sich auf die Lebewesen im Meer und an den Küsten auswirkt. Unsere Studie «Stopping Global Plastic Pollution» zielt auf eine Regulierung, die dieses Problem von den Ursachen her angeht, also bei der Verschmutzung an Land ansetzt. Die Autor/innen der Studie fordern international koordinierte Maßnahmen, entwerfen Kernelemente einer möglichen internationalen Plastik-Konvention und geben Empfehlungen, wie Verhandlungen auf UN-Ebene angestoßen werden können. Die dritte Umweltversammlung (UNEA 3) der Vereinten Nationen im Dezember 2017 in Nairobi hat in diesem Sinne auch bereits allererste zaghafte Schritte eingeleitet, die es nun weiter zu begleiten gilt.

Landwirtschaft anders – unsere Grüne Woche

Alljährlich findet im Januar mit der Grünen Woche die weltweit größte Messe für Agrarindustrie in Berlin statt. Wir nutzten die Aufmerksamkeit für landwirtschaftliche Themen, um mit unserer Veranstaltungsreihe «Landwirtschaft anders – unsere Grüne Woche» ein deutliches Zeichen für eine nachhaltige und global gerechte Landwirtschaft zu setzen. Denn der Bedarf an neuen Ideen und alternativen Diskursen ist groß: Immer mehr Menschen in Deutschland sind unzufrieden mit der Ernährungsindustrie und organisieren sich vorbei an Konzernmacht und Preisdruck in solidarischer Form mit Bauern und Bäuerinnen. Sie legen mehr Wert auf Umwelt- und Tierschutz und wollen nicht länger akzeptieren, dass die Macht von Konzernen den Weg zu einer bäuerlichen, nachhaltigen und gerechten Landwirtschaft aufhält. Mit der Veröffentlichung des «Konzernatlas» lieferten wir Daten und Fakten über Machtverhältnisse und Marktanteile der Agrar- und Ernährungsindustrie. Denn immer weniger Konzerne teilen sich den Markt der Agrarprodukte und Lebensmittel. Ohne klare politische Regeln geht dieser Trend weiter – das wohl prominenteste Beispiel ist die geplante Übernahme von Monsanto durch Bayer.

Seit Jahren beschäftigen wir uns schon mit dem nicht nachhaltigen Konsum von Fleisch. Unser Jugendbuch «Iss Was?! – Tiere, Fleisch und ich» wurde im Jahr 2017 für den Deutschen Jugendliteraturpreis nominiert und kam auf die Liste der sechs besten Jugendsachbücher des Jahres. Auch wenn das Buch den Preis nicht gewonnen hat, so verhalf schon die Nominierung ihm noch einmal zu großer Aufmerksamkeit. Mittlerweile ist die 5. Auflage erschienen.

Unsere alternative Grüne Woche endete mit dem sogenannten Supp'n Talk. Nach der Demonstration «Wir haben es satt», organisiert vom Bündnis Meine Landwirtschaft, konnten sich die Teilnehmenden bei einem Teller Suppe in der Stiftungszentrale aufwärmen und weiterdiskutieren. Zudem hatten deutsche und internationale Initiativen für eine nachhaltige Landwirtschaft die Möglichkeit, ihre Produkte und Projekte vorzustellen.

Globale und alternative Wirtschafts-Governance

Ökonomisch ist die Welt eng vernetzt. Doch die Erträge aus Produktion, Handel und Dienstleistungen fließen zum größten Teil in eine Richtung, weil es zu wenige international gültige und faire Abkommen gibt. Auch bei bilateralen Absprachen dominiert meist das Recht des Stärkeren. Wir brauchen also mehr internationale Kooperation, Regeln für die Finanzmärkte sowie eine gerechte und ökologisch verträgliche Investitions- und Handelspolitik. Die G20, als eine der Säulen globaler Governance, war bisher nicht in der Lage, eine globale Finanzmarktregulierung durchzusetzen, die uns vor neuen Krisen schützt oder die gar dazu beiträgt, soziale Ungleichheit abzubauen und eine Wirtschaft zu fördern, die auf die Herausforderungen des Klimawandels sowie auf Flucht und Migration reagiert.



G20-Protest in Hamburg Foto: Jörn Neumann/Flickr (CC BY-NC 2.0, <https://bit.ly/2r0uNky>)

G20 – wir mischen uns ein!

Im Juli 2017 ging es beim G20-Gipfel in Hamburg um die Frage, wie die globalisierte Weltwirtschaft in Zeiten von wachsender Ungleichheit, Klimawandel, von Flucht und Migration im Interesse aller Menschen koordiniert werden kann. Zweifel daran, dass die G20 die großen Probleme wie Klimawandel, Armut und Kriege lösen können, wurden auf dem parallel veranstalteten «Gipfel für globale Solidarität» laut, den auch die Stiftung mit organisiert hat. In Podiumsdiskussionen und über 70 Arbeitskreisen ging es darum, eine alternative Politik zu entwerfen. Scharf kritisiert wurde auf dem Kongress in der Theaterfabrik Kampnagel u. a. die Klimapolitik der G20-Staaten, die zwar das Pariser Abkommen unterzeichnet hätten, aber keine kohärente Investitions- und Klimapolitik gestalten, um das Zwei-Grad-Ziel auch wirklich zu erreichen. In Deutschland herrsche eine «klimapolitische Doppel-

moral», so Stiftungsvorstand Barbara Unmüßig, weil Deutschland weiter viel zu viel Kohle verbrenne. «Wenn es Merkel wirklich ernst meinte, müsste sie den Ausstieg aus der Kohleverstromung verkünden.»

Die Stiftung hat den G20-Gipfel auf unterschiedliche Weise begleitet: Weil die G20 und ihre Politik in der Öffentlichkeit kaum bekannt ist, haben wir ein Infoportal erstellt, das die wichtigsten Fragen beantwortet und mit vielen Grafiken und Themenanalysen grundlegende Kenntnisse und Einblicke vermittelt. Wir haben auch Unterrichtsmaterial zu diesem Thema entwickelt, das für Schüler/innen ab der 9. Klasse eingesetzt werden kann. Auch eine Ausgabe unseres Magazins *Böll.Thema* beschäftigte sich mit der G20 und hinterfragte den Mythos vom globalen Regierungsklub der Mächtigen und Starken. Sie beleuchtete insbesondere die fehlende Kohärenz zwischen verbindlichen Umwelt- und Sozialstandards bei Investitionen in die Infrastruktur.



Carlos Lopes, ehemaliger Leiter der UN-Wirtschaftskommission für Afrika

Für eine nachhaltige Ausgestaltung globaler Infrastrukturinvestitionen

Ob Autobahnen in Deutschland oder die Wasserversorgung in Entwicklungsländern: mit kräftiger Unterstützung der G20 sind öffentlich-private Partnerschaften (ÖPPs) weltweit im Kommen. Institutionelle Anleger sollen für eine Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen gewonnen, ihr Gewinninteresse über Nutzungsgebühren oder staatliche Zahlungen bedient werden. Die Argumente dafür sind überall dieselben: Die öffentlichen Kassen sind leer; gut verpackt kann man mit ÖPPs die öffentlichen Schulden schönen. Lebensversicherungen und Pensionsfonds suchen dringend neue Anlagemöglichkeiten. Investitionen in Infrastrukturprojekte sind für sie in Zeiten von Niedrigzinspolitik besonders interessant, insbesondere da die hohen Risiken am Ende von der Allgemeinheit getragen werden. Eine vermeintliche Win-win-Situation: Infrastruktur und Entwicklung im globalen Süden, sichere Renditen im reichen Norden. Standardisierte Vertragsklauseln sollen die ÖPPs international beschleunigen und «Pipelines» von bankfähigen Projekten entstehen lassen. Die Weltbank spielt eine besonders wichtige Rolle: Sie entwarf solche ÖPP-Vertragsmuster, die weltweit als Grundlage für potenziell Tausende von ÖPP-Verträgen dienen sollen. Eine zentrale Weichenstellung, die einen genauen Blick auf das Kleingedruckte lohnt. Unser Büro in Washington bat daher eine renommierte Rechtsanwaltskanzlei um ein Pro-Bono-Gutachten zu diesem Mustervertrag. Das Urteil fiel sehr kritisch aus: Risiken werden einseitig auf die öffentliche Hand verschoben. Das Recht des Staates zur Regulierung im öffentlichen Interesse wird durch «Stabilisierungsklauseln» eingeschränkt, nach denen Investoren im Falle von Gesetzesänderungen, z. B. zugunsten von Mensch oder Umwelt, zu entschädigen seien. So wären beispielsweise eine Ökosteuer, welche die Rentabilität eines Kohlekraftwerks einschränkt, oder eine Flugverkehrsabgabe, durch die die Wachstumsraten eines Flughafens geringer ausfallen könnten, potenziell entschädigungspflichtig. Gestützt auf eine

detaillierte juristische Kritik und mit dem Rückenwind eines breiten Protests von Nichtregierungsorganisationen suchten wir das Gespräch mit der Weltbank über diese Musterklauseln für ÖPP-Verträge. Mit einem wichtigen Zwischenerfolg: Die eigentlich schon fertigen Vertragsmuster sollen nun erneut einem Revisionsprozess unterzogen werden.

Investitionen und nachhaltige Entwicklung auf dem afrikanischen Kontinent ↗

Im Rahmen der G20-Präsidentschaft setzte die Bundesregierung Afrika mit dem «Marshallplan» und dem «Compact mit Afrika» 2017 prominent auf ihre Agenda. Im Fokus standen Investitionspolitik und Migrationsmanagement, strikt liberaler Doktrin folgend: Afrika muss Staatsausgaben drosseln, zugleich sollen Infrastrukturprojekte Wirtschaftswachstum und neue Arbeitsplätze fördern. Rechts- und Planungssicherheit für Investoren wird Priorität eingeräumt – doch viele Investitionsabkommen stellen schon jetzt Liberalisierung und Schutz von Anlegerinteressen über Belange des Gemeinwohls. Auf unserer Konferenz «Monopoly in Afrika?» im Mai 2017 brachten wir Expert/innen aus Nigeria, Kamerun, Kenia, Südafrika, Guinea-Bissau, Deutschland und den USA in Berlin zusammen. Sie diskutierten darüber, welches wirtschaftliche Engagement in Afrika wünschenswert wäre, um eine sozial-ökologisch nachhaltige Wirtschaftsentwicklung zu fördern. Der ehemalige Leiter der UN-Wirtschaftskommission für Afrika, Carlos Lopes, plädierte dabei für eine stärkere Anerkennung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Potenziale Afrikas. Die rege Beteiligung des Publikums machte deutlich, dass Investitionspolitik ein Streitbares Thema ist. Insbesondere die Verbindung zwischen Investitionen und nachhaltiger Entwicklung ist bei weitem nicht selbstverständlich. Die afrikanische wie europäische Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft müssen jetzt nachhaltige Wege finden, damit Investitionen auch denen zugute kommen, die sie am meisten brauchen.

↗ [Webdossier: «Monopoly in Afrika?»](#)

www.boell.de/de/monopoly-afrika

Digitale Zukunft, Kunst und Kultur

Wie jedes neue technologische Zeitalter zwingt uns die Digitalisierung, neu über unsere Zukunft nachzudenken – und gestaltend einzugreifen. Ob Künstliche Intelligenz, Autonomes Fahren, Roboter in der Altenpflege – der Einsatz von Maschinen wirft viele ethische Fragen auf. Auch die Kunst kann sie mit beantworten helfen, sie kann gesellschaftliche Entwicklungen vordenken, durchspielen oder kritisch beobachten.



Künstliche Intelligenz – unsere vierteilige Podcastreihe unter www.boell.de/kuenstliche-intelligenz Grafik: cc-by-nc-nd_Till Thomas

netzregeln: Künstliche Intelligenz

Künstliche Intelligenz dringt immer weiter in Bereiche vor, die die Bürger/innen direkt betreffen. Sie wird die Art und Weise, wie Menschen arbeiten, lernen, kommunizieren, konsumieren und leben grundlegend verändern. Gesellschaft, Wirtschaft und Staat stehen vor der Aufgabe, diesen Wandel zu gestalten. Auf unserer Fachtagung «netz:regeln 2017: künstlich intelligent» in Kooperation mit Bitkom im November 2017 tauschten sich Fachleute über den Entwicklungsstand in Sachen Künstlicher Intelligenz aus, vor allem in den Bereichen Mobilität, Sicherheit und Gesundheit. Sie diskutierten über notwendige Rahmenbedingungen, damit Chancen genutzt und Risiken minimiert werden können. Wichtig sei vor allem, Verantwortlichkeiten beim Einsatz von Künstlicher Intelligenz zu bestimmen, einen klaren Rechtsrahmen zu entwickeln und Forschung entsprechend ethischer Standards zu betreiben. Das wird dann wichtig, wenn Künstliche Intelligenz Entscheidungsmacht bekommt: wer einreisen darf, zum Vorstellungsgespräch eingeladen wird oder wer einen Kredit bekommt. Die Entscheidungen, die ein Algorithmus trifft, müssen transparent sein. Sie müssen kontrolliert, in Frage gestellt und wenn nötig auch revidiert werden können.

Theater und Netz

Bisher war es eine Urkompetenz des Theaters, zu erzählen und neue Welten entstehen zu lassen. Doch das Spiel mit Fiktion und Illusion ist inzwischen zur allgegenwärtigen Kulturtechnik geworden. Unsere Konferenz «Theater und Netz Vol. 5» im Mai 2017 in Kooperation mit nacht kritik.de widmete sich den «Behauptungsmaschinen», also Twitter, Facebook und Co., und fragte, was passiert, wenn Maschinen (Bots, Algorithmen) das Verhältnis von Sender und Empfänger aufmischen oder gleich ganz aufheben. Was in allen Diskussionen deutlich wurde: Um sich ernsthaft mit der Digitalisierung auseinandersetzen zu können, sollten wir uns darüber klarwerden, wie wir uns eine gut funktionierende Gesellschaft vorstellen.

Medienwelt im (digitalen) Wandel

Die Menge der verfügbaren Informationen im Netz ist immens. Außerdem kann heute jede/r mit Hilfe seines Computers zum Sender bzw. zur Senderin werden. Was anfangs ein großer Gewinn für die Demokratie zu sein schien, hat sich angesichts von Hass im Netz und bewusst gestreuten Lügen, von Filterblasen und der Macht von Facebook und Co. als ein Problem für das Gemeinwesen erwiesen. Hinzu kommt: Die öffentlich-rechtlichen Medien, per Gesetz zuständig

 **Podcast zum Thema:**
www.boell.de/kuenstliche-intelligenz

 **Video-Mitschnitte der Tagung:**
www.boell.de/de/theater-und-netz

  **Dossier mit Audiofiles, Podcast und Tagungsbericht:**
www.boell.de/de/oeffentlich-rechtliche-medien-im-wandel

für sachkundige, seriöse und vielfältige Informationen, werden politisch angefeindet, Tagesszeitungen haben wirtschaftlich zu kämpfen. Bei der Fachtagung im Mai 2017 ging es um die Frage, wie sich ebendiese öffentlich-rechtlichen Medien neu aufstellen sollten, um für die Herausforderungen gewappnet zu sein. Wenn sich die Kommunikation ins Netz verlagert, müssen es auch die Öffentlich-Rechtlichen tun, betonte der Mediensoziologe Volker Grassmuck. Statt dafür die Plattformen privater, kaum zu regulierender Global Player zu nutzen, sollten die hauseigenen Mediatheken zu Wissensplattformen ausgebaut werden, so wie es die BBC gerade probiert (bbc.uk/ideas). Die Öffentlich-Rechtlichen müssen mehr auf das Publikum eingehen, forderte Christine Horz, Initiatorin der Initiative publikumsrat.de. Dass die Verantwortlichen der Öffentlich-Rechtlichen die Botschaften rund um Legitimationsdruck und Medienwandel vernommen haben und sich ihrer Verantwortung für eine demokratische Öffentlichkeit stellen, zeigt nicht zuletzt die Transparenzoffensive, zu der u. a. die Vorsitzende der ARD Dr. Carola Wille/MDR Auskunft gab.

Bildung für die digitale Gesellschaft

Coden, Programmieren, Algorithmen im Unterricht – welche Rolle das Programmieren in der Schule haben soll, ist hoch umstritten. Bei Grundschulen scheiden sich erst recht die Geister. Bei unserem Praxis-Fachgespräch «Programmieren in der Grundschule?!» im Februar 2017 haben wir sieben Digital-Projekte gebeten, ihre Ansätze und Konzepte vorzustellen, damit sich die Teilnehmer/innen ein Bild vom Stand der Entwicklung machen können: von Mini-Computer Calliope bis Hacking-Box, von Junge Tüftler bis Jugend hackt. Fazit des Fachgesprächs: Informatik als eigenes Schulfach ist erstmal vom Tisch. IT-Kompetenzen zu vermitteln und sich digitale Bildung zu eigen zu machen ist Aufgabe aller Fächer. Gelingt das frühzeitiger als bisher und auch in der Breite, könnten sich positive Effekte in Bezug auf Geschlechterrollen, individuelle Förderung, Bildungsgerechtigkeit und soziale Teilhabe ergeben.

Auf unserer Schulleitungstagung «Digitalisierung trifft Schule – Führen im digitalen Wandel» im September ging es u. a. um Weiterbildung und Erfahrungsaustausch über andere Formen des Lernens, den Gebrauch von Smartphones und Tablets im Unterricht, um maßgeschneiderte, individuelle Förderung und einen versierten Umgang mit allen Formen von Digitalität, die einem im Alltag begegnen. Über 200 Schulleiter/innen aus ganz Deutschland nahmen daran teil. Dass bei der digitalen Bildung großer Nachholbedarf besteht, zeigt die internationale Vergleichsstudie ICILS, bei der deutsche Lehrkräfte beim Einsatz

digitaler Endgeräte im Unterricht abgeschlagen auf dem letzten Platz landen – hinter Thailand, der Türkei und Polen.

Deutsch-kenianischer Kurzfilm «Watu Wote» für Oscar nominiert

Die von der Stiftung geförderte Produktion «Watu Wote» ist für einen Oscar in der Kategorie Kurzfilm nominiert worden. «Watu Wote» hatte bereits im September 2017 bei den Student Academy Awards und zahlreichen internationalen Festivals Preise abgeräumt. Der Film erzählt die wahre Geschichte einer Gruppe von Reisenden, deren Bus im Dezember 2015 im somalisch-kenianischen Grenzgebiet von der Terrormiliz Al Shabaab überfallen wurde. Die muslimischen Passagiere weigerten sich, die Christen unter ihnen zu identifizieren, was den über 30 Christen an Bord das Leben rettete. Salah Farah, ein Grundschullehrer aus Mandera, sagte damals: «Die Angreifer drohten uns zu erschießen. Doch wir saßen still und beschützten unsere Brüder und Schwestern. Schließlich gaben die Islamisten auf und verschwanden.» Salah bezahlte seinen Mut mit dem Leben – er erlag einen Monat später den Schussverletzungen, die ihm die Angreifer zugefügt hatten. Die Botschaft von «Watu Wote» ist eindeutig: Mit gelebter Menschlichkeit, wie sie in allen Religionen verankert ist, können Gewalt, Angst und Hass überwunden werden. Auch wenn der Film bei der Oscar-Verleihung leer ausging – er ist in jedem Fall sehenswert.

Alte Denkmuster mittels Kunst überwinden – «Art Residency» in Pakistan

Joseph Beuys verstand unter dem Konzept der Sozialen Plastik eine Kunst, bei der es nicht auf das Endprodukt ankommt, sondern auf den partizipativen Entstehungsprozess, an dem jeder teilnehmen kann. Fünf junge Künstler/innen aus Afghanistan und Pakistan beteiligten sich an einem Kunstprojekt in Karachi, Pakistan, das unser Büro in Lahore in Anlehnung an Beuys initiiert hatte. Es war ein Versuch, alte Denkmuster des Misstrauens und der Feindseligkeit zwischen Afghanistan und Pakistan mittels eines gemeinsamen Projekts zu überwinden. Heraus kamen interaktive Kunstwerke, an deren Entstehung auch die Öffentlichkeit teilhaben konnte. Künstlerisch begleitet wurde das Projekt von der Professorin Shelly Sacks. Sie war von den Künstler/innen fasziniert, die – obwohl ihnen das Konzept der Sozialen Plastik vorher kaum vertraut war – innerhalb sehr kurzer Zeit Wege gefunden hatten, über geopolitische Grenzen hinweg und im engen Austausch mit ihrer Umwelt Kunstwerke im Sinne von Beuys zu kreieren.

«Wie weit die Kunst gehen darf oder hätte gehen dürfen, kann ihr ohnehin vorher niemand sagen; sie muss also zu weit gehen, um herauszufinden, wie weit sie gehen darf, wie weit die ihr gelassene Freiheitsleine reicht.»

Heinrich Böll

Heinrich-Böll-Haus Langenbroich

Mit unserem Stipendienprogramm im Heinrich-Böll-Haus Langenbroich e.V. ermöglichen wir Künstler/innen und Schriftsteller/innen, für einige Monate ungestört, ohne finanzielle Sorgen, frei von Verfolgung und Zensur kreativ zu arbeiten. Mitgetragen wird der Verein von der Stadt Düren und dem Land Nordrhein-Westfalen. Im Sommer 2017 wurde das Haus nach einer umfangreichen Sanierung wieder eingeweiht. Zugleich feierten wir den 100. Geburtstag Heinrich Bölls. Auch wenn das Fest durch starken Regen beeinträchtigt war – die Feierlaune der zahlreichen Gäste blieb davon unberührt.



Sommerfest in Langenbroich: Omar Al Jaffal mit Stefan Weidner bei der «Lesung im Pool» Foto: Susanne Ditrlich

Unsere Gäste 2017

Omar Al Jaffal, Schriftsteller und Journalist aus dem Irak (Jahrgang 1988). Er wuchs in Syrien auf und musste das Land 2011 in Richtung Irak verlassen. Dort arbeitet er u. a. an Reportagen zu den von ISIS kontrollierten Gebieten. Er schreibt für irakische Zeitschriften und Online-Redaktionen. 2017 erhielt er den renommierten arabischen Journalisten-Preis «Mustafa Al Hussein».

Ahmed Kathlish, Schriftsteller und Journalist aus Syrien (Jahrgang 1988). Mit seinem Soundcloud-Kanal «Tiklam» erreichte er im Juni 2017 die Marke von 3 Millionen Klicks. Er veröffentlicht dort eigene Lyrik und fremde Texte in Übersetzung.

Rahim Hessawi, Schriftsteller und Szenarist aus Syrien (Jahrgang 1980). In Syrien war er als Lehrer tätig, bis er wegen seiner Unterstützung der friedlichen Revolution 2011 suspendiert wurde. Er floh in die Türkei, wo er als freiwilliger Helfer in Flüchtlingscamps arbeitet. Er schreibt an seinem neuen Roman «Popcorn» und arbeitet als Szenarist für TV-Serien in der Türkei.

Mohammad Mallak, Schriftsteller, Szenarist und Journalist aus Syrien (Jahrgang 1971). Für seine literarische Arbeit hat er mehrere Preise erhalten. In Syrien

engagierte er sich für die Freiheit der Presse und für Menschenrechte. Seit seiner Flucht lebt er in Frankreich. Er hat verschiedene Online-Magazine zu politischen, sozialen und kulturellen Themen gegründet und ist Herausgeber des Frauenmagazins *Saiedet Souria*.

Prithu Sanyal, Schriftsteller, Blogger und Menschenrechtsaktivist aus Bangladesh (Jahrgang 1985). Seine Lyrik und Kurzgeschichten werden im Blog «Mukto mona» regelmäßig veröffentlicht. Sanyal ist Mitglied der Shahbag-Bewegung, die sich für ein internationales Tribunal zur Aufarbeitung der Verbrechen während der Unabhängigkeitsbewegung 1971 in Bangladesh einsetzt.

Osama Althary, Schriftsteller und Lyriker aus dem Jemen (Jahrgang 1983). Er gehört zu den bedeutenden jungen Lyrikern seines Landes. Im Jemen und in Saudi-Arabien litt er aufgrund seiner literarischen Arbeit unter politischem Druck und Verfolgung.

Taqi Akhlaqi, Schriftsteller und Journalist aus Afghanistan (Jahrgang 1986). Sein «Afghanisches Tagebuch» für den NDR, Interviews und Publikationen sowie die Aufführung seiner Theaterstücke machten ihn auch in Deutschland bekannt.

! Hinweis

Sie können das Heinrich-Böll-Haus Langenbroich durch die Übernahme einer Patenschaft unterstützen.

Mit Ihrer Hilfe können wir Schriftsteller/innen und Künstler/innen zu uns einladen.

I Ulrike Cichon E cichon@boell.de

! Lesetipp

«Weg sein – hier sein», Texte aus Deutschland, Anthologie, Seccession Verlag für Literatur, Zürich, 2016. Mit Beiträgen von syrischen Gästen aus dem Heinrich-Böll-Haus.

Studienwerk – Rückenwind für junge Talente

Wir fördern Studierende und Promovierende aller Fachrichtungen aus dem In- und Ausland. Neben einem Stipendium fördern wir auch «ideell», d. h. wir bieten individuelle Beratung und Qualifizierung, regen zur politischen Debatte an und unterstützen unsere Stipendiatinnen und Stipendiaten darin, sich selbst zu organisieren und zu vernetzen.

Unser Anliegen ist es, Talente zu entdecken und die persönliche, politische und berufliche Entwicklung unserer Stipendiatinnen und Stipendiaten zu fördern. So wollen wir zukünftige Multiplikatorinnen und Multiplikatoren gewinnen, die unsere Überzeugungen teilen und sich weltweit für die Ziele der Stiftung einsetzen: für mehr Demokratie, Solidarität, ökologisches Handeln, nachhaltige Politik und Menschenrechte.

Wir kombinieren in unserer Nachwuchsförderung den Leistungsgedanken mit Chancengerechtigkeit. Neben sehr guten Schul- bzw. Studienleistungen, die im Auswahlverfahren im biografischen Kontext bewertet werden, erwarten wir von unseren Stipendiatinnen und Stipendiaten, dass sie Verantwortung für das Gemeinwesen übernehmen, sich gesellschaftlich engagieren und für Politik interessieren.



Teilnehmende am Einführungsseminar im April 2017

Wer wird gefördert?

Unter den 2161 Bewerbungen, die uns zum 1. März und 1. September 2017 erreichten, wählte das Studienwerk 304 Stipendiat/innen in einem dreistufigen Verfahren neu aus. Insgesamt förderten wir im vergangenen Jahr 1200 Personen, davon 987 Studierende und 213 Promovierende, unter ihnen auch einige Postdocs. Bestimmte Zielgruppen haben wir besonders im Blick: 61 % der Geförderten sind Frauen; 12 % der Geförderten studieren an Fachhochschulen, an Kunst- oder Musikhochschulen und 25 % der Studierenden belegen MINT-Fächer (davon 50 % Frauen). Zudem fördern wir 23 % aller Promotionsstipendiat/innen in MINT-Fächern (davon 62 % Frauen).

Mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung konnten 1101 Stipendiat/innen unter-

stützt werden, davon 183 Promovierende. Von diesen Studien- und Promotionsstipendiat/innen haben 26 % eine Migrationsgeschichte und 40 % sind Erstakademiker/innen.

Über Mittel des Auswärtigen Amtes konnten 99 internationale Stipendiat/innen (aus Herkunftsregionen außerhalb der EU) in Deutschland gefördert werden, darunter 30 Promovierende. Unsere regionalen Förderschwerpunkte sind Mittel- und Osteuropa, die Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) und die MENA-Region (hier vor allem Ägypten, Libanon, Marokko, Tunesien und Syrien). Die größten Gruppen internationaler Stipendiat/innen (nach Staatsangehörigkeit) kommen aus Russland (14 %), gefolgt von Syrien (10 %), Ukraine (7 %) und Ägypten (6 %).

Ideelle Förderung:**Beratung – Qualifizierung – Vernetzung**

Mit unserem Veranstaltungsprogramm, dem Herzstück der ideellen Förderung, regen wir zur politische Debatte an, vermitteln Schlüsselkompetenzen, befähigen zum interdisziplinären Dialog, bereiten auf den Beruf vor und unterstützen das gesellschaftliche Engagement unserer Stipendiatinnen und Stipendiaten. Selbstorganisation und selbstständiges Denken zu fördern sowie Gestaltungskompetenzen zu vermitteln ist uns ein besonderes Anliegen; wir orientieren uns dabei an dem Konzept «Bildung für nachhaltige Entwicklung».

Auch Beratung, Betreuung und Vernetzungsangebote gehören zur ideellen Förderung. Wir beraten unsere Stipendiat/innen zur Studienplanung oder zur Berufsorientierung. Unterstützung beim Berufseinstieg bietet insbesondere unser Programm «Grün vernetzt»: Mentor/innen beraten Studierende und Promovierende in der Abschlussphase sowie junge Alumni darin, sich persönlich und beruflich weiterzuentwickeln und klarer ihre Ziele anzugehen. Mentor/innen sind vor allem Alumni, aber auch Mitarbeiter/innen aus der Stiftung und andere Personen aus dem Stiftungsumfeld.

Eigenverantwortlich organisierte Arbeitsgruppen von Stipendiat/innen 2017:

- AG Antidiskriminierungsarbeit (NEU)
- AG Digitaler Wandel
- AG Flucht und Asyl
- AG Gender und Feminismus
- AG GrünGründen (NEU)
- AG Kunst und Transformation (NEU)
- AG Theorie – Gesellschaft – Politik
- AG Tierversuchsfrei forschen (NEU)
- AG Wilder Osten
- AG Wirtschaftspolitik

Schwerpunkte im Veranstaltungsprogramm 2017

Das Veranstaltungsprogramm wird für und mit unseren Stipendiat/innen konzipiert. Im Jahr 2017 besonders nachgefragte Seminarthemen waren: «Migrations- und Asylpolitik in Deutschland», «Framing und das Thema <Flucht> – Werte in Worte bringen», «Vorurteile erkennen und ihnen entgegenwirken – Rassismus-Sensibilisierung für Engagierte in der Arbeit mit Geflüchteten», «Die Arbeitswelt von morgen – Herausforderung der Digitalisierung» oder «Die Zukunft der EU». Auch kontroverse Themen wurden nicht ausgespart: Das Seminar «Bundeswehr und Gesellschaft. Deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik in der Debatte» haben wir in Kooperation mit der Akademie Innere Führung der Bundeswehr in Koblenz durchgeführt.

Ein Höhepunkt im Programm «Medienvielfalt, anders» war eine Studienreise nach Warschau, bei der die Teilnehmenden vielfältige Einblicke in die Medienlandschaft Polens erhielten. Auf dem Programm standen u. a. Gespräche mit Vertreter/innen von Fraueninitiativen und Parteien (von der PiS über die Nowoczesna bis zu den Grünen). Nach der Reise verfassten die Teilnehmenden Artikel für einen Blog (<https://www.boell.de/de/stiftung/journalismus>); unterstützt und beraten wurden sie dabei von Mohamed Amjahid (Alumnus des Medienvielfalt-Programms und Redakteur der *Zeit*).

Im Rahmen der Geburtstagsfeierlichkeiten unseres Namensgebers beschäftigten sich Stipendiat/innen mit Leben und Werk Heinrich Bölls. 60 Studierende und Promovierende nahmen an der Veranstaltung «Lesen macht rebellisch. 100 Jahre Heinrich Böll» teil, die von René Böll, dem Sohn Heinrich Bölls, eingeleitet wurde und sich um das Leben und Engagement der gesamten Böll-Familie drehte. Stadtpaziergänge «Auf den Spuren Heinrich Bölls» führten durch Berlin, und Teilnehmende einer Podiumsdiskussion fragten nach der heutigen Bedeutung des Literaturnobelpreisträgers. In diesem Zusammenhang entstand auch die Publikation «Hast du schon deinen Böll gefunden? Ein Lesebuch mit Texten von Heinrich Böll», hrsg. von Zeynep Balazünbüll, Till Gierlich und der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 2017 – eine Idee von zwei Stipendiat/innen.

Mit zwei Veranstaltungen – zu Europa und zum Klimawandel – beteiligte sich das Studienwerk an einer Summer School während des Wittenberger Reformationssommers, die vom Evangelischen Studienwerk Villigst ausgerichtet wurde und an der mehrere hundert Stipendiat/innen aller 13 Begabtenförderungswerke teilgenommen hatten.

Die Sommerakademie «Campus» in Bad Bevensen ist ein alljährlicher Höhepunkt im Veranstaltungsprogramm unseres Studienwerkes. Vom 14. bis 17. August diskutierten dort rund 140 Stipendiat/innen mit dem taz-Redakteur Martin Kaul und der Medienwissenschaftlerin Dr. Christine Horz über «Die große Verunsicherung – Welt im Umbruch». Es ging u. a. um Medienkompetenz, den Umgang mit alternativen Fakten und deren Auswirkungen auf die Demokratie. Auch Workshops zum Ausbau von Schlüsselqualifikationen gehören zur Sommerakademie ebenso wie kulturelle Beiträge – darunter ein Konzert mit Improvisationen des Handpan- und Didgeridoo-Spielers und ehemaligen Stipendiaten Alexander Mercks. Außerdem fand eine Lesung mit Umeshwaran Arunagirinathan statt: Der ehemalige Stipendiat, heute Facharzt für Herzchirurgie in Bad Neustadt, las aus seinem Buch «Allein auf der Flucht», in dem er seinen Weg als unbegleiteter Minderjähriger aus Sri Lanka nach Deutschland schildert.

Das alljährliche Promovierendenforum befasste sich vom 17. bis 19. Mai mit dem Thema «Wissen-

Kurzzeitstipendien für «(Nachwuchs-)Wissenschaftler/innen im Exil»

Wegen der angespannten Situation vieler türkischer Wissenschaftler/innen, die aus politischen Gründen ihr Land verlassen haben und sich nun in Deutschland befinden, hat das Studienwerk das Programm «Wissenschaftler/innen im Exil» aufgelegt, um Doktorand/innen und Post-Docs mit Kurzzeitstipendien (drei bis sechs Monate) in Deutschland zu fördern. Es ergänzt die bestehenden Programme und ist ein solidarischer Beitrag zur Unterstützung verfolgter Wissenschaftler/innen; bisher konnten vier Bewerber/innen aufgenommen werden.

Alumni der Heinrich-Böll-Stiftung



Foto: Sven Bauers



Foto: Goethe-Institut, Loredana la Rocca

Belit Onay (gefördert 2010 bis 2013) absolvierte ein Studium der Rechtswissenschaften an der Leibniz Universität Hannover und promovierte in Europa- und Völkerrecht an der Universität Bremen. Von 2008 bis 2013 war er Mitarbeiter im Abgeordnetenbüro der Landtagsabgeordneten Filiz Polat von Bündnis 90/Die Grünen. Seit Februar 2013 ist er Landtagsabgeordneter in Niedersachsen. Hier ist er in den Ausschüssen Innenausschuss, Rechtsausschuss und Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes tätig sowie Sprecher für Kommunal-, Netz- und Sportpolitik sowie Datenschutz.

Thekla Worch-Ambara (gefördert 2006 bis 2009) studierte Theaterwissenschaft und Erziehungswissenschaft an der Universität Leipzig. Seit 2009 ist sie beim Goethe-Institut tätig. Zuerst in Kamerun, leitete sie von 2011 bis 2015 das Verbindungsbüro in Ouagadougou. In Burkina Faso erlebte sie den politischen Umbruch und den Einfluss von Kunst und Kultur auf diesen Prozess. Seit 2016 ist sie als Institutsleiterin beim Goethe-Institut Alexandria tätig. In ihrer Arbeit setzt sie sich mit Fragen der gleichberechtigten Zusammenarbeit im Kulturbereich zwischen Afrika und Europa auseinander.

schaft und Forschung in Zeiten des digitalen Wandels». Dr. Martina Franzen vom WZB gab einen Überblick über die verschiedenen Bereiche der Digitalisierung der Wissenschaft und regte die Stipendiat/innen dazu an, soziale Netzwerke, wie z. B. Twitter oder academia.edu, für eigene Zwecke zu nutzen und ihre Forschungsarbeit darüber publik zu machen.

Die Beförderung der politischen Debatte und die Vernetzung untereinander sind Anliegen des Landesstipendiat/innentreffens, das 2017 in München im Bayerischen Landtag stattfand. Auf Einladung der Landtagsvizepräsidentin Ulrike Gote diskutierten 60 Stipendiat/innen über bayerische und bundesdeutsche Politik und tauschten sich über ihre Initiativen am Hochschulort aus.

Um das Thema «Sozialökologische Transformation» ging es beim alljährlichen Alumni-Salon mit rund

120 Stipendiat/innen und Alumni, die das Programm weitestgehend in Eigenregie gestalteten. Gegenstand von Vorträgen, Diskussionen und Werkstätten waren u. a. Konzepte zu Klimaschutz und Dekarbonisierung, innovative Wirtschaftsformen, die nicht auf Ausbeutung setzen, die nachhaltige und faire Nutzung globaler Gemeingüter sowie die Politisierung von Lebensstilen.

Für internationale Alumni fand vom 24. November bis 3. Dezember eine Bildungs- und Begegnungsreise nach Leipzig und Berlin statt, an der u. a. Ehemalige aus Mexiko, Kolumbien, Brasilien, Serbien, Gabun und der Ukraine teilnahmen. Während der Reise führten die Teilnehmenden politische Gespräche, u. a. mit der Bundestagsabgeordneten und ehemaligen Promotionsstipendiatin Dr. Franziska Brantner, besuchten Ministerien, Thinktanks, Wissenschaftseinrichtungen und Ausstellungen und nahmen an Stadtführungen teil.

Gunda-Werner-Institut

Demokratie braucht Feminismus – Das Gunda-Werner-Institut (GWI) in der Heinrich-Böll-Stiftung ist der feministische Leuchtturm der grünen Stiftung und signalisiert: Feminismen sind Teil grüner Bewegung und haben hier einen festen Platz. Uns treibt die Frage um, wie eine geschlechterdemokratische Gesellschaft aussieht und welche politischen Instrumente uns dorthin bringen. Geschlechterdemokratie lebt von Auseinandersetzung und Dialog mit und zwischen allen Geschlechtern, gemäß Gunda Werners Ansatz: «Denkverbote strengstens verboten!»



Feministisches Gipfeltreffen «Meat your Idol»: Sabine Hark



Die Conferenciers: Kaey und Toni Transit

Meet your Idol – 10 Jahre GWI 🏳️‍🌈

Das GWI feierte im Juli 2017 sein 10-jähriges Jubiläum mit einer Gala. Feminist/innen, die auf herausragende Weise feministische Debatten, Analysen und Politiken voranbringen, bekamen den pinkfarbenen Teppich ausgerollt. Die Feier stand unter dem Motto «Meet your Idol». Wer z. B. schon immer wissen wollte, wie Sabine Hark zur Soziologie kam und was sie an Judith Butlers Queertheorie bis heute fasziniert, der konnte sie einfach danach fragen. Für die Begegnung mit den jeweiligen «Idolen» standen Separees bereit. Die Rapperin Sookee gab das Abendkonzert. Knapp 500 Besucher/innen diskutierten und feierten mit.

Gender raus! – Zwölf Richtigstellungen zu Antifeminismus und Gender-Kritik 🏳️‍🌈

In modernen Gesellschaften ist gleichgeschlechtliche Liebe weitgehend akzeptiert, Frauen und Männer sind gesetzlich gleichgestellt und können im Prinzip entscheiden, wie sie leben wollen. Allerdings werden diese Errungenschaften von rechtspopulistischen und christlich-fundamentalistischen Kräften zunehmend bekämpft oder in Frage gestellt. Das betrifft Diskussionen im Alltag, in der Kneipe, auf Veranstaltungen oder Beiträge in Zeitungen, Rundfunk- und Fernsehsendungen, Internet-Blogs, Artikeln und Büchern. Mit dem Satz «Das muss man doch mal sagen dürfen ...»

werden rassistische, sexistische und antiegalitäre Parolen, Hass und Verunglimpfungen in die Welt getragen und gerechtfertigt. Unsere Handreichung «Gender raus!» von Franziska Schutzbach bietet verständliche Argumente und Anregungen, wie antifeministische Behauptungen und Parolen entlarvt und richtiggestellt werden können.

«Streitwert – Politik im Dialog» 🏳️‍🌈

Im Juni 2017 war die Aktivistin und Organisatorin des Women's March in Washington Carmen Perez zu Gast bei «Streitwert – Politik im Dialog». Einem Vernetzungstreffen mit feministischen Organisationen in Berlin folgte eine Abendveranstaltung in der Werkstatt der Kulturen: «Mobilizing for Democracy – feministische Wege des Widerstands». Im Dezember präsentierten die Soziologinnen Prof. Sabine Hark und Prof. Paula-Irene Villa ihr neues Buch «Unterscheiden und herrschen. Ein Essay zu den ambivalenten Verflechtungen von Rassismus, Sexismus und Feminismus in der Gegenwart» (transcript).

🏳️‍🌈 Filmdokumentation «Meet your Idol»: <https://youtu.be/E00Tp0lMB4>

📖 Publikation «Gender raus»: www.gwi-boell.de/de/gender-raus

📄 E-Paper von Ulrike Lembke: www.gwi-boell.de/de/2018/01/09/kollektive-rechtsmobilisierung-gegen-digitale-gewalt

GreenCampus

Unter dem Dach von GreenCampus vereinen wir die verschiedensten Weiterbildungsformate der Heinrich-Böll-Stiftung und ihrer Landesstiftungen: vom Politikmanagement-Zertifikat über Strategieworkshops und das KommunalWiki bis zum Webinar gegen Hate Speech. Wir machen Qualifizierungsangebote für politische Organisationen und Gestalter/innen: von ehrenamtlich Aktiven bis zu Profis und von der kommunalen bis zur Bundesebene. GreenCampus verantwortet seit einigen Jahren zudem das interne Weiterbildungsprogramm der Stiftung.

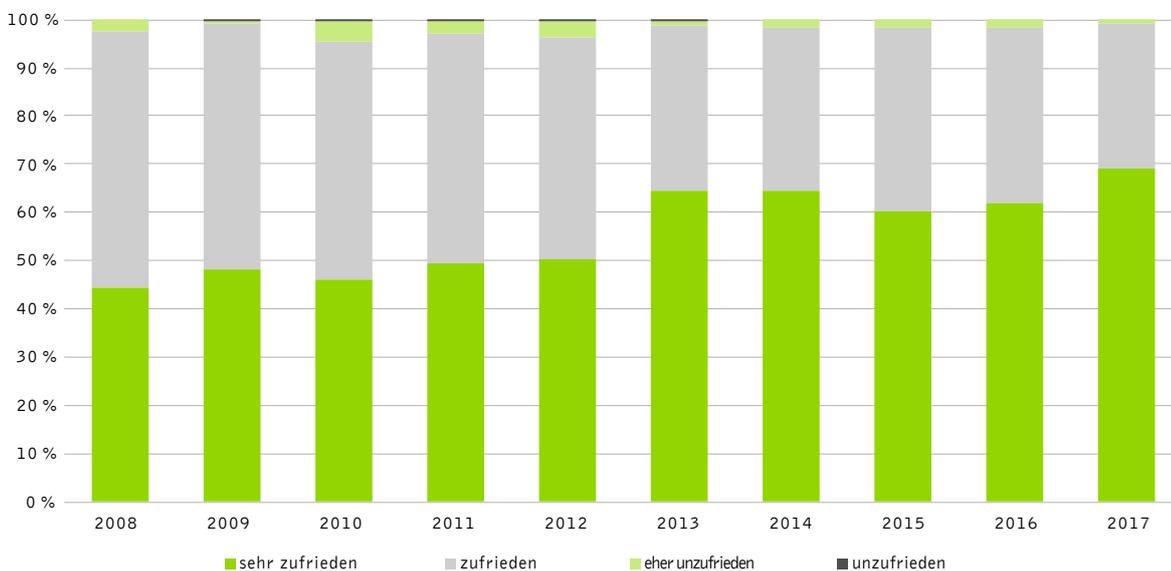


Oktober 2017: Das GreenCampus-Team feiert sein 10-jähriges Bestehen

Wir sind davon überzeugt, dass gesellschaftliches Engagement mit dem richtigen Handwerkszeug besser gelingt. Deshalb haben wir 2007 die Weiterbildungsakademie GreenCampus ins Leben gerufen. Von Anfang an war es unser Anspruch, die politische Weiterbildung auf einem hohen qualitativen Niveau stattfinden zu lassen und die Heinrich-Böll-Stiftung als die Adresse für politische Weiterbildung im grünen Umfeld zu etablieren. Auch deshalb sichern wir die Qualitäts-

standards seit 2008 über eine regelmäßige externe Zertifizierung (Lernerorientierte Qualitätstestierung in der Weiterbildung). Unser Anspruch ist es dabei, die Weiterbildung möglichst praxisorientiert stattfinden zu lassen, um den Transfer «vom Wissen zum Handeln» zu ermöglichen. Wir freuen uns daher über die vielen ausgebuchten Seminare mit insgesamt knapp 20 000 Teilnehmenden und einer durchgängig hohen Zufriedenheit mit unseren Angeboten.

Teilnehmendenzufriedenheit (in %)



Archiv Grünes Gedächtnis

Das Archiv Grünes Gedächtnis dient der historischen Überlieferung der Partei Bündnis 90/Die Grünen und sammelt die Quellen zur Geschichte der Neuen Sozialen Bewegungen. Es ist das Gedächtnis der Partei und zugleich der Ort, an dem Transparenz hergestellt wird. Die im Archiv gesammelten Unterlagen werden unter Berücksichtigung der notwendigen Schutzregeln der interessierten Öffentlichkeit und der wissenschaftlichen Forschung zur Verfügung gestellt.



Das Team des Archivs mit alter und neuer Leitung. Christoph Becker-Schaum (4. v. l.) wurde im Dezember 2017 verabschiedet. Die neue Leiterin ist Wiebke Winkler (1. v. r.).

Grüne Geschichte zugänglich machen

Die Erschließung der Archivalien für die spätere Nutzung – ihre Ordnung, Bewertung und Beschreibung – ist der zeitaufwändigste Teil der archivarischen Aufgaben. Einige Projekte erstrecken sich über Jahre, wie z. B. der Nachlass von Petra Kelly und die Akten der Bundespartei und der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen. Im Jahr 2017 abgeschlossen werden konnten hingegen die Erschließungen der Archivalien der Alternativen Liste Berlin, des Landesverbandes Die Grünen Berlin und seiner Vorläuferorganisation Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD) Berlin. Beinahe abgeschlossen ist die des Landesverbands Hessen. Somit stehen die bedeutenden Nachlässe Rudolf Bahros und des Hamburger Grünen-Politikers Martin Schmidt nun der Forschung zur Verfügung.

Nicht alle Archivbestände müssen mit der gleichen Tiefe erschlossen werden wie die hier genannten. So wurde im Jahr 2017 ein mehr als 500-seitiges Verzeichnis der Archivalien der transnationalen Fraktion im Europäischen Parlament erstellt, welches auch im Historischen Archiv der Europäischen Union in Florenz den Nutzer/innen zur Verfügung steht.

Die Erschließung der Nachlässe und Aktenbestände mag noch immer das Rückgrat eines Archivs sein, das A und O ist sie im digitalen Zeitalter nicht mehr. Die audiovisuellen Sammlungen des Archivs, seien es Fotos,

Wahlspots oder Internetseiten etc., sind im Wesentlichen digital und verlangen eine kontinuierliche Bearbeitung. Eine neue Qualität hat 2017 unser digitales Archiv gewonnen, da immer mehr Landesverbände der Grünen ihre digitalen Dateiablagen zur Archivierung übergeben haben.

Grüne Geschichte zum Thema machen

Auch die inhaltliche Beschäftigung mit dem vom Archiv bewahrten historischen Erbe gehört zu seinen Aufgaben. Schwerpunkte im Jahr 2017 waren die Reaktor-katastrophe von Tschernobyl, zu der Veranstaltungen stattfanden, und Zeitzeug/inn/en-Interviews. Das Archiv brachte einen Reader heraus, der praktische Erfahrungen mit Oral-History-Methoden sammelt und zur Nutzung der Interviews als historische Quellen einlädt. Ein neues Oral-History-Projekt im Grünen Gedächtnis waren Zeitzeug/inn/en-Interviews mit den jüngeren Mitgliedern der Bundestagsfraktion von 1994 bis 1998, deren erste Auswertung im Rahmen der Verabschiedung von Christoph Becker-Schaum als Archivleiter am 6. Dezember 2017 vorgestellt wurde.

Öffnungszeiten des Lesesaals des Archivs:

Mo/Di/Do	9–17 Uhr
Mi	12–20 Uhr
Fr	9–16 Uhr

Preisverleihungen

Die Heinrich-Böll-Stiftung vergibt verschiedene Preise und beteiligt sich als Partnerin an weiteren Ehrungen. Die wichtigsten Preise sind der Friedensfilmpreis und der Anne-Klein-Frauenpreis sowie alle zwei Jahre der Petra-Kelly-Preis. Dieser wurde 2017 jedoch nicht vergeben.



Nomarussia Bonase erhielt den Anne-Klein-Frauenpreis



Friedensfilmpreis für «El Pacto de Adriana»: Die Cutterin Melisa Miranda und der Produzent Carlos Núñez nahmen den Preis entgegen

Anne-Klein-Frauenpreis 2017 an Nomarussia Bonase

Der Anne-Klein-Frauenpreis 2016 ging an die südafrikanische Aktivistin für Frauenrechte und Frauenpolitik Nomarussia Bonase. Besonders wegen ihres Einsatzes für Aufarbeitung und Versöhnung ist sie vielen ein Vorbild. In Südafrika kämpft sie für Gerechtigkeit für die Opfer und Überlebenden des Apartheidregimes und tut dies insbesondere für Frauen, die nicht von der Wahrheits- und Versöhnungskommission (1996–1998) gehört wurden und denen Reparation zustehen sollte. Der Anne-Klein-Frauenpreis wurde zum 6. Mal verliehen und ist mit 10 000 € dotiert. Die Laudatio hielt Ulrike Poppe, Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur.

Friedensfilmpreis an den Dokumentarfilm «El Pacto de Adriana»

Der 32. Friedensfilmpreis bei der Berlinale ging an den Dokumentarfilm «El Pacto de Adriana» von Lissette Orozco. Die chilenische Regisseurin spürt darin der Rolle ihrer Tante Adriana in der Diktatur unter Pinochet nach und bricht damit den «Pakt des Schweigens». Spannung gewinnt der Film aus den wachsenden Zweifeln Orozcos an der geliebten Tante. Die Regisseurin geht der Wahrheit auf den Grund und erliegt dennoch nicht der Versuchung, vorschnell zu urteilen. Sie überlässt es den Zuschauern, eigene Schlüsse zu ziehen. Gesellschaftlicher Frieden beginnt mit der Aufarbeitung

der eigenen Geschichte. Diese sehr persönliche und schmerzliche Auseinandersetzung mit ihrer Familie und der Geschichte Chiles beweist außergewöhnliche Courage, so das Urteil der Jury. Der Preis ist mit 5 000 € und einer Plastik des Künstlers Otmar Alt dotiert.

Hannah-Arendt-Preis und Reportagepreis für junge Journalistinnen und Journalisten

Der Hannah-Arendt-Preis für politisches Denken 2017 ging an den französischen Philosophen Étienne Balibar. Die Jury begründete ihre Entscheidung u. a. mit seinem nimmermüden Kampf für ein Europa, dessen Staaten und Gesellschaften ihre historische Chance immer wieder zu verspielen scheinen. Zudem kritisierte Balibar leidenschaftlich die strukturellen Schwächen der liberalen Demokratie, die Art und Weise, wie brennende politische Fragen nicht zu Ende gedacht werden.

Der Reportagepreis für junge Journalistinnen und Journalisten 2017 ging an Robert Pausch für seine *Tagesspiegel*-Reportage «Arbeit am Malocher» über Lokalpolitiker der Stadt Essen. Er beschreibt beispielhaft den Aufstieg der AfD und das Entfremden von den etablierten politischen Parteien. Matthias Bolsinger und Stefanie Helbig wurden mit dem 2. und 3. Preis geehrt. Der Reportagepreis wird vom Netzwerk JungeJournalisten.de vergeben, in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung. Medienpartner in diesem Jahr war *Der Spiegel*.

 Mehr zum Thema:

www.boell.de/annekleinfrauenpreis

Prominente Gäste



Foto: Amanda Berens

Richard David Precht – der Philosoph präsentierte sein neues Buch «Tiere denken» und hinterfragte aus philosophischer Perspektive unseren Umgang mit Tieren. Im Anschluss diskutierte er mit Barbara Unmüßig und Felix zu Löwenstein, wie die heutige Tierhaltung umgestaltet werden muss, um gesellschaftlich akzeptiert zu sein, und ob die Produktion von Fleisch im Labor eine wichtige Alternative ist.



Foto: Stephan Röhl

Carolin Emcke – die Trägerin des Friedenspreises des deutschen Buchhandels stellte im April ihr Buch «Gegen den Hass» vor. In Zeiten, wo Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Homophobie und nationalistisches Gedankengut unsere Demokratie gefährden, setzt Carolin Emcke auf Pluralität und macht in ihrem Essay deutlich, dass der Widerspruch dem Hass seine Grenzen aufzeigen kann; Demokratie so überhaupt erst lebendig und lebbar wird.



Foto: Stephan Röhl

Hartmut Rosa – der Soziologe sprach im Februar in unserer Reihe «Auf der Höhe – Diagnosen zur Zeit» über Wachstumszwänge, Entfremdung und das Moment der Unverfügbarkeit als Bedingung der Resonanz. Statt der dominierenden Logik der Steigerung plädiert Rosa vielmehr dafür, die Qualität unserer Weltbeziehungen ins Zentrum der Aufmerksamkeit zu rücken, also: die Beziehungen zu uns selbst, zu anderen Menschen, zu Kultur, Natur und Arbeit.



Foto: Stephan Röhl

Tim Jackson – der britische Ökonom stellte im Juli erstmals die komplett überarbeitete Neuauflage seines Standardwerkes «Wohlstand ohne Wachstum» in Deutschland vor. Er skizziert darin die Vision einer Postwachstumsökonomie, in der die Quellen für Wohlergehen und bleibenden Wohlstand erneuert und gestärkt werden. Das Buch wurde von der Stiftung herausgegeben und ist im oekom verlag erschienen.



Foto: Stephan Röhl

Sookee – die Rapperin und Aktivistin war zu Gast bei der Gala im Juli anlässlich des 10-jährigen Jubiläums des Gunda-Werner-Instituts. Widersprüche sind eine ihrer leichtesten Übungen, wie sich auf 6 Solo-Releases und Dutzenden Kollabos nachhören lässt. Im Tagesprogramm war sie Protagonistin bei den «Meet your Idol»-Gesprächen, abends spielte sie Songs aus ihrem neuen Album.

Verabschiedung von Ralf Fücks



Juni 2017: Ralf Fücks bei seiner Abschiedsrede

Es war ein Abschied mit Ansage: Ralf Fücks, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung seit Sommer 1996, hatte sich nicht mehr zur Wiederwahl gestellt und schied Ende Juni aus seinem Amt aus. Für einen Abend stand er nun selbst im Mittelpunkt. Wir feierten ihn mit einem Dreiklang aus Vortrag, Reden und Musik. Im Publikum die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, politische Weggefährtinnen und Weggefährten, auf der Bühne besungen von Judith Holofernes mit Akustikgitarre.

Neben Barbara Unmüßig als Vorstandskollegin sprachen Cem Özdemir, Willfried Maier, Christoph Meertens, Irina Scherbakowa und Peter Siller. Mit ihren Beiträgen setzten sie ein buntes Bild des Menschen Ralf Fücks zusammen. Cem Özdemir würdigte ihn mit folgenden Worten: «Ich wurde eingeladen, ein Urteil über Ralf Fücks zu fällen! Und dieses Urteil zu fällen, fällt mir leicht. Denn Ralf Fücks ist tatsächlich ein solch fortschrittlicher Mensch, der bestimmte zukünftige Entwicklungstendenzen erkennt und durch eigene Pläne zu beeinflussen oder voranzubringen versucht. Ralf Fücks ist fürwahr ein Vordenker. Er wurde

es in den letzten Jahren immer mehr. Für mich ist er ein linker Vordenker eines nachhaltigen Wohlstands für alle! Sein Denken ist grünes Denken, dem ich viel abgewinnen kann.»

Auf die Frage, was die Stiftung im Rückblick für ihn bedeutet, antwortete Ralf Fücks: «Oh, diese Frage kommt ein bisschen früh. Jetzt nur so viel: Sie war das Beste, das mir in meinem beruflichen und politischen Leben passiert ist. Das gilt vor allem für euch, für meine Kolleginnen und Mitstreiter in der Stiftung und für unsere Partner in aller Welt. Das ist ein großer menschlicher und intellektueller Reichtum. Für mich hat die Stiftung die Fenster zur Welt geöffnet. Sie war über 21 Jahre hinweg ein fortlaufendes Studium generale. Und dafür bin ich sehr, sehr dankbar.»

Nach dem Sommer 2017 hat Ralf Fücks gemeinsam mit seiner Ehefrau Marieluise Beck das Zentrum für liberale Moderne gegründet, sein Büro befindet sich ganz in der Nähe der Heinrich-Böll-Stiftung, und das kann doch kein Zufall sein!

Alles Gute, Ralf!

Stiftungsmanagement



Dr. Livia Cotta, Geschäftsführerin der Heinrich-Böll-Stiftung

Organisationskultur

Am 1. Juli 2017 hat Dr. Ellen Ueberschär ihr Vorstandsamt in der Heinrich-Böll-Stiftung angetreten und damit Ralf Fücks nach 20-jähriger Amtszeit abgelöst. Sie und Barbara Unmüßig, die für eine weitere Amtszeit bestätigt worden war, bilden nun das Vorstandsteam der Stiftung. Mit Freude und Tatkraft haben wir den Übergang von der alten in die neue Konstellation im Sinne von Kontinuität und Wandel gestaltet.

Im Dezember fand die erste Mitgliederversammlung mit dem neuen Vorstandsteam statt. Die Mitglieder stimmten dort unter anderem über eine Satzungsänderung ab: «Teilhabe, Geschlechterdemokratie und Antidiskriminierung» ist nun als neue Gemeinschaftsaufgabe in der Satzung verankert. Sie ist Leitlinie für unsere politische Bildungsarbeit im In- und Ausland und dient als Orientierung für die Kultur und Zusammenarbeit in der Stiftung. An der Umsetzung der Gemeinschaftsaufgabe, die 2018 Fahrt aufnimmt, sind alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stiftung beteiligt.

Herausforderung: Digitalisierung

Mit der Digitalisierung beschäftigen wir uns nicht nur in der politischen Bildungsarbeit, auch unsere Arbeitsprozesse entwickeln wir mit digitalen Mitteln weiter. 2017 haben wir zwei digitale Großprojekte umgesetzt: Im September wurde das Upgrade unseres ERP-Systems MS Dynamics NAV in den Live-Betrieb übernommen, parallel dazu ging eine neue Kontaktverwaltung mit der Open-Source-Software CiviCRM an den Start. CiviCRM archiviert nicht nur Kontaktdaten, sondern professionalisiert auch den Versand digitaler Einladungen und Newsletter – bei strikter Beachtung des Datenschutzes. Wir sind gut aufgestellt, wenn die EU-Datenschutz-

grundverordnung im Mai 2018 in Kraft tritt. Neben dem Datenschutz ist uns User/innenfreundlichkeit ein großes Anliegen. Für den internen Wissenstransfer und die Zusammenarbeit mit unseren Auslandsbüros nutzen wir seit einigen Jahren das Intranet «boellcity», das 2017 einen Rebrush erfahren hat. Seit Dezember können Kolleginnen und Kollegen Threema Work als verschlüsselte Kommunikationsapp/Messenger (Chat, Videotelefonie) verwenden.

Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in den sozialen Netzwerken für die Stiftung unterwegs sind, sammeln hilfreiche Tools, wenn sie unseren Social-Media-Führerschein machen, der seit 2017 in interner Weiterbildung angeboten wird. Als politische Stiftung setzen wir uns auch intern mit den gesellschaftspolitischen Auswirkungen des digitalen Wandels auseinander. Wir greifen wichtige Themen für die Diskussion auf und bieten sie als interne Fortbildung, die «Digital Lunches», an.

Zusammenarbeit im Stiftungsverbund

Wie in den Vorjahren wurden 20 Prozent der zur Verfügung stehenden Globalmittel für die Arbeit unserer 16 Landesstiftungen eingesetzt. Dreimal im Jahr kommen alle Landesstiftungen zur sogenannten Bund-Länder-Konferenz zusammen, um über gemeinsame Herausforderungen und Pläne zu sprechen. Das Jahr 2017 stand für uns ganz im Zeichen des 100. Geburtstages von Heinrich Böll – dies wurde als Verbundprojekt, also gemeinsam mit allen Landesstiftungen, mit vielen unterschiedlichen regionalen Veranstaltungsformaten gefeiert. Herausragend war unter anderem die Wanderausstellung «Einmischung erwünscht! Heinrich Böll – Leben und Werk», die in Berlin und in einigen Landesstiftungen zu sehen war.



Die Heinrich-Böll-Stiftung in der Schumannstraße 8 in Berlin Foto: Jan Bitter

Struktur des Vereins

Die Mitgliederversammlung ist das oberste Beschlussfassungsorgan der Stiftung. Sie setzt sich zusammen aus 49 Personen, davon je vier Personen aus der Bundespartei und der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, 16 Personen aus den Landesstiftungen (eine Person je Landesstiftung) und 25 weitere Personen aus dem Kreis der Freundinnen und Freunde der Heinrich-Böll-Stiftung, von denen eine Person dem Europäischen Parlament oder der Europäischen Grünen Partei angehört. Die Wahlperiode für die Mitgliedschaft beträgt vier Jahre.

Der Vorstand ist hauptamtlich tätig und umfasst aktuell zwei Personen. Jedes Vorstandsmitglied wird für die Dauer von fünf Jahren gewählt. Das Vorschlagsrecht steht dem Aufsichtsrat zu. Mitglieder der Mitgliederversammlung können Vorschläge für die vom Aufsichtsrat zu erstellende Liste einreichen. Der Vorstand verantwortet die strategische Ausrichtung der Stiftung. Er beschließt über Gesamtziele, Strategien, Visionen, übergreifende Programme und Projekte, die Positionierung der Stiftung in der Öffentlichkeit sowie die Kommunikationsstrategie.

Der Aufsichtsrat hat die Aufsicht über die Tätigkeit des Vorstandes inne. Er besteht aus neun Personen (die Mitgliederversammlung wählt aus ihren Reihen sieben, die hauptamtlichen Mitarbeiter/innen zwei Personen), die für die Dauer von vier Jahren gewählt werden.

Für die Ausführung der laufenden Verwaltung des Vereins ist die Geschäftsführerin verantwortlich. Sie gewährleistet die Einhaltung der rechtlichen Bestimmungen und stellt die notwendigen Werkzeuge, Daten und Ressourcen für alle administrativen Entscheidungen zur Verfügung. Sie führt auch die Unternehmensdienste.

TuWas-Stiftung

Die TuWas-Stiftung für Gemeinnsinn wurde 2013 mit großem ehrenamtlichem Engagement der Freundinnen und Freunde gegründet. Zuletzt förderte TuWas die Organisation Women Now For Development mit rund 25.000 €, um syrische Sozialarbeiterinnen für die Traumatherapie mit vertriebenen Frauen und Kindern zu qualifizieren. Gemeinsam können wir noch mehr bewirken, dafür benötigt TuWas weitere Zustiftungen und Spenden!

Finanzielle Rahmenbedingungen der Stiftungsarbeit

Die Heinrich-Böll-Stiftung ist als eingetragener Verein beim Amtsgericht Berlin-Charlottenburg registriert und vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt. Ihre Arbeit finanziert sich zum überwiegenden Teil aus öffentlichen Zuwendungen. Der zentrale Baustein unserer Finanzierung sind die sogenannten Globalmittel, die der Bundestag für die Arbeit politischer Stiftungen zur Verfügung stellt. Über die Verwendung der Globalmittel kann die Stiftung zur Erfüllung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben weitgehend frei entscheiden. Mit ihnen werden zum Beispiel Seminare, Tagungen und Kolloquien durchgeführt oder Forschungsvorhaben finanziert etc. Globalmittel sind für die Stiftung von besonderer Bedeutung, weil mit ihnen auch allgemeine Verwaltungskosten finanziert werden können – wie etwa Personalkosten der Dienstleistungsabteilungen und die Unterhaltung unserer Bürogebäude. Zusätzlich erhält die Stiftung Projektmittel, die nur für den jeweils vereinbarten Zweck verausgabt werden dürfen (z. B. für die Auslandsarbeit oder die Studien- und Promotionsförderung). Die Projektmittel werden durch Verwaltungskostenzuschüsse (VKZ) ergänzt, die ähnlich wie Globalmittel eingesetzt werden können.

Neben den öffentlichen Zuwendungen hat der Verein Heinrich-Böll-Stiftung auch Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und dem wirtschaftli-

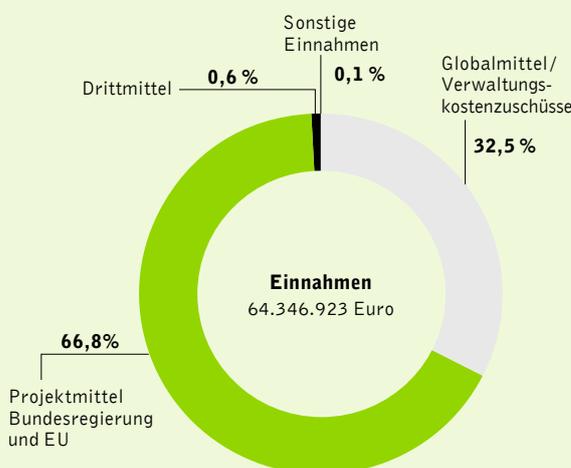
chen Geschäftsbetrieb der Weiterbildungsakademie GreenCampus.

Transparenz

Es ist uns besonders wichtig, über die Verwendung der uns zur Verfügung stehenden Mittel transparent zu informieren. Wir gehen daher über die gesetzlich vorgeschriebenen Berichtspflichten hinaus. So haben wir uns der Initiative Transparente Zivilgesellschaft angeschlossen und zur Einhaltung eines Verhaltenskodexes zur Verhinderung von Korruption verpflichtet. Zudem erstellen wir freiwillig in Anlehnung an die Vorgaben des Handelsgesetzbuches einen finanziellen Jahresbericht, den wir von einer unabhängigen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft bestätigen lassen.

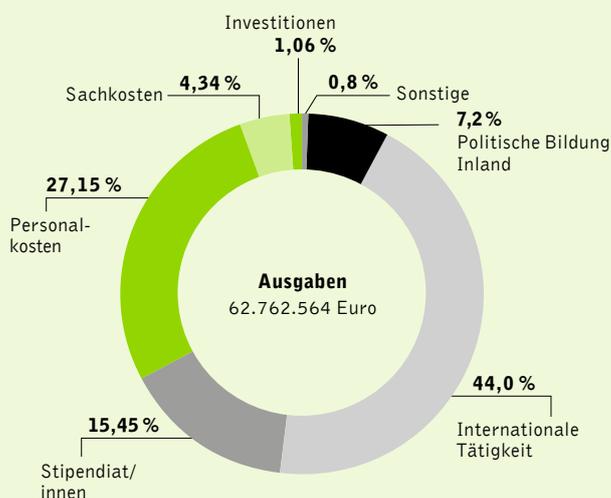
Finanzieller Jahresbericht

Bei der hier veröffentlichten Übersicht der jährlichen Einnahmen und Ausgaben der Stiftung handelt es sich um vorläufige Zahlen, von denen sich die endgültigen aber nur geringfügig unterscheiden werden. Der endgültige Bericht mit Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung kann erst erstellt werden, nachdem die Jahresabschlüsse unserer Büros im Ausland erstellt und von lokalen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften geprüft worden sind. Er wird voraussichtlich im September 2018 auf unserer Webseite veröffentlicht werden (www.boell.de/de/stiftung-leitbild-initiative-transparente-zivilgesellschaft).



Einnahmen 2017

Die Einnahmen der Stiftung betragen 2017 insgesamt ca. 64,3 Millionen Euro. Das entspricht einem Anstieg gegenüber dem Vorjahr von 7,8 Prozent, der insbesondere auf höhere Einnahmen aus Globalmitteln, aber auch auf zusätzliche Mittel für die internationale Arbeit und die Studien- und Promotionsförderung in Deutschland zurückzuführen ist. Auch die Einnahmen aus Drittmitteln im internationalen Bereich entwickelten sich positiv, insbesondere für die Arbeit zum Klimawandel.



Ausgaben 2017

Etwa zwei Drittel der Ausgaben (ca. 41,8 Millionen Euro) flossen 2017 in die inhaltliche Arbeit und die Studien- und Promotionsförderung. Dieser Anteil wächst auf ca. 80 Prozent, wenn die Personalkosten der inhaltlich arbeitenden Mitarbeiter/innen der Stiftung berücksichtigt werden. Die verwaltungsbezogenen Sachausgaben blieben konstant. Die Ausgaben für Investitionen und Sonderprojekte stiegen im Vergleich zum Vorjahr an, insbesondere auch um die IT-Infrastruktur (inkl. Software) zukunftsgerecht gestalten zu können.

Vorläufige Einnahmen-Ausgaben-Rechnung 2017 *

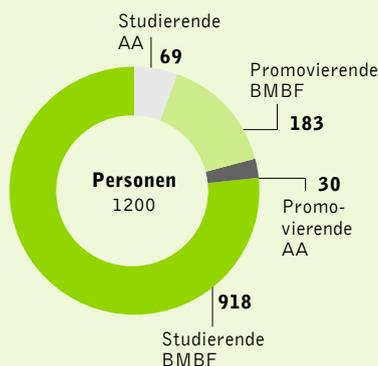
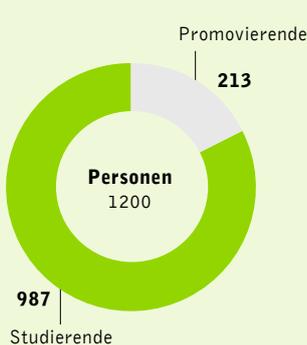
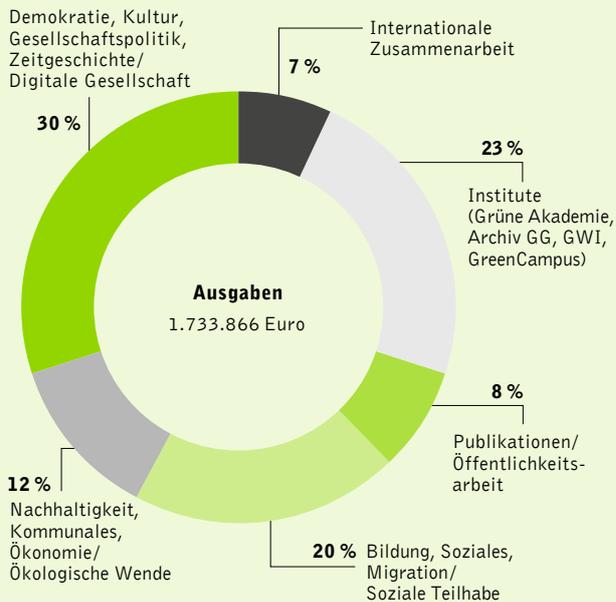
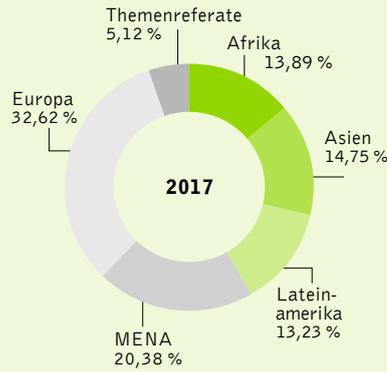
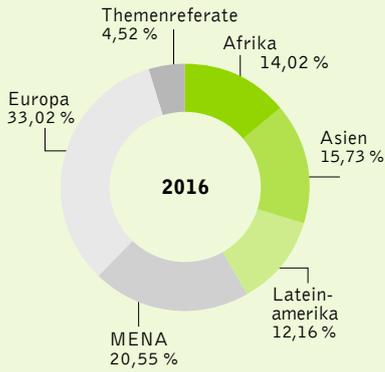
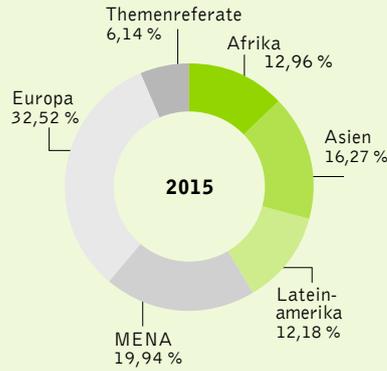
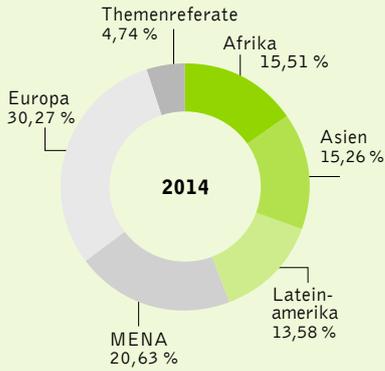
Berichtsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017 (Stand: 5. April 2018)

	2017	2016
Einnahmen Globalmittelhaushalt**	20.937.386	18.592.844
Projektmittel		
Internationale Zusammenarbeit	33.548.748	31.633.812
BMZ	26.326.173	24.899.070
AA	5.513.601	5.052.141
EU	1.423.835	1.551.715
Sonstige/Drittmittel IZ	285.139	130.886
Studienwerk	9.694.833	9.165.894
BMBF	8.816.943	8.461.485
AA	856.326	683.571
Sonstige	21.564	20.837
Drittmittel Inland	115.662	132.531
Sonstiges	50.293	121.438
Summe der Einnahmen	64.346.923	59.646.519
Fachausgaben	1.928.587	1.785.283
Weiterleitungen an die Landesstiftungen	2.413.481	2.449.111
Projektmittelausgaben		
Internationale Zusammenarbeit	31.856.832	29.975.557
Studienwerk	9.694.833	9.165.894
EU	1.423.835	1.551.715
Drittmittel	268.081	106.540
Personal (Gehälter inkl. Leitungen Auslandsbüros)	11.309.064	10.544.456
Sachausgaben	2.726.795	2.779.458
Investitionen	665.921	271.018
Sonstiges	475.135	130.033
Summe der Ausgaben	62.762.564	58.759.066
Jahresergebnis	1.584.359	887.453
Vereinseinnahmen	340.356	184.337
Vereinsausgaben	242.863	180.319
Vereinsergebnis	97.492	4.019

* alle Angaben in Euro

** einschließlich des Mittelübertrages aus dem Vorjahr

BMZ: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, AA: Auswärtiges Amt, STW: Studienwerk



Internationale Zusammenarbeit 2017

Die Projektmittel für die internationale Zusammenarbeit betragen im Berichtsjahr etwas mehr als 33 Millionen Euro. Berichtet wird hier über die durch die Abteilung Internationale Zusammenarbeit (IZ) bewirtschafteten Mittel.

Im Jahr 2017 wurden insgesamt ca. 24,5 Millionen Euro aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) für entwicklungswichtige Vorhaben weltweit eingesetzt, für Klimaschutzmaßnahmen in Entwicklungsländern über eine Million Euro.

Weitere Mittel der Sonderinitiative «Transformationspartnerschaften» und «Fluchtursachen bekämpfen» in Höhe von ca. 562.000 Euro gingen nach Marokko und Tunesien sowie in den Libanon. Im Rahmen der Sonderinitiative «Eine Welt ohne Hunger» wurden ca. 231.000 Euro in Kenia für Projekte zur Verfügung gestellt.

Die Stiftung erhielt vom Auswärtigen Amt (AA) ca. 4,9 Millionen Euro zur Förderung gesellschaftspolitischer Vorhaben. Zusätzlich wurden der Stiftung AA-Sondermittel gewährt: für Tunesien und Marokko insgesamt ca. 361.000 Euro und für Aktivitäten in Belarus ca. 180.000 Euro.

In 2017 wurden EU-Mittel in Höhe von ca. 1,3 Millionen Euro für Projekte in Nahost und Nordafrika (MENA-Region), für überregionale Projekte im Rahmen von Eco Fair Trade und in Südafrika sowie im Kaukasus eingesetzt.

Politische Bildung Inland 2017

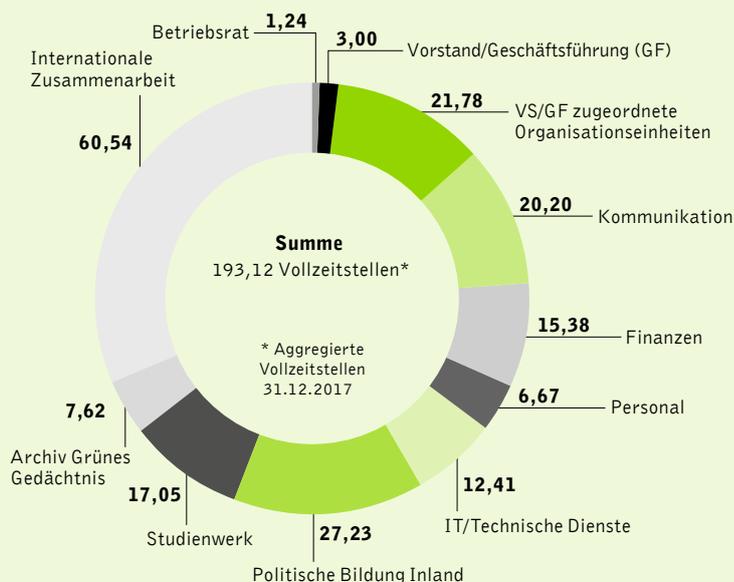
Für die politische Bildungsarbeit im Inland hat die Heinrich-Böll-Stiftung 2017 insgesamt 1.733.866 Euro aus Globalmitteln und Drittmitteln verausgabt. Diese Gelder flossen in die Projektarbeit (Veranstaltungen, Publikationen, Dossiers). Außerdem werden Fachmittel für Projekte der Weiterbildungsakademie GreenCampus und der Grünen Akademie sowie für die Herausgabe von Büchern aufgebracht. Zudem leitete die Stiftung im Jahr 2017 rund 2,4 Millionen Euro für die regionale politische Bildungsarbeit an die Landesstiftungen weiter.

Stipendien und Projektmittel des Studienwerks nach Mittelgebern 2017

Das Studienwerk der Heinrich-Böll-Stiftung erhält Zuwendungen aus dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und aus dem Auswärtigen Amt (AA). Im Jahr 2017 konnten insgesamt 1200 Stipendiatinnen und Stipendiaten gefördert werden, davon 987 Studierende und 213 Promovierende. 304 deutsche und internationale Studierende und Promovierende konnten 2017 neu in die Förderung aufgenommen werden.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Heinrich-Böll-Stiftung

Zum 31.12.2017 beschäftigte die Heinrich-Böll-Stiftung 267 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Davon waren 73 Prozent Frauen. In unseren internationalen Büros werden die 37 entsendeten Mitarbeiter/innen von ca. 250 Ortskräften unterstützt. Die Stiftung bietet ihren Mitarbeitenden vielgestaltige, zeitgemäße und spannende Arbeitsfelder: in der politischen Bildungsarbeit im In- und Ausland, in der Studienförderung und in den Unternehmensdiensten. Die Vielfalt unserer Mitarbeitenden, sei es in Bezug auf Ausbildung, Berufs- und Lebenserfahrung, Alter, Geschlecht, ethnische Herkunft oder sexuelle Orientierung, gehört zu den Stärken unserer Stiftung. So haben bspw. 14 Prozent unserer Mitarbeitenden im Inland einen Migrationshintergrund.



Privatleben und Beruf

In der Heinrich-Böll-Stiftung ist die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Privatleben selbstverständlicher Bestandteil der Personalpolitik, sei es zur Wahrnehmung von Auszeiten, bspw. für Projektarbeit, für Pflegezeiten oder für die Aufgaben als Eltern. Über flexible Gestaltungsmöglichkeiten in der Arbeitszeit werden individuelle Lösungen möglich. 47 Prozent unserer Beschäftigten arbeiten in Teilzeit. An über 60 Telearbeitsplätzen kann einmal wöchentlich auch von zu Hause aus gearbeitet werden. Und es gibt die Möglichkeit von Beurlaubungen. Wir bieten Maßnahmen der Gesundheitsförderung im Rahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements und der Prävention sowie sehr gut ausgestattete Arbeitsplätze. Soweit dies nicht mit den betrieblichen Belangen kollidiert, fördert die Stiftung bezüglich der Vereinbarkeit größtmögliche Berücksichtigung der individuellen Interessen von Mitarbeiter/innen.

Lebensphasenorientierte Personalentwicklung

Die Personalentwicklung der Heinrich-Böll-Stiftung orientiert sich am strategischen Bedarf der Stiftung; die Fähigkeiten und Bedürfnisse der Mitarbeiter/innen werden – wo immer möglich – bei der Planung berücksichtigt. Maßnahmen und Instrumente der Personalentwicklung dienen der Auswahl, der Qualifizierung und der Weiterentwicklung von Mitarbeiter/innen und Führungskräften, ihrer Förderung und dem Erhalt ihrer Beschäftigungsfähigkeit. Wir verstehen dabei unter Personalentwicklung sowohl die Förderung von Höherqualifizierung und die Unterstützung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Erlangung von höherwertigen Stellen als auch die Schaffung von Rahmenbedingungen, die ihnen in jeder Lebensphase das bestmögliche Arbeiten in der Stiftung erlauben. So bieten wir bspw. Teilzeitarbeit während Eltern- oder Pflegezeiten und Telearbeit, wenn gesundheitliche Gründe vorliegen.

Personal Teilzeit/Vollzeit 2017

der im Inland Beschäftigten

	absolut	in Prozent
VZ- und TZ-Beschäftigte	230	100 %
Vollzeitbeschäftigte (VZ)	123	53 %
Teilzeitbeschäftigte (TZ) gesamt	107	47 %
davon studentische TZ-Beschäftigte	21	20 %
davon TZ mit mehr als 50 % der vollen Arbeitszeit	77	72 %
davon TZ bis 50 % der vollen Arbeitszeit	9	8 %

	Teilnehmendentage gesamt**	Teilnehmende
Rechtliches	60	120
Organisation	172	180
IT-Kenntnisse	63	106
Gender und Diversity	120	77
Kommunikation	83	89
Individuelle Weiterbildungen	152	78
Weiterbildung gesamt	650	650

Stiftungsmanagement

* Anzahl der Teilnehmenden an allen Weiterbildungen
 ** Anzahl der Teilnehmenden x Seminartage (hier werden mehrtägige Seminare mit eintägigen und kürzeren verrechnet)

Gremien (Stand 31. Dezember 2017)

Mitgliederversammlung

Jan Phillip Albrecht – MdEP
 Bettina Backes
 Carlos Becker
 Martin Berger
 Marianne BIRTHLER
 Anne Bonfert
 Antje von Brook
 Reinhard Bütikofer – MdEP
 Gülay Caglar
 Claudia Dalbert
 Katja Dörner – MdB
 Stefan Ertner
 Stefan Gelbhaar – MdB
 Leonore Gewessler
 Paula Grobbecke
 Kübra Gümüşay
 Joachim Heinlein
 Lamy Kaddor
 Anetta Kahane
 Serhat Karakayali
 Ulrich Khuon
 Kai Klose
 Lotte Leicht
 Christiane Ludwig
 Uta Meier-Gräwe
 Mona Neubaur
 Konstantin von Notz
 Gesine Märtens
 Tamara Or
 Katrin Rönicke
 Krista Sager
 Dirk Scheelje
 Norbert Schellberg
 Frithjof Schmidt
 Ute Schmidt
 Gertrud Schmidt
 Imme Scholz
 Ulrich Schreiber
 Stefan Tidow
 Sabine Toppe
 Henriette Wägerle
 Michael Wedell

Stipendiatische Vertreter/innen

Anika Reetsch
 Solveig Selzer

Aufsichtsrat

Ute Brümmer
 Christa Goetsch
 Britta Haßelmann
 Anna Heyer-Stuffer
 Michael Kellner
 Alexander Müller
 Ingrid Spiller
 Tine Stein
 Michael Zürn

Frauenrat (bis Mitte Dezember)

Dr. Sigrid Arnade
 Katrin Bauer
 Birgit Dederichs-Bain
 Mechthild M. Jansen
 Nina Katzemich
 Stefanie Lohaus
 Prof. Dr. Cécilia Rentmeister
 Cornelia Sperling
 Judith Strohm

Koordinationsgremium des Freundeskreises

Antje von Brook
 Prof. Dr. Julius Heinecke

Mitglieder Grüne Akademie

Prof. Dr. Gabriele Abels
 Tarek Al-Wazir – MdL
 Birgitt Bender
 Prof. Dr. Mechthild Bereswill
 PD Dr. Thomas Biebricher
 Marianne BIRTHLER
 Prof. Dr. Ingolfur Blühdorn
 Prof. Dr. Angelo Bolaffi
 Prof. Dr. Christina von Braun
 Prof. Dr. Claudia von Braumnühl
 Prof. Dr. Hubertus Buchstein
 Prof. Dr. Heinz Bude
 Reinhard Bütikofer – MdEP
 Prof. Dr. Thomas Christaller
 Prof. Dr. Dr. Michael Daxner
 Prof. Dr. Simone Dietz
 Dr. Thea Dücker
 Dr. Petra Eggers
 Dr. Christoph Egle
 Rainer Emschermann
 Jan Engelmann
 Anke Erdmann – MdL
 Stephan Ertner
 Prof. Dr. Adalbert Evers
 Prof. Dr. Rainer Forst
 Georgia Franzius
 Ralf Fücks
 Anna Katharina Gebbers
 Kai Gehring – MdB
 Prof. Dr. Brigitte Geißel
 Karsten Gerlof
 Prof. Dr. Armin von Gleich
 Adrienne Goehler
 Prof. Cristina Gómez Barrio
 Prof. Dr. Stefan Gosepath
 Prof. Dr. Sigrid Graumann
 Prof. Dr. L. Horst Grimme
 Melanie Haas
 Dr. Robert Habeck – MdL
 Rebecca Harms – MdEP
 Dr. Dietrich Herrmann
 Dr. Paula Marie Hildebrandt
 Imma Hillerich
 Prof. Dr. Jeanette Hofmann
 Prof. Dr. Rahel Jaeggi
 Pico Jordan
 Arne Jungjohann
 PD Dr. Otto Kallscheuer
 Petra Kirberger
 Prof. Dr. Bertram Lomfeld
 Sibylle Knapp
 Michael Knoll
 Prof. Dr. Regina Kreide
 Prof. Dr. Georg Krücken
 Prof. Dr. Rainer Kuhlen
 Prof. Dr. Bernd Ladwig
 Dr. Birgit Laubach
 PD Dr. Susanne Lanwerd
 Dr. Adriana Lettrari
 Prof. Dr. Reinhard Loske
 Dr. Linda Ludwig
 Dr. Willfried Maier
 Nicole Maisch – MdB
 Christoph Meertens
 Ole Meinefeld
 Prof. Dr. Christoph Menke
 Prof. Jan Christoph Minx, PhD
 Prof. Dr. Christoph Möllers
 Dr. Melanie Müller
 Dr. Michael Münter
 Dr. Carsten Neßhöver
 Dr. Gero Neugebauer
 Prof. Dr. Christian Neuhäuser
 Dr. Ralph Obermayer
 Prof. Dr. Claus Offe
 PD Dr. Arnd Pollmann
 Dr. Andreas Poltermann
 Prof. Dr. Ulrich K. Preuß
 Prof. Dr. Lothar Probst
 Prof. Dr. Dr. Franz J. Radermacher
 Prof. Dr. Juliane Rebentisch
 Dieter Rulff
 Prof. Dr. Thomas Rixen

Krista Sager
 Prof. Dr. Thomas Saretzki
 Manuel Sarrazin – MdB
 Prof. Dr. Birgit Sauer
 Joscha Schmierer
 Prof. Dr. Thomas Schramme
 Dr. Kirsten Selbmann-Lobbye
 Prof. Dr. Sandra Seubert
 Peter Siller
 PD Dr. Rudolf Speth
 Prof. Dr. Tine Stein
 Prof. Dr. Richard Stöss
 PD Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn
 Rena Tangens
 Dr. Thorsten Thiel
 Stefan Tidow
 Dr. Ellen Ueberschär
 Prof. Dr. Berthold Vogel
 Sybille Volkholz
 Prof. Dr. Christiane Voss
 Mathias Wagner – MdL
 Prof. Dr. Gabriele Wilde
 Prof. em. Helmut Wiesenthal

Fachbeirat Europa /Transatlantik

Dr. Eltje Aderhold
 Annalena Baerbock
 Dr. Annegret Bendiek
 Olaf Böhnke
 Agnieszka Brugger
 Reinhard Bütikofer
 Rainer Emschermann
 Kai-Olaf Lang
 Tobias Münchmeyer
 Winfried Nachtwei
 Dr. Martin Rocholl
 Rüdiger Rossig
 Michael Schreyer
 Dr. Daniela Schwarzer
 Jan Seifert
 Rainer Steenblock
 Viola von Cramon
 Elisabeth Weber
 Dr. Anna Veronika Wendland

Fachbeirat Nord-Süd

Dr. Muriel Asseburg
 Dr. Achim Brunnengräber
 Prof. Dr. Hans-Jürgen Burchardt
 Prof. Dr. Ulf Engel
 Thilo Hoppe
 Sebastian Kasack
 Uwe Kekeritz
 Ska Keller
 Dr. Michael Krempin
 Lotte Leicht
 Melanie Müller
 Pegah Edalatian
 Dr. Roger Peltzer
 Dirk Scheelje
 Dr. Imme Scholz
 Dr. Anja Senz

Fachbeirat Studienwerk

Prof. Dr. Gabriele Abels
 PD Dr. Stefan Bösch
 Kai Gehring – MdB
 Prof. Dr. Kristina Giesel
 Andrea Hoops
 Prof. Dr. Peer Pasternack
 Prof. Dr. Manuel Pietzonka
 Eva Plonske
 Simone Probst
 Prof. Dr. Marco Rieckmann
 Krista Sager
 Dr. Ruth Seidl
 Dr. Anja Thiem

Auswahlkommission Studienwerk

Prof. Dr. Gabriele Abels
 Prof. Dr. Viola Balz
 Hartmut Bäumer
 Prof. Dr. Hans Peter Benedikt
 Dr. Florian Bernstorff
 Prof. Dr. Andrea Blunck
 Dr. Manuela Böhm
 Paula Bradish
 Prof. Dr. Holger Buck
 Prof. Dr. Stephan Bundschuh
 Dr. Sebastian Büttner
 Dr. Frieder Dittmar
 Anne Dudeck
 Sandra Dümer
 Prof. Dr. Christine Eifler
 Dr. Ellen Euler
 Maria Exner
 Prof. Dr. Anke Fesenfeld
 Dr. Juliane Filser
 Prof. Dr. Joachim Gessinger
 Dr. Daniela Gottschlich
 Dr. Mareike Gronich
 Prof. Dr. Gerd Grözinger
 Fabian Hamák
 Prof. Dr. Julia Hauser
 Prof. Dr. Jan Christoph Heemann-Minx
 Prof. Dr. Julius Heinicke
 Dr. Manja Hußner
 Dr. Tobias Ide
 Prof. Dr. Omar Kamil
 Dr. Nele Nicole Kampa
 Trudel Karcher
 Prof. Dr. Claudia Kraft
 Tim Krause
 Prof. Dr. Regina Kreide
 Prof. Dr. Margitta Kunert-Zier
 Dr. Ilka Lennertz
 Dr. Britta Leusing
 Franziska Lindhout
 Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl
 Dr. Daniel Lübbert
 Dr. Alexandra Lübcke
 Dr. Sandra Maß
 Prof. Dr. Sigrid Metz-Göckel
 Prof. Dr. Birgit Meyer
 Dr. Benno Nietzel
 Prof. Dr. Gertrud Oelerich
 Dr. Ipek Ölcüm
 Dr. Aranka Podhora
 Vera Rabelt
 Tim Rauschan
 Prof. Dr. Wolfgang Riedel
 Prof. Dr. Thomas Rixen
 Prof. Dr. Mieke Roscher
 Dr. Renate Ruhne
 Prof. Dr. Sabine Ruß-Sattar
 Arn Thorben Sauer
 Dr. Bianca Schemel
 Dr. Jens Schneider
 Jörg Schreiber
 Prof. Dr. Joachim Schulze
 Dr. Christine Schwarz
 Dr. Rajinder Singh
 Eva Stadler
 Steffen Stadler
 Prof. Dr. Grit Straßberger
 Judith Strohm
 Malti Taneja
 Achim Toennes
 Prof. Dr. Sabine Toppe
 Nina Turani
 Prof. Dr. Hans-Jürgen von Wensierski
 Andreas Wagner
 Prof. Dr. Gerald Warnecke
 Dr. René Wildangel
 Dr. Marianne Zepp

Vertrauensdozentinnen und Vertrauensdozenten

Aachen Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen, Dr. Stefan **Böschen**; Dr. Martina **Roß-Nickoll**

Bamberg Otto-Friedrich-Universität Bamberg, Prof. Dr. Thomas **Rixen**; Otto-Friedrich-Universität Bamberg, Prof. Dr. Astrid **Schütz**

Bayreuth Universität Bayreuth, Prof. Dr. Erdmut **Alber**; Universität Bayreuth, Prof. Dr. Stefan **Peiffer**

Berlin Akademie der Künste, Dr. Angela **Lammert**; Alice Salomon Hochschule Berlin, Prof. Dr. Sabine **Toppe**; Beuth Hochschule für Technik Berlin, Prof. Dr. Anne **König**; Freie Universität Berlin, Dr. Achim **Brunnengräber**; Freie Universität Berlin, Prof. Dr. Hansjörg **Dilger**; Freie Universität Berlin, Prof. Dr. Barbara **Fritz**; Freie Universität Berlin, Dr. Michaela **Haase**; Freie Universität Berlin, Prof. Dr. Cilja **Harders**; Freie Universität Berlin, Prof. Dr. Bernd **Ladwig**; Freie Universität Berlin, Prof. Dr. Margreth **Lünenborg**; Freie Universität Berlin, Prof. Dr. Britta **Tietjen**; Hertie School of Governance, Prof. Dr. Jan Christoph **Heemann-Minx**; HMKW – Hochschule für Medien, Kommunikation und Wirtschaft, Prof. Dr. Markus **Ziener**; Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin, Prof. Dr. Rosemarie **Morana**; Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin, Prof. Dr. Hartmut **Aden**; Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin, Prof. Dr. Heike **Wiesner**; Humboldt-Universität zu Berlin, Prof. Dr. Beate **Binder**; Humboldt-Universität zu Berlin, Prof. Dr. Claudia **Bruns**; Humboldt-Universität zu Berlin, Dr. Marc **Buggeln**; Humboldt-Universität zu Berlin, Prof. Dr. Marcelo **Caruso**; Humboldt-Universität zu Berlin, Dr. Marianne **Kriszio**; Humboldt-Universität zu Berlin, Prof. Dr. Beate **Meffert**; Humboldt-Universität zu Berlin, Prof. Dr. Christoph **Schneider**; Institut für Zeitgeschichte, Dr. Susanne **Heim**; k.A., Prof. Dr. Werner **Konitzer**; k.A., Prof. Dr. Rainer **Kuhlen**; k.A., Prof. Dr. Lieselotte **Steinbrügge**; Technische Universität Berlin, Dr. Nina **Langen**; Technische Universität Berlin, Dr. Aranka **Podhora**; Universität der Künste Berlin, Elzbieta **Sternlicht**

Bielefeld Fachhochschule Bielefeld, Prof. Dr. Cornelia **Giebler**; Universität Bielefeld, Dr. Benno **Nietzel**; Universität Bielefeld, Dr. Heinz-Peter **Preußer**

Birkenfeld Fachhochschule Trier, Prof. Dr. Peter **Heck**; Fachhochschule Trier, Prof. Dr. Stefan **Naumann**

Bochum Ruhr-Universität Bochum, Prof. Dr. Viktoria **Däschlein-Geßner**

Bonn Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Dr. Isabel **Schäfer**; Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Prof. Dr. Andreas **Pangritz**

Brandenburg Technische Hochschule Brandenburg, Prof. Dr. Uwe **Höft**

Braunschweig Hochschule für Bildende Künste Braunschweig, Prof. Dr. Wolfgang **Jonas**; Hochschule für Bildende Künste Braunschweig, Prof. Dr. Rolf **Nohr**; Technische Universität Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig, Prof. Dr. Petra **Mischnick**; Technische Universität Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig, Prof. Dr. Bettina **Wahrig**

Bremen Universität Bremen, Prof. Dr. Karin **Gottschall**; Universität Bremen, Dr. Sabine **Horn**; Universität Bremen, Prof. Dr. Michi **Knecht**; Universität Bremen, Prof. Dr. Frank **Nulmeier**; Universität Bremen, Prof. Dr. Konstanze **Plett**; Universität Bremen, Prof. Dr. Maike **Vollstedt**

Chemnitz Technische Universität Chemnitz, Prof. Dr. Cecile **Sandten**

Coburg Hochschule für angewandte Wissenschaften Fachhochschule Coburg, Prof. Dr. Julius **Heinicke**

Dortmund Technische Universität Dortmund, Prof. Dr. Sigrud **Metz-Göckel**

Dresden Evangelische Hochschule für Soziale Arbeit Dresden (FH), Prof. Dr. Marlies **Fröse**; Technische Universität Dresden, Prof. Dr. Uta **Berger**; Technische Universität Dresden, Prof. Dr. Anja **Besand**; Technische Universität Dresden, Prof. Dr. Gerd **Schwerhoff**

Duisburg Universität Duisburg-Essen, Prof. Dr. Anja **Weiß**

Düsseldorf Hans-Böckler-Stiftung, Dr. Michaela **Kuhnhenne**; Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Prof. Dr. Simone **Dietz**; Kunstakademie Düsseldorf, Prof. Dr. Ludger **Schwarte**

Eberswalde Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde (FH), Prof. Dr. Hans Peter **Benedikt**; Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde (FH), Prof. Dr. Pierre **Ibisch**

Erfurt Universität Erfurt, Prof. Dr. André **Brodocz**; Universität Erfurt, Prof. Dr. Omar **Kamil**; Universität Erfurt, Prof. Dr. Jamal **Malik**

Erlangen Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Prof. Dr. Kristina **Giesel**; Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Prof. Dr. Andrea **Pagni**

Esslingen Hochschule Esslingen, Prof. Dr. Birgit **Meyer**

Flensburg Universität Flensburg, Prof. Dr. Gerd **Grözinger**; Universität Flensburg, Dr. Christine **Thon**

Frankfurt (Oder) Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), Prof. Dr. Timm **Beichelt**

Frankfurt am Main Fachhochschule Frankfurt am Main, Prof. Dr. Margrit **Brückner**; Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main, Prof. Dr. Ursula **Apitzsch**; Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main, Prof. Dr. Christoph **Menke**; Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main, Prof. Dr. Susanne **Schröter**

Freiburg Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau, Prof. Dr. Elisabeth **Cheauré**; Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau, Dr. Sylvia **Kruse**; Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau, Dr. Lena **Partzsch**; Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau, Prof. Dr. Britta **Schinzl**; Fraunhofer Institut für Solare Energiesysteme ISE, Dr. Jan **Christoph Goldschmidt**; HKDM Hochschule für Kunst, Design und Populäre Musik, Prof. Karin **Jobst**; Albert-Ludwigs-Universität, Prof. Dr. Anke **Weidlich**

Freiburg, k.A., Prof. Dr. Carla **Rosendahl**

Friedrichshafen Zeppelin University, Dr. Nadine **Meidert**

Fulda Hochschule Fulda, Prof. Dr. Susanne **Dern**

Gießen Justus-Liebig-Universität Gießen, Prof. Dr. Jörn **Ahrens**; Justus-Liebig-Universität Gießen, Prof. Dr. Encarnacion Gutierrez **Rodriguez**; Justus-Liebig-Universität Gießen, Prof. Dr. Regina **Kreide**

Göttingen Georg-August-Universität Göttingen, Prof. Dr. Nicolai **Miosge**

Greifswald Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, Prof. Dr. Susanne **Stoll-Kleemann**

Halle (Saale) Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle, Prof. Frithjof **Meinel**; Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Prof. Dr. Thomas **Bremer**; Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Prof. Dr. Isabell **Hensen**; Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Dr. Christiane **Lahnemann**

Hamburg HafenCity Universität Hamburg, Prof. Dr. Ingrid **Breckner**; HafenCity Universität Hamburg, Prof. Dr. Gesa **Ziemer**; Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg, Prof. Dr. Louis Henri **Seukwa**; Hochschule für Bildende Künste Hamburg, Prof. Dr. Friedrich **von Borries**; Universität Hamburg, Prof. Dr. Andrea **Blunck**; Universität Hamburg, Prof. Dr. Sina **Farzin**; Universität Hamburg, Dr. Nina **Feltz**; Universität Hamburg, Prof. Dr. Ursula **Neumann**; Universität Hamburg, Prof. Dr. Kai-Uwe **Schnapp**; Universität Hamburg, Prof. Dr. Wolfram **Weibe**

Hannover FOM Hochschule für Oekonomie & Management, Prof. Dr. Manuel **Pietzonka**; Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover, Prof. Dr. Christine **Hatzky**; Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover, Prof. Dr. Brigitte **Reinwald**; k.A., Susanne **Eser**

Heidelberg Pädagogische Hochschule Heidelberg, Prof. Dr. Havva **Engin**; Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Prof. Dr. Hüseyin **Aguicenoğlu**; Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Dr. Anna Elisabeth **Growe**; Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Prof. Dr. Christiane **Schwieren**

Hildesheim Universität Hildesheim, Prof. Dr. Ursula **Bredel**; Universität Hildesheim, Prof. Dr. Michael **Corsten**; Universität Hildesheim, Prof. Dr. Johannes Salim **Ismail-Wendt**

Höxter Hochschule Ostwestfalen-Lippe, Prof. Dr. Klaus **Maas**

Ilmenau Technische Universität Ilmenau, Prof. Dr. Johann **Reger**

Iserlohn BITS, Business and Information Technology School gGmbH, Prof. Dr. Thomas **Meuser**

Jena Ernst-Abbe-Hochschule Jena, Prof. Dr. Wolfgang **Behlert**; Ernst-Abbe-Hochschule Jena, Prof. Dr. Thomas **Sauer**; Friedrich-Schiller-Universität Jena, Dr. Stephan **Lorenz**

Kaiserslautern Technische Universität Kaiserslautern, Prof. Dr. Michael **Hassemmer**

Karlsruhe Karlsruher Institut für Technologie, Prof. Dr. Norbert **Willenbacher**; Pädagogische Hochschule Karlsruhe, Dr. Manuela **Böhm**

Kassel Universität Kassel, Dr. Franziska **Müller**; Universität Kassel, Prof. Dr. Christoph **Scherrer**

Kiel Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Prof. Dr. Menusch **Khadjavi**; Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Prof. Dr. Uta **Klein**

Kleve Hochschule Rhein-Waal, Prof. Dr. Helmut **Prior**

Köln Universität zu Köln, Prof. Dr. Boris **Braun**

Konstanz Universität Konstanz, Prof. Dr. Marius **Busemeyer**; Universität Konstanz, Dr. Oliver **Travisoli**

Landau Universität Koblenz-Landau, Dr. Florian **Bernstorff**; Universität Koblenz-Landau, Heide **Gieseke**

Leipzig Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig, Prof. Dr. Gabriele **Hooffacker**; UFZ – Umweltforschungszentrum, Dr. Florian **Koch**; Universität Leipzig, Prof. Dr. Felix **Ekardt**; Universität Leipzig, Prof. Dr. Ilse **Nagelschmidt**

Ludwigsburg Evangelische Hochschule Ludwigsburg, Prof. Bettina **Heinrich**

Lüneburg Leuphana Universität Lüneburg, Prof. Dr. Dawid Govinda **Friedrich**; Leuphana Universität Lüneburg, Prof. Dr. Maria-Eleonora **Karsten**; Leuphana Universität Lüneburg, Prof. Dr. Peter **Pez**

Magdeburg Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, Prof. Dr. Thorsten **Unger**; Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, Prof. Dr. Gerald **Warnecke**

Mainz Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Prof. Peter **Kiefer**; Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Prof. Dr. Wolfgang **Riedel**

Mannheim Universität Mannheim, Prof. Dr. Angela **Keppeler**

Marburg Philipps-Universität Marburg, Prof. Dr. Susanne **Maurer**

München Hochschule für angewandte Wissenschaften München, Prof. Dr. Constance **Engelfried**; Katholische Stiftungsfachhochschule München, Prof. Dr. Markus **Babo**; Ludwig-Maximilians-Universität München, Prof. Dr. Helga **Bilden**; Ludwig-Maximilians-Universität München, Prof. Dr. Reinhard **Markowetz**; Ludwig-Maximilians-Universität München, Prof. Dr. Kerstin **Pinther**; Ludwig-Maximilians-Universität München, Dr. Momme **von Sydow**; Ludwig-Maximilians-Universität München, Dr. Verina **Wild**; Technische Universität München, Prof. Dr. Oliver **Alexy**; Universität der Bundeswehr München, Prof. Dr. Franz **Kohout**

Münster Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Prof. Doris **Fuchs**; Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Dr. Harry **Mönig**; Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Prof. Dr. Gabriele **Wilde**

Neubrandenburg Hochschule Neubrandenburg, Prof. Dr. Claudia **Steckelberg**

Oldenburg Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, Prof. Dr. Paul **Mecheril**; Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, Prof. Dr. Bernd **Siebenhüner**

Osnabrück Universität Osnabrück, Dr. Jens **Schneider**; Universität Osnabrück, Prof. Dr. Helen **Schwenken**

Passau Universität Passau, Prof. Dr. Christian **Thies**

Potsdam Fachhochschule Potsdam, Dr. Ellen **Euler**; Universität Potsdam, Prof. Dr. Joachim **Gessinger**; Universität Potsdam, Dr. Ines **Sonder**; Universität Potsdam, Dr. Gert **Zöller**

Regensburg Fachhochschule Regensburg, Maike **Berndt-Zürner**

Reutlingen Hochschule Reutlingen, Anna **Goeddeke**; Hochschule Reutlingen, Dr. Karin **Widmayer**

Rostock Universität Rostock, Dr. Gudrun **Heinrich**; Universität Rostock, Prof. Dr. Hans-Jürgen **von Wensierski**

Saarbrücken Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes, Prof. Dr. Holger **Buck**

Saarlouis Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes, Prof. Dr. Ulrike **Zöller**

Stendal Hochschule Magdeburg-Stendal, Prof. Dr. Maureen Maisha **Auma**

Stuttgart Hochschule für Musik und Darstellende Kunst, Prof. Dr. Judith **Siegmund**; Universität Stuttgart, Dr. Ralph O. **Schill**

Trier Universität Trier, Prof. Dr. Antje **Bruns**; Universität Trier, Dr. Rita **Voltmer**

Tübingen Eberhard-Karls-Universität Tübingen, Prof. Dr. Gabriele **Abels**

Vechta Universität Vechta, Dr. Lucia **Licher**; Universität Vechta, Prof. Dr. Marco **Rieckmann**

Wiesbaden Hochschule RheinMain, Prof. Dr. Oja Eleonore **Ploil**

Witten Private Universität Witten/Herdecke gGmbH, Prof. Dr. Martin **Schnell**

Wolfenbüttel Ostfalia – Hochschule für angewandte Wissenschaften, Prof. Dr. Ludger **Kolhoff**

Wuppertal Bergische Universität Wuppertal, Prof. Dr. Rita **Casale**; Bergische Universität Wuppertal, Prof. Dr. Hans J. **Lietzmann**; Bergische Universität Wuppertal, Prof. Dr. Gertrud **Oelerich**; Kirchliche Hochschule Wuppertal, Dr. Michaela **Geiger**

Würzburg Julius-Maximilians-Universität Würzburg, Dr. Thomas **Kestler**

Zweibrücken Fachhochschule Kaiserslautern, Prof. Hendrik **Speck**

Ausland

Bern Universität Bern, Dr. Renate **Ruhne**

Linz Johannes Kepler Universität Linz, Dr. Waltraud **Ernst**; Kunstuniversität Linz, Prof. Dr. Angela **Koch**

Luzern Universität Luzern, Prof. Dr. Martin **Hartmann**

Oxford University of Oxford, Dr. Wolfgang **Zumдик**

Utrecht Universiteit Utrecht, Dr. Christoph **Baumgartner**

Wien Universität Wien, Prof. Dr. Julio **Mendivil**; Wien der WKW, Prof. Dr. Markus **Scholz**; Universität für Bodenkultur Wien, Prof. Dr. Karsten **Schulz**

Adressen

Stand: April 2018

Heinrich-Böll-Stiftung

Schumannstraße 8
10117 Berlin
T 030-285 34-0 **F** 030-285 34-109

Die Landesstiftungen der Heinrich-Böll-Stiftung

Heinrich-Böll-Stiftung Baden-Württemberg

Kernerstraße 43, 70182 Stuttgart
T 0711-26 33 94 10 **F** 0711-26 33 94 19
E info@boell-bw.de **W** www.boell-bw.de

Petra-Kelly-Stiftung Bayern

Hochbrückenstraße 10, 80331 München
T 089-24 22 67 30 **F** 089-24 22 67 47
E info@petra-kelly-stiftung.de
W www.petrakellystiftung.de

Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung

Sebastianstraße 21, 10179 Berlin
T 030-308 779 480 **F** 030-308 779 486
E info@bildungswerk-boell.de
W www.bildungswerk-boell.de

Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg

Dortustraße 52, 14467 Potsdam
T 0331-200 57 80 **F** 0331-200 57820
E organisation@boell-brandenburg.de
W www.boell-brandenburg.de

Heinrich-Böll-Stiftung Bremen

Plantage 13, 28215 Bremen
T 0421-35 23 68 **F** 0421-35 23 89
E bleyl@boell-bremen.de **W** www.boell-bremen.de

Umdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Hamburg

Kurze Straße 1, 20355 Hamburg
T 040-389 52 70 **F** 040-380 93 62
E info@umdenken-boell.de **W** www.umdenken-boell.de

Heinrich-Böll-Stiftung Hessen

Niddastraße 64, 60329 Frankfurt am Main
T 069-23 10 90 **F** 069-23 06 74
E info@boell-hessen.de **W** www.boell-hessen.de

Heinrich-Böll-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern

Friedrichstraße 23, 18057 Rostock
T 0381-492 21 84 **F** 0381-492 21 56
E post@boell-mv.de **W** www.boell-mv.de

Archiv Grünes Gedächtnis

Eldenaer Straße 35
10247 Berlin
T 030-285 34-260 **F** 030-285 34-51 40
E archiv@boell.de

Stiftung Leben und Umwelt

Heinrich-Böll-Stiftung Niedersachsen

Warmbüchenstraße 17, 30159 Hannover
T 0511-301 85 70 **F** 0511-301 85 714
E info@slu-boell.de **W** www.slu-boell.de

Heinrich-Böll-Stiftung Nordrhein-Westfalen

Graf-Adolf-Straße 100, 40210 Düsseldorf
T 0211-93 65 08 0 **F** 0211-93 65 08 25
E info@boell-nrw.de **W** www.boell-nrw.de

Heinrich-Böll-Stiftung Rheinland-Pfalz

Walpodenstraße 10, 55116 Mainz
T 06131-90 52 60 **F** 06131-90 52 69
E mainz@boell-rlp.de **W** www.boell-rlp.de

Heinrich-Böll-Stiftung Saarland

Talstraße 56, 66119 Saarbrücken
T 0681-58 35 60 **F** 0681-58 35 36
E boell.stiftung@t-online.de **W** www.boell-saar.de

Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen

Kraftwerk Mitte 32/ Trafohalle, 01067 Dresden
T 0351-85 075 100 **F** 0351-85 075 106
E info@weiterdenken.de **W** www.weiterdenken.de

Heinrich-Böll-Stiftung Leipzig

Hedwigstraße 20, 04315 Leipzig
T 0341-223 717 86
E sejdj@weiterdenken.de

Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt

Leipziger Straße 36, 06108 Halle (Saale)
T 0345-202 39 27 **F** 0345-202 39 28
E info@boell-sachsen-anhalt.de
W www.boell-sachsen-anhalt.de

Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein

Heiligendammer Straße 15, 24106 Kiel
T 0431-906 61 30 **F** 0431-906 61 34
E info@boell-sh.de **W** www.boell-sh.de

Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen

Trommsdorffstraße 5, 99084 Erfurt
T 0361-555 32 57 **F** 0361-555 32 53
E info@boell-thueringen.de
W www.boell-thueringen.de

Auslandsbüros der Heinrich-Böll-Stiftung Europa und Nordamerika

Region Europäische Union

Heinrich-Böll-Stiftung
Rue d'Arlon/Aarlenstraat 15,
1050 Bruxelles, Belgien
T +32-2-743 41 00 **F** +32-2-743 41 09
E info@eu.boell.org **W** www.eu.boell.org

Frankreich

Heinrich-Böll-Stiftung
80 Quai Jemmapes
75010 Paris, Frankreich
T +33-667-65-76 76
E info@fr.boell.org **W** www.fr.boell.org

Region Mittel-Osteuropa (Prag)

Heinrich-Böll-Stiftung
Opatovická 28, 110 00 Praha 1, Tschechien
T +420-251 81 41 73 **F** +420-251 81 41 74
E info@cz.boell.org **W** www.cz.boell.org

Region Mittel-Osteuropa (Warschau)

Heinrich-Böll-Stiftung
ulica Żurawia 45, 00-680 Warszawa, Polen
T +48-22-594 23-33 **F** +48-22-594 23-37
E pl-info@pl.boell.org **W** www.pl.boell.org

Russland

Heinrich-Böll-Stiftung Grusinskij Pereulok 3-231,
123056 Moskau, Russland
T +7-499-254 14 53 **F** +7-495-935 80 14
E info@ru.boell.org **W** www.ru.boell.org

Ukraine

Heinrich-Böll-Stiftung
wul. Wolodymyrska 18/2, Office 3, 01034 Kiew, Ukraine
T +38-44-2 79 98 58 **F** +34-44-2 70 52 78
E ua-info@ua.boell.org **W** www.ua.boell.org

Region Südlicher Kaukasus

Heinrich-Böll-Stiftung
38, Zovreti st., Tbilisi 0160, Georgien
T +995-32-238 04 67 **F** +995-32-291 28 97
E info@ge.boell.org **W** www.ge.boell.org

Region Südosteuropa

Heinrich-Böll-Stiftung
Kralja Milana 6/1, 11000 Belgrad, Serbien
T +381-11/3067 646 **F** +381-11/6303 282
E info@rs.boell.org **W** www.rs.boell.org

Bosnien und Herzegowina

Heinrich-Böll-Stiftung
Čekaluša 42, 71000 Sarajevo
Bosnien und Herzegowina
T +387-33-260 450 **F** +387-33-260 460
E info@ba.boell.org **W** www.ba.boell.org

Griechenland

Heinrich-Böll-Stiftung
Aristotelous Street 3,
54624 Thessaloniki, Griechenland
T +30 2310 282829 **F** +30 2310 282832
E info@gr.boell.org **W** www.gr.boell.org

Türkei

Heinrich-Böll-Stiftung
Inönü Caddesi, Hacı Hanım Sok 10/12+4
Gümüşsuyu 34439, Istanbul, Türkei
T +90-212-249 15 54 **F** +90-212-245 04 30
E info@tr.boell.org **W** www.tr.boell.org

Region Nordamerika

Heinrich-Böll-Stiftung, 1432 K Street, NW
Suite 500, Washington, DC 20005, USA
T +1-202-462 75 12 **F** +1-202-462 52 30
E info@us.boell.org **W** www.us.boell.org

Asien

China

Heinrich-Böll-Stiftung
Office C704, Beijing Lufthansa Center,
No. 50, Liangmaqiao Road,
Chaoyang District, 100125 Beijing, China
T +86-10-8400 4265 **F** +86-10-8400 4265-102
E info@cn.boell.org **W** www.cn.boell.org

Indien

Heinrich-Böll-Stiftung
C – 20, 1st Floor, Qutub Institutional Area,
New Delhi 110016, Indien
T +91-11-2685 4405 **F** +91-11-26 96 28 40
E info@in.boell.org **W** www.in.boell.org

Region Pakistan

Heinrich-Böll-Stiftung, Taimur Chambers,
2nd floor, 10-D (West),
Fazal ul Haq Road, G-6, Blue Area, Islamabad, Pakistan
T +92-51-2271545 **F** +92-51-2271548
E info@pk.boell.org **W** www.pk.boell.org

Region Südostasien

Heinrich-Böll-Stiftung
75 Sukhumvi 53 Klongton Neua, Wattana
Bangkok 10110, Thailand
T +66-2-6625960-2 **F** +66-2-6627576
E office@th.boell.org **W** www.boell-southeastasia.org

Kambodscha

Heinrich-Böll-Stiftung
 #8, Street 476
 Toul Tompoung I, Chamkarmorn
 Phnom Penh, Kambodscha
T +855 23 210 535 **F** +855 23 216 482
E info@kh.boell.org **W** www.kh.boell.org

Myanmar

Heinrich-Böll-Stiftung
 No. 45/A, Kan Lane 3
 Kan Road, Kamayut Township
 Yangon, Myanmar
T +95-9-3168 5846
E info@mm.boell.org **W** www.mm.boell.org

Afrika**Nigeria**

Heinrich-Böll-Stiftung
 3rd Floor, Rukayyat Plaza
 93, Obafemi Awolowo Way, Jabi District, Abuja
T +234-809-99 2960-5 91
E info@ng.boell.org **W** www.ng.boell.org

Region Ostafrika/Horn von Afrika

Heinrich-Böll-Stiftung, Forest Road
 P.O. Box 10799-00100, GPO Nairobi, Kenia
T +254-20-26 80 745 **F** +254-20-374 91 32
E ke-info@ke.boell.org **W** www.ke.boell.org

Senegal

Heinrich-Böll-Stiftung
 Rue de Louga x Impasse PE 10,
 Point E, Dakar B.P. 4987, Senegal
E info@sn.boell.org **W** www.sn.boell.org

Region Südliches Afrika

Heinrich-Böll-Stiftung
 8th Floor Vunani Chambers, 33 Church Street,
 Cape Town 8000, Südafrika
T +27-21-461 62 66 **F** +27-21-424 40 86
E info@za.boell.org **W** www.za.boell.org

Nahost und Nordafrika**Israel**

Heinrich-Böll-Stiftung
 1 Har Sinai St. 2nd floor, Tel Aviv 65816, Israel
T +972-3-516 77 34 **F** +972-3-516 76 89
E info@il.boell.org **W** www.il.boell.org

Region Arabischer Naher Osten

Heinrich-Böll-Stiftung, Tal az-Zaatar St. 6
 P.O. Box 2018 Ramallah, Palästina
T +972-2-296 11 21 **F** +972-2-296 11 22
E info@ps.boell.org **W** www.ps.boell.org

Region Mittlerer Osten

Heinrich-Böll-Stiftung
 Achrafieh, St. Nicolas' Garden, Selim Boustros Street
 Jbeili Building, 4th Floor
 P.O. Box 175 510, Mar Mikhael, Beirut, Libanon
T +961-1216073 **F** +961-1216037
E info@lb.boell.org **W** www.lb.boell.org

Tunesien

Heinrich-Böll-Stiftung
 5, Rue Jamel Abdennasser, 1000 Tunis, Tunesien
T +216 71 322 345 **F** +216 71 322 346
E info@tn.boell.org **W** www.tn.boell.org

Marokko

Heinrich-Böll-Stiftung
 17, Rue Tiddas, Hassan, 10010 Rabat, Marokko
T +212-537 20 20 93 **F** +212-537 20 20 92
E ma-info@ma.boell.org **W** www.ma.boell.org

Lateinamerika**Region Zentralamerika/Mexiko/Karibik (Mexiko-Stadt)**

Heinrich-Böll-Stiftung
 Calle José Alvarado 12
 Colonia Roma Norte, Delegación Cuauhtémoc,
 CP 06760, México D.F., Mexiko
T +52-55-52 64 15 14 **F** +52-55-52 64 28 94
E mx-info@mx.boell.org **W** www.mx.boell.org

Region Zentralamerika/Mexiko/Karibik (San Salvador)

Heinrich-Böll-Stiftung
 Residencial Zanzibar
 Pasaje A-Oriente No. 24, San Salvador, El Salvador
T +503-22 74 68 12 **F** +503-22 74 69 32
E sv-info@sv.boell.org **W** www.mx.boell.org

Brasilien

Heinrich-Böll-Stiftung
 Rua da Glória 190, ap. 701
 20241-180 Rio de Janeiro, Gloria, Brasilien
T +55-21-32 21 99 00 **F** +55-21-32 21 99 22
E info@br.boell.org **W** www.br.boell.org

Kolumbien

Heinrich-Böll-Stiftung
 Calle 37 No 15-40
 Bogotá, Kolumbien
T +57-1-371 91 11
E co-info@co.boell.org **W** http://co.boell.org

Region Cono Sur

Heinrich-Böll-Stiftung
 Avenida Francisco Bilbao 882, Providencia
 752-0063 Santiago de Chile, Chile
T +56-2-2584 01 72 **F** +56-2-2584 01 72-101
E info@cl.boell.org **W** www.cl.boell.org

Fördern und Spenden

Viele Menschen unterstützen uns mit ihrem ehrenamtlichen Engagement als Referent/inn/en, als Vertrauensdozent/inn/en oder als Mitglied eines Beratungsgremiums. Sie helfen uns, unsere Ziele zu verwirklichen und unsere Bildungs- und Projektarbeit im In- und Ausland weiterzuentwickeln. Und sie unterstützen uns durch ihre Mitgliedschaft im Freundeskreis, durch Spenden, Zustiftungen, Patenschaften oder langfristige Partnerschaften. Für dieses große Engagement und Vertrauen bedanken wir uns herzlich!

So können auch Sie die Heinrich-Böll-Stiftung unterstützen:

Mit Ihrer Mitgliedschaft im Freundeskreis

Als Mitglied zahlen Sie einen Jahresbeitrag von regulär 92 Euro, ermäßigt 25 Euro. Geringverdienende zahlen 46 Euro. Mit Ihren Beiträgen fördern wir unbürokratisch und schnell dort, wo es die Heinrich-Böll-Stiftung selbst meist aus rechtlichen Gründen nicht kann. Zum Beispiel unterstützen wir kleinere Kunst- und Kulturprojekte, für die auch geringe Summen eine große Hilfe sind. In Zusammenarbeit mit dem Heinrich-Böll-Haus in Langenbroich und unseren Auslandsbüros konnten wir schon vielen politisch verfolgten Künstlerinnen und Künstlern eine Zuflucht ermöglichen (siehe Seite 42). Über die Vergabe der Mittel entscheidet das ehrenamtliche Koordinationsteam, das von den Mitgliedern gewählt wird.

Und was haben Sie davon?

Wann immer möglich, werden die geförderten Projekte für Sie erlebbar gemacht – mit Einladungen zu Vernissagen, Aufführungen von Theater und Film, Lesungen oder Gesprächen. Sie erhalten den «Info-Brief» mit Informationen über Aktivitäten der Stiftung und des Freundeskreises, zudem Einladungen zu besonderen Veranstaltungen. Und Sie haben die Möglichkeit, jährlich an wenigstens einer politischen Regionalreise in Zusammenarbeit mit unseren Landesstiftungen teilzunehmen. Zur Jahresversammlung stehen regelmäßig Vorstand oder Geschäftsführung der Stiftung zum Austausch bereit.

Zudem organisieren wir verschiedene Veranstaltungen unter Beteiligung unserer Mitglieder – sei es als Ideengeber/in, als Moderator/in oder Gesprächsteilnehmer/in. Wir freuen uns auch auf Ihre Expertise!

Beitrittserklärung: Absender/in

Name:

Vorname:

Institution/
Organisation:

dienstlich privat

Anschrift

Straße:

PLZ/Ort:

E-Mail:

Telefon/Fax:

Ihre Angaben werden gemäß dem Bundesdatenschutzgesetz streng vertraulich behandelt.

Bitte schicken Sie mir Informationen über die Heinrich-Böll-Stiftung zu.

Datum/
Unterschrift:

Bitte auch die andere Seite ausfüllen!

Postkarte
bitte mit 45c
freimachen

Heinrich-Böll-Stiftung

Freundinnen und Freunde
Schumannstraße 8

10117 Berlin



Antje von Brook, Koordinationsgremium des Freundeskreises Foto: Jörg Farys/BUND



Julius Heinicke, Koordinationsgremium des Freundeskreises Foto: HS Coburg



Ulrike Cichon, Koordinatorin des Freundeskreises Foto: Conny Fischer

Werden Sie Mitglied im Freundeskreis!

Die Freundinnen und Freunde der Heinrich-Böll-Stiftung unterstützen die Werte und Ziele der Stiftung. Wir laden Sie herzlich ein, Teil unserer grünen Ideenwerkstatt und unseres internationalen Netzwerkes zu werden – ob als Privatperson, als Institution oder als Unternehmen. Als Freund oder Freundin tragen Sie dazu bei, Qualität und Selbständigkeit der Heinrich-Böll-Stiftung langfristig zu sichern. Eine breite Palette an Veranstaltungen mit und für die Freundinnen und Freunde bietet Gelegenheit, miteinander ins Gespräch zu kommen, politische Konzepte und Entwicklungen zu diskutieren und die Stiftungsarbeit näher kennenzulernen. Mindestens einmal im Jahr verreisen die Freundinnen und Freunde. Im Jahr 2017 waren sie in Erfurt bei der Landesstiftung Thüringen und in Marokko bei unserem dortigen Büro zu Gast.

Informieren Sie sich über unser Programm:
W www.boell.de/freundeskreis

Ansprechpartnerin für Freundinnen und Freunde, Spender/innen und Sponsor/innen:

Ulrike Cichon

T 030-285 34-112 **F** 030-285 34-5112

E cichon@boell.de

W www.boell.de/freundeskreis

Spenden-/Beitragskonto:

Bank für Sozialwirtschaft

BIC BF SW DE 33 BER

IBAN DE11 1002 0500 0003 0767 02

Gläubiger-ID im SEPA-Lastschriftverfahren:
 DE 17 ZZZ 00 00 03 60 794

Ihr Mitgliedsbeitrag ist steuerlich absetzbar und Ihre Mitgliedschaft jederzeit kündbar.

HEINRICH BÖLL STIFTUNG
FREUNDINNEN + FREUNDE

Beitrittserklärung

Ich unterstütze die Ziele der Heinrich-Böll-Stiftung und erkläre meinen Beitritt zu den Freundinnen und Freunden der Heinrich-Böll-Stiftung als (bitte ankreuzen):

Mitglied

- mit dem Regelbeitrag von 92 € im Jahr
- mit dem ermäßigten Jahresbeitrag für Geringverdienende von 46 €
- mit dem Jahresbeitrag von 150 €
- mit dem Jahresbeitrag von 300 €
- mit dem Jahresbeitrag von €
- mit dem Jahresbeitrag von 25 € für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Erwerbslose und – auf Antrag – Menschen im Ruhestand

Institutionelles Mitglied (Unternehmen und Organisationen)

- mit einem Jahresbeitrag von 184 €
- mit einem Beitrag für Basisinitiativen von 92 €

Ich werde nicht Mitglied, aber ich unterstütze die Heinrich-Böll-Stiftung mit einer einmaligen Spende von €

Zahlungsweise

SEPA*-Lastschriftmandat

Ich ermächtige die Heinrich-Böll-Stiftung (hbs), Gläubiger-ID DE17ZZZ00000360794, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der hbs auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen.

Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Kontoinhaber/in (falls abweichend):

Kreditinstitut:

BIC:

IBAN:

Die Mandatsreferenz wird mir durch die hbs separat mitgeteilt.

Datum, Ort und Unterschrift:

- Ich überweise meinen Beitrag selbst auf das Konto der Heinrich-Böll-Stiftung, IBAN DE11 1002 0500 0003 0767 02.

Leitbild der Heinrich-Böll-Stiftung

Die Heinrich-Böll-Stiftung versteht sich als Teil der «grünen» politischen Grundströmung, die sich weit über die Bundesrepublik hinaus in Auseinandersetzung mit den traditionellen politischen Richtungen des Sozialismus, des Liberalismus und des Konservatismus herausgebildet hat. Unsere gemeinsamen Grundwerte sind Ökologie und Nachhaltigkeit, Demokratie und Menschenrechte, Selbstbestimmung und Gerechtigkeit. Ein besonderes Anliegen ist uns die Geschlechterdemokratie, also die gesellschaftliche Emanzipation und die Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Wir engagieren uns für die Gleichberechtigung kultureller und ethnischer Minderheiten und für die soziale wie politische Partizipation von Immigran-

ten. Nicht zuletzt treten wir für Gewaltfreiheit und eine aktive Friedenspolitik ein.

Für unser Engagement suchen wir strategische Partnerschaften mit anderen, die unsere Werte teilen. Wir handeln unabhängig und in eigener Verantwortung.

Wir haben unsere Wurzeln in der Bundesrepublik und sind zugleich ideell wie praktisch ein internationaler Akteur.

Unser Namensgeber, der Schriftsteller und Nobelpreisträger Heinrich Böll, steht für eine Haltung, der wir uns selbst verpflichtet sehen: Verteidigung der Freiheit, Zivilcourage, streitbare Toleranz und die Wertschätzung von Kunst und Kultur als eigenständige Sphären des Denkens und Handelns.

Wir sind eine grüne Ideenagentur

- Wir geben Denkanstöße für demokratische Reformen und soziale Innovationen.
- Wir engagieren uns für ökologische Politik und nachhaltige Entwicklung im globalen Maßstab.
- Wir geben Kunst und Kultur Raum zur Darstellung und Auseinandersetzung.
- Wir vermitteln Wissen von Expertinnen und Experten an politische Akteure.
- Wir sind ein Ort für offene Debatten und fördern den Dialog zwischen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft.
- Wir fördern begabte, gesellschaftspolitisch engagierte Studierende im In- und Ausland.
- Wir dokumentieren die Geschichte der grünen Bewegung als Fundus für die Forschung und Quelle politischer Orientierung.

Wir sind ein internationales Politik-Netzwerk

- Wir verstehen uns als Teil eines globalen grünen Netzwerkes und fördern die Entwicklung der grünen politischen Bewegung auf allen Kontinenten.
- Ein besonderes Anliegen ist uns die Verbreiterung und Vertiefung der europäischen grünen Bewegung.

- Wir engagieren uns bei der Entwicklung einer europäischen politischen Öffentlichkeit.

- Wir unterstützen die politische Partizipation der Zivilgesellschaft und beteiligen uns an Konferenzen und Verhandlungen im Rahmen multilateraler Organisationen.

Wir engagieren uns weltweit für Ökologie, Demokratie und Menschenrechte

- Ökologie und Demokratie sind für uns untrennbar. Wir unterstützen deshalb Personen und Projekte, die sich für Ökologie, Menschenrechte, Demokratie und Selbstbestimmung einsetzen.
- Wir fördern weltweit die Entwicklung von Rechtsstaatlichkeit und demokratischer Partizipation. Wir setzen uns für die Überwindung von Dominanz, Fremdbestimmung und Gewalt zwischen den Geschlechtern ein.
- Wir betrachten ethnische und kulturelle Vielfalt als Bestandteil einer demokratischen Kultur.
- Wir ermutigen zu Zivilcourage und gesellschaftlichem Engagement.
- Wir vermitteln Knowhow für erfolgreiche Selbstorganisation und Intervention an politische Akteurinnen und Akteure.

Engagement, fachliche und menschliche Kompetenz, Kreativität und Flexibilität zeichnen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im In- und Ausland aus. Sie sind hoch qualifiziert, team orientiert und bilden mit ihrer überdurchschnittlichen Motivation das Vermögen der Stiftung.

Chancengleichheit und ein respektvoller Umgang zwischen Frauen und Männern verschiedenen Alters, verschiedener religiöser Bekenntnisse, ethnischer Herkunft und sexueller Orientierung sind konstitutiv für die Stiftung. Interkulturelle Kompetenz und ein produktiver Umgang mit Vielfalt sind Teil unserer Betriebskultur.

Wechselseitiger Respekt und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit unseren Partnern bilden die Grundlage unserer Geschäftsbeziehungen.

Wir überprüfen und verbessern unsere Arbeit in einem kontinuierlichen Prozess und stellen uns der internen und externen Bewertung. Wir stehen für einen wirtschaftlichen, effizienten Einsatz der uns zur Verfügung stehenden öffentlichen Mittel und sorgen für transparente Geschäftsabläufe.

Wir praktizieren ein produktives Miteinander von Bundesstiftung und Landesstiftungen.

Wir sind ein verlässlicher Partner für ehrenamtliches Engagement und für die Zusammenarbeit mit Dritten.

Als politische Stiftung handeln wir unabhängig und in eigener Verantwortung auch gegenüber Bündnis 90/Die Grünen. Unsere Eigenständigkeit wahren wir auch bei der Auswahl unserer Führungskräfte und der Besetzung unserer Gremien.

Mitgliederversammlung 49 Mitglieder

Aufsichtsrat 9 Mitglieder

Vorstand		Geschäftsführung	Gremien und Fachbeiräte
Dr. Ellen Ueberschär Carmen Herzog Sekretariat: Tanja Gunkel (-105)	Barbara Unmüßig Lara Wodtke Sekretariat: Kathrin Klaua (-114)	Dr. Livia Cotta Verena Duentensch Christine Weiß Laureen Püschel Sekretariat: Christine Zimmermann (-111) Freundinnen und Freunde Ulrike Cichon	Freundinnen und Freunde Fachbeirat Gemeinschaftsaufgabe Fachbeirat Studienwerk Fachbeirat Nord-Süd Fachbeirat Europa/Transatlantik
Gemeinschaftsaufgabe		Interne Revision Rebecca Wagner	Betriebsrat
Teilhabe, Geschlechterdemokratie und Antidiskriminierung		Organisationsentwicklung und Wissensmanagement Dr. Kristina Heße	

Internationale Zusammenarbeit	Politische Bildung Inland
-------------------------------	---------------------------

Leitung: Steffen Heizmann Sandra Jackson (-300)	Leitung: Peter Siller Petra Stegemann (-248) Benjamin Glück
-----------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------

<p>Internationale Politik Jörg Haas Joanna Barelkowska Simone Zühr Caroline Schroeder</p> <p>Internationale Umweltpolitik Lilia Fuhr Linda Schneider Björn Ecklundt, Kristin Funke, Janine Korduan, Annette Kraus</p> <p>Internationale Agrarpolitik Dr. Christine Chemnitz Sonja Kundler Inka Dewitz</p> <p>Außen- und Sicherheitspolitik Giorgio Franceschini Stephanie Mendes Candido</p> <p>Demokratieförderung Claudia Rolf Jana Proisinger</p> <p>Global Advisor Digital Policies Geraldine de Bastion</p> <p>Regionalreferat Afrika Leitung: Kirsten Maas-Albert Claudia Simons Beate Adolf Nicola Egelhof Caroline Bertram <i>Büro Dakar:</i> Usha Ziegelmayr <i>Büro Kapstadt:</i> Layla Al-Zubaidi <i>Büro Nairobi:</i> Ulf Terlinden <i>Büro Abuja:</i> Christine K</p> <p>Regionalreferat Nahost und Nordafrika Leitung: Dr. Antonie Nord Niko Pewesin, Anja Hoffmann Birgit Arnhold Sandra Nenninger <i>Büro Tel Aviv:</i> Kerstin Müller <i>Büro Ramallah:</i> Dr. Bettina Marx <i>Büro Tunis:</i> Dr. Heike Löschmann <i>Büro Rabat:</i> Bauke Baumann <i>Büro Beirut:</i> Dr. Bente Scheller</p>	<p>Regionalreferat Asien Leitung: Katrin Altmeyer Jost Pachaly, Zia Moballeghe Thorsten Volberg Ella Soesanto Fabian Heppe Julia Behrens <i>Büro Yangon:</i> Dr. Axel Harneit-Sievers <i>Büro Bangkok:</i> Manfred Hornung <i>Büro Islamabad (zuständig auch für Afghanistan):</i> Jacqueline Wilk <i>Büro Neu Delhi:</i> Marion Regina Mueller <i>Büro Phnom Penh:</i> Ali Al-Nasani <i>Büro Peking:</i> Christina Sadeler</p> <p>Regionalreferat Ost- und Südosteuropa Leitung: Walter Kaufmann Robert Sperfeld Gudrun Fischer Nina Happe Petra Zimmermann Ani Matevosyan Ulla Niehaus <i>Büro Belgrad:</i> Simon Ilse <i>Büro Moskau:</i> Johannes Voswinkel <i>Büro Kiew:</i> Sergej Sumlenny <i>Büro Tbilisi:</i> Nino Lejava <i>Büro Sarajevo:</i> Marion Kraske</p>	<p>Regionalreferat Lateinamerika Leitung: Ingrid Spiller, Audrey Changoe Petra Tapia Ines Thomssen Evelyn Hartig Alexandra Sitenko <i>Büro San Salvador:</i> Hans-Georg Janze <i>Büro Mexiko-Stadt:</i> Dr. Dawid Bartelt <i>Büro Bogotá:</i> Florian Huber <i>Büro Rio de Janeiro:</i> Annette von Schönfeld <i>Büro Santiago de Chile:</i> Dr. Ingrid Wehr</p> <p>Regionalreferat EU/Nordamerika Leitung: Dr. Sergey Lagodinsky Dr. Christine Pütz Florian Kommer Rebecca Bertram Ewa Peteja Nina Locher Claudia Rothe Sabine Hämmerling <i>Büro Brüssel:</i> Klaus Linsenmeier <i>Büro Istanbul:</i> Kristian Brakel <i>Büro Paris:</i> Jens Althoff <i>Büro Prag:</i> Eva van de Rakt <i>Büro Thessaloniki:</i> Olga Drossou <i>Büro Warschau:</i> Irene Hahn-Fuhr <i>Büro Washington:</i> Bastian Hermisson</p> <p>Steuerung und Evaluierung Leitung: Julia Scherf Christiane Dilger Kirsten Dagane Murat Pekün Ruth Kleefisch Tanja Reith Barbara Assheuer Renate Eisape Ina Bogusz Margarete Tanzmann Christian Polzin Jutta Ganther</p>	<p><i>Programmteam I (Schwerpunkt: Soziale Teilhabe)</i></p> <p>Bildung und Wissenschaft Philipp Antony David Handwerker</p> <p>Sozialpolitik Dorothee Schulte-Basta Tmnit Zere</p> <p>Migration und Diversity Mekonnen Mesghena Anke Bremer Sarah Schwahn (Website Migration «Heimatkunde»)</p> <p><i>Programmteam II (Schwerpunkt: Ökologische Wende)</i></p> <p>Ökologie und Nachhaltigkeit Dr. Stefanie Groll Rita Hoppe Solveig Bartusch</p> <p>Wirtschaft und Finanzen Ute Brümmer Monika Steins</p> <p>Kommunalpolitik und Stadtentwicklung Sabine Drewes Andrea Meinecke <i>Programmteam III (Schwerpunkt: Demokratische Zukunft)</i></p> <p>Demokratie Dr. Anne Ulrich Eike Botta-Venhorst</p> <p>Kulturpolitik und Neue Medien Christian Römer Karin Lenski</p> <p>Gesellschaftspolitik Michael Stognienko</p> <p>Zeitgeschichte Dr. Roman Schmidt Annika Magnussen</p>
------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

	Studienwerk	Unternehmensdienste	
		Kommunikation	Haushalt und Finanzen
	Leitung: Dr. Ulla Siebert Iris Längert (-400) Kathrin Hohmann-Mehring	Leitung: Annette Maennel Natalie Kraneiß (-200)	Leitung: Patrick Berg Florian Remmers (-143) Jana Schickel
Grüne Akademie Zeitdiagnose und Diskursanalyse Ole Meinefeld Stephan Depping Politik- und Parteienforschung Dr. Sebastian Bukow Jana Heyde Archiv Grünes Gedächtnis Leitung: Wiebke Winkler Julia Bresgott Robert Camp Anne Vechtel Steffi Rönnefarth Eva Sander Dorothea Küttner Heinrich Böll Leben und Werk (Köln) Dr. Jochen Schubert Markus Schäfer Haus Langenbroich Sigrun Reckhaus	Studienförderung Anja Schleich Kerstin Simonis Elisabeth Zylla Jannetje Höring Dr. Robert Schulz Birgit Kahlau Malgorzata Lewandowska Angelika Steinborn Susanne Matk Elena Mikhaylova Susanne Lutz Promotionsförderung Sevilay Karaduman Wilma Weber Auswahlverfahren/Alumni Dr. Janina Bach Christina Schmitz Finanzen Liette Thill	Presse Michael Alvarez Kalverkamp Vera Lorenz Online-Redaktion/Internet Lukas Fischer Peggy Marquardt, Lea Wrobel Sebastian Dörfler Lektorat Bernd Rheinberg Susanne Dittrich Marketing/Layout Elke Paul, Lisa Kreutzer Aygen Schruoffeneger (Besuchsgruppen) Adressverwaltung Sabine König Tagungsbüro Eva Klakl Julia Reiter, Tini Leonhardt Nicole Bott, Milena Grünewald, Antonia Götte	Haushalt und Bilanzierung Ellen Deuse Frank Schulz Munkhzul Togmid Ünay Özkan Quincy Birch Operative Finanzbuchhaltung Michaela Krethe Jutta Rickmann Valerian Rautenberg Hans-Jörg Wilhelm Evelyn Jaeschke Angelika Weiland Silke Richter Richtlinien Dr. Gerd Frickenhelm
Gunda-Werner-Institut		IT/Technische Dienste	Personal
Leitung: Henning von Barga und Dr. Ines Kappert Francesca Schmidt Peggy Piesche Christiane Bornstedt Zoha Aghamehdi		Leitung: Bert Bloss Annett Kretschmann (-170)	Leitung: Petra Nibbe
Weiterbildungsakademie GreenCampus		IT Systeme Zentral Dietmar Grabbert Gabriele Holländer Linh Ngo IT Systeme Global Christopher Golze Ursula Plötz Dietmar Weber Technische Dienste Antje Voigt Lamine Hane Thomas Engelhardt Rabea Remke	Personalbetreuung Marzena Matuschak Sascha Loos Svetlana Kuzjaev Nadine Arendt Kati Lekaj Katja Legde Nora Koske
Leitung: Christian Neuner- Duttenhofer Wolfgang Pohl Flora Bolm Maria Pajonk Barbara Heitkämper			

Die Heinrich-Böll-Stiftung mit Sitz in Berlin-Mitte, gegenüber dem Deutschen Theater, ist eine politische Stiftung und steht der Partei Bündnis 90/Die Grünen nahe. Die Stiftung versteht sich als Agentur für grüne Ideen und Projekte, als reformpolitische Zukunftswerkstatt und internationales Netzwerk mit Partnerprojekten in rund 60 Ländern. Sie kooperiert mit 16 Landesstiftungen in allen Bundesländern. Heinrich Bölls Ermutigung zur zivilgesellschaftlichen Einmischung in die Politik ist Vorbild für die Arbeit der Stiftung. Ihre vorrangige Aufgabe ist die politische Bildung im In- und Ausland zur Förderung der demokratischen Willensbildung, des gesellschaftspolitischen Engagements und der Völkerverständigung. Dabei orientiert sie sich an den politischen Grundwerten Ökologie, Demokratie, Solidarität und Gewaltfreiheit. Ein besonderes Anliegen ist ihr die Verwirklichung einer demokratischen Einwanderungsgesellschaft sowie einer Geschlechterdemokratie als eines von Abhängigkeit und Dominanz freien Verhältnisses der Geschlechter. Darüber hinaus fördert die Stiftung Kunst und Kultur als Element ihrer politischen Bildungsarbeit und als Ausdrucksform gesell-

schaftlicher Selbstverständigung. Im Jahr 2017 vergab das Studienwerk der Heinrich-Böll-Stiftung 196 Stipendien an Studierende und Promovenden neu. Die Mitgliederversammlung, bestehend aus 49 Personen, ist das oberste Beschlussfassungsorgan und wählt u. a. den Vorstand. Den hauptamtlichen Vorstand bildeten Ralf Fücks und Barbara Unmüßig. Am 1. Juli 2017 übernahm Dr. Ellen Ueberschär das Vorstandsamt von Ralf Fücks. Die Geschäftsführung hat Dr. Livia Cotte inne. Die Satzung sieht für die Organe der Stiftung und die hauptamtlichen Stellen eine Quotierung für Frauen sowie für Migrantinnen und Migranten vor. Zur Zeit unterhält die Stiftung Auslandsbüros in Belgien, in Frankreich, Polen, Tschechien, der Türkei, Griechenland, Russland, Georgien, Ukraine, Bosnien, Serbien, Israel, Libanon, dem Arabischen Nahen Osten, Tunesien, Marokko, Kenia, Nigeria, Südafrika, Thailand, Myanmar, Kambodscha, Pakistan, Indien, Afghanistan, China, Brasilien, Kolumbien, Chile, Mexico, El Salvador und in den USA. Im Jahr 2017 standen der Stiftung circa 62 Millionen Euro aus öffentlichen Mitteln zur Verfügung.